

Millenniums-Entwicklungsziele



VEREINTE NATIONEN

Bericht 2009



Dieser Bericht beruht auf einem Stammdatensatz, der von der Interinstitutionellen und Sachverständigengruppe über die Indikatoren für die Millenniums-Entwicklungsziele unter der Führung der Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten im Sekretariat der Vereinten Nationen zusammengestellt wurde. Damit wurde dem Wunsch der Generalversammlung nach einer regelmäßigen Fortschrittsbewertung hinsichtlich der Ziele entsprochen. Die Gruppe besteht aus Vertretern der nachstehend aufgeführten internationalen Organisationen, zu deren Aufgaben die Erstellung einer oder mehrerer der statistischen Indikatorreihen gehört, die für die Überwachung des Umsetzungsstands der Ziele für geeignet befunden wurden. Weitere Beiträge stammen von Statistikern einzelner Länder sowie von externen sachverständigen Beratern.

INTERNATIONALE ARBEITSORGANISATION

ERNÄHRUNGS- UND LANDWIRTSCHAFTSORGANISATION DER VEREINTEN NATIONEN

ORGANISATION DER VEREINTEN NATIONEN FÜR BILDUNG; WISSENSCHAFT UND KULTUR

ORGANISATION DER VEREINTEN NATIONEN FÜR INDUSTRIELLE ENTWICKLUNG

WELTGESUNDHEITSORGANISATION

WELTBANK

INTERNATIONALER WÄHRUNGSFONDS

INTERNATIONALE FERNMELDEUNION

WIRTSCHAFTSKOMMISSION FÜR AFRIKA

WIRTSCHAFTSKOMMISSION FÜR EUROPA

WIRTSCHAFTSKOMMISSION FÜR LATEINAMERIKA UND DIE KARIBIK

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALKOMMISSION FÜR ASIEN UND DEN PAZIFIK

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALKOMMISSION FÜR WESTASIEN

GEMEINSAMES PROGRAMM DER VEREINTEN NATIONEN FÜR HIV/AIDS

KINDERHILFSWERK DER VEREINTEN NATIONEN

HANDELS- UND ENTWICKLUNGSKONFERENZ DER VEREINTEN NATIONEN

ENTWICKLUNGSFONDS DER VEREINTEN NATIONEN FÜR DIE FRAU

ENTWICKLUNGSPROGRAMM DER VEREINTEN NATIONEN

UMWELTPROGRAMM DER VEREINTEN NATIONEN

RAHMENÜBEREINKOMMEN DER VEREINTEN NATIONEN ÜBER KLIMAÄNDERUNGEN

AMT DES HOHEN FLÜCHTLINGSKOMMISSARS DER VEREINTEN NATIONEN

PROGRAMM DER VEREINTEN NATIONEN FÜR MENSCHLICHE SIEDLUNGEN

BEVÖLKERUNGSFONDS DER VEREINTEN NATIONEN

INTERNATIONALES HANDELSZENTRUM

INTERPARLAMENTARISCHE UNION

ORGANISATION FÜR WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT UND ENTWICKLUNG

WELTHANDELSORGANISATION

Millenniums- Entwicklungsziele Bericht 2009



VEREINTE NATIONEN

NEW YORK 2009

EIN ENDE DER ARMUT 2015 *Gehen wir es an*
MILLENNIUMS-ENTWICKLUNGSZIELE



Vorwort

Vor neun Jahren stellten die führenden Politiker der Welt weitsichtige Ziele auf, um einen großen Teil der Menschheit von den Fesseln der extremen Armut, des Hungers, des Analphabetentums und der Krankheit zu befreien. Sie setzten Zielvorgaben für die Verwirklichung der Gleichstellung der Geschlechter und der Ermächtigung der Frauen, die ökologische Nachhaltigkeit und eine weltweite Entwicklungspartnerschaft. Mit einem Wort, sie verabschiedeten einen Plan für eine bessere Welt und gelobten, keine Mühen zu scheuen, um diese Vision Wirklichkeit werden zu lassen.

Wir haben hierbei bedeutende Fortschritte erzielt und viele Erfolge zu verzeichnen, auf denen wir aufbauen können. Doch kommen wir bei der Erreichung unserer Ziele zu schleppend voran. Überdies stehen wir heute vor einer weltweiten Wirtschaftskrise, deren volle Auswirkungen noch gar nicht abzusehen sind. Im günstigsten Fall wird uns diese Krise nur auf einigen wichtigen Gebieten, vorwiegend in den Entwicklungsländern, vom Kurs abbringen. Schlimmstenfalls jedoch könnte sie uns daran hindern, unsere Zusagen einzuhalten, und bei Gefahr sozialer und politischer Unruhen weitere Millionen Menschen in die Armut stürzen. Dies müssen wir unter allen Umständen verhindern.

Wir dürfen nicht zulassen, dass ein ungünstiges Wirtschaftsklima die im Jahr 2000 abgegebenen Zusagen untergräbt. Wir sollten im Gegenteil unsere Bemühungen um die Wiederherstellung des Wirtschaftswachstums als Chance ansehen, einige der schweren Entscheidungen zu treffen, die für die Schaffung einer gerechteren und nachhaltigen Zukunft notwendig sind. Wie aus diesem Bericht hervorgeht, können die richtigen grundsatzpolitischen und sonstigen Maßnahmen durchaus zu Ergebnissen führen, wenn sie durch ausreichende Finanzmittel und starken politischen Willen untermauert sind. Heute sterben weniger Menschen an Aids, und viele Länder verfolgen bewährte Strategien zur Bekämpfung von Malaria und Masern, zwei der Krankheiten, denen viele Kinder zum Opfer fallen. Die Welt nähert sich dem Ziel der allgemeinen Grundschulbildung, und wir befinden uns auf dem besten Weg, die Zielvorgabe betreffend einwandfreies Trinkwasser zu erreichen.

Der Bericht zeigt jedoch auch, dass viele Herausforderungen fortbestehen und angesichts des derzeitigen Wirtschaftsklimas noch schwieriger zu bewältigen sein dürften. Erste Anzeichen deuten, wie zu erwarten, darauf hin, dass die Armen von den Turbulenzen des vergangenen Jahres am meisten in Mitleidenschaft gezo-

gen wurden. Weitaus mehr Menschen leiden heute Hunger und leben in extremer Armut, als dies bei ununterbrochenem Fortschritt der Fall gewesen wäre. Durch wirtschaftliche Härten wurden viele Millionen in prekäre Beschäftigungsverhältnisse gedrängt, und die Zahl derjenigen, die zwar erwerbstätig sind, jedoch nicht genug verdienen, um für sich selbst und ihre Familien die Armutsgrenze von 1,25 US-Dollar pro Tag zu überschreiten, hat zugenommen.

Die Zeit ist gekommen, nicht etwa den Rückzug anzutreten, sondern vielmehr die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele beschleunigt voranzutreiben und die weltweite Entwicklungspartnerschaft zu stärken. Wenn die Weltgemeinschaft mit konstruktiven Maßnahmen auf die Krise reagiert, sind die Ziele noch zu erreichen. Die zugesagte Erhöhung der Hilfe wahrzumachen, ist unverzichtbar. Ebenso wichtig ist es, zu gewährleisten, dass die Interessen der Entwicklungsländer, insbesondere der ärmsten unter ihnen, bei Handelsverhandlungen auch künftig an zentraler Stelle stehen. Auch müssen wir im Dezember in Kopenhagen ein neues Regelwerk betreffend die Klimaänderung unter Dach und Fach bringen. Es ist an der Zeit, die erforderlichen Strukturänderungen vorzunehmen, um entschiedener auf eine gerechtere Entwicklung und auf Nachhaltigkeit hinzuwirken und gegen die Klimakrise anzugehen.

Die Weltgemeinschaft darf sich nicht von den armen und gesellschaftlich schwachen Menschen abwenden. Wir müssen die weltweite Zusammenarbeit und Solidarität stärken und mit neuer Kraft auf die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele und die Förderung der umfassenderen Entwicklungsagenda hinwirken. Nichts Geringeres als die Lebensfähigkeit der Erde und die Zukunft der Menschheit steht auf dem Spiel. Ich bitte die politischen Entscheidungsträger und alle Beteiligten eindringlich, sich die Botschaft dieses wertvollen und zeitgerechten Berichts zu eigen zu machen.



BAN KI-MOON
Generalsekretär der Vereinten Nationen

Überblick

Die Millenniums-Erklärung erklärt 2015 zum Zieldatum für die Erreichung der meisten Millenniums-Entwicklungsziele, mit denen quantitative Kriterien für die Halbierung der extremen Armut in allen ihren Formen vorgegeben wurden. Bis zu diesem Datum verbleiben nicht einmal mehr sechs Jahre, und die Welt befindet sich in einer von ihrer Schwere und ihrem globalen Ausmaß her beispiellosen Wirtschaftskrise.

Schleppendes oder sogar negatives Wirtschaftswachstum, verringerte Ressourcen, weniger Handelschancen für die Entwicklungsländer und der mögliche Rückgang der Hilfsströme aus den Geberländern erschweren nun die Erreichung der Ziele. Gleichzeitig treten die Auswirkungen des Klimawandels mit seinen potenziell verheerenden Folgen für reiche wie arme Länder immer deutlicher zutage. Heute mehr denn je müssen wir uns in unseren gemeinsamen Anstrengungen von der Entschlossenheit leiten lassen, die in der Millenniums-Erklärung zum Ausdruck kommende weltweite Partnerschaft aufzubauen.

Die düsteren Auswirkungen der Wirtschaftskrise

Dieser Bericht enthält eine jährliche Bewertung der Fortschritte im Hinblick auf die Millenniums-Entwicklungsziele. Zwar vermitteln die bisher vorliegenden Daten noch kein volles Bild der Auswirkungen der jüngsten Wirtschaftsflaute, doch lässt sich schon erkennen, dass es im Hinblick auf die acht Ziele verschiedentlich zu einem verlangsamten Fortschrittsverlauf oder zu rückläufigen Entwicklungen kommen wird.

Es sieht beispielsweise so aus, als seien die erheblichen Fortschritte, die zwischen 1990 und 2005 im Kampf gegen die extreme Armut erzielt worden waren, zum Stillstand gekommen. Während dieses Zeitraums war die Zahl der Menschen, die mit weniger als 1,25 Dollar pro Tag auskommen müssen, von 1,8 Milliarden auf 1,4 Milliarden gesunken. 2009 hingegen werden schätzungsweise 55 bis 90 Millionen mehr Menschen in extremer Armut leben als vor der Krise erwartet.

Auch der ermutigende Trend bei der Beseitigung des Hungers, der seit Anfang der 1990er Jahre zu beobachten war, kehrte sich 2008 hauptsächlich wegen höherer Nahrungsmittelpreise um. Die Hungerprävalenz in den Entwicklungsregionen steigt wieder an, nämlich von 16 Prozent im Jahr 2006 auf 17 Prozent im Jahr 2008. Der Rückgang der Nahrungsmittelpreise auf dem Weltmarkt in der zweiten Jahreshälfte 2008 bedeutete für die meisten Menschen auf der Welt nicht, dass Nahrungsmittel erschwinglicher wurden.

Es verwundert nicht, dass Kinder die Hauptleidtragenden sind. Mehr als ein Viertel der Kinder in den Entwicklungsregionen sind für ihr Alter untergewichtig, was ihre Aussichten auf Überleben, Wachstum und langfristige Entwicklung schmälert. Die zwischen 1990 und 2007 erzielten geringfügigen Fortschritte auf dem Gebiet der Ernährung von Kindern reichen nicht aus, um die Zielvorgabe für 2015 zu erreichen, und werden durch höhere Nahrungs-

mittelpreise und wirtschaftliche Instabilität wohl zunichte gemacht werden.

Diese Krisen könnten auch Verbesserungen bei der Gleichstellung der Geschlechter in Frage stellen, da neue Hürden für die Erwerbstätigkeit von Frauen entstehen. Nach Schätzungen der Internationalen Arbeitsorganisation könnte die weltweite Arbeitslosenquote 2009 für Männer auf 6,1 bis 7,0 Prozent und auf 6,5 bis 7,4 Prozent für Frauen ansteigen; letztere bleiben vielfach in unsicheren und oft unbezahlten Tätigkeiten gefangen.

Die globale Finanzlage könnte sich außerdem dahingehend auswirken, dass weniger Mittel für Programme zur Verbesserung der Müttergesundheit bereitstehen – dasjenige Ziel, bei dem bisher die geringsten Fortschritte erzielt wurden. Seit Mitte der 1990er Jahre war in den meisten Entwicklungsländern ein erheblicher Rückgang der pro Frau bereitgestellten Gebermittel für Familienplanung zu verzeichnen, obwohl solche Programme zweifellos zur Gesundheit von Müttern und Kindern beitragen.

Auch die Fähigkeit der Länder, einheimische Ressourcen für die Entwicklung zu mobilisieren, ist bedroht. Im letzten Quartal 2008 sanken die Exporteinnahmen der Entwicklungsländer mit dem Zusammenbruch der Preise für Rohstoffe und Ausfuhr Güter im Allgemeinen. Das Verhältnis Schuldendienst/Export Erlöse wird sich in den Entwicklungsländern wahrscheinlich weiter verschlechtern, insbesondere in den Ländern, die in den vergangenen Jahren höhere Exporteinnahmen verzeichnet hatten.

Die bisherigen Erfolge

Es gibt jedoch auch Lichtblicke. In dem Bericht werden auch die bemerkenswerten Fortschritte genannt, die viele Länder und Regionen vor dem drastischen Umschwung der Weltwirtschaft 2008 erzielt hatten.

- 2005 lebte etwas mehr als ein Viertel der Bevölkerung der Entwicklungsländer in extremer Armut. 1990 war es noch fast die Hälfte.
- Auch im Bildungsbereich waren erhebliche Erfolge zu verzeichnen. In den Entwicklungsländern als Gruppe stieg die Grundschulbesuchsrate zwischen 2000 und 2007 von 83 auf 88 Prozent. Die meisten Fortschritte stellten sich in den Regionen ein, die am weitesten zurücklagen. In Afrika südlich der Sahara und in Südasien stieg die Einschulungsquote zwischen 2000 und 2007 um 15 beziehungsweise 11 Prozentpunkte.
- Die Anzahl der Sterbefälle bei Kindern unter fünf Jahren ging weltweit stetig zurück und betrug trotz gleichzeitigen Bevölkerungswachstums 2007 etwa 9 Millionen gegenüber 12,6 Millionen im Jahr 1990. Die Kindersterblichkeitsrate ist in Afrika südlich der Sahara nach wie vor am höchsten, doch zeigen jüngste Erhebungen bemerkenswerte Verbesserungen bei wichtigen Interventionsmaßnahmen, die in den kommenden Jahren zu einem maßgeblichen Durchbruch für die Kinder dieser Region führen könnten. Zu diesen Maßnahmen gehört die Verteilung von imprägnierten Moskitonetzen zur

Verhütung der Malaria, die zu den für Kinder todbringendsten Krankheiten zählt. Auch im Kampf gegen Masern werden im Rahmen von Impfprogrammen im „zweiten Anlauf“ beachtenswerte Fortschritte erzielt.

- Auf weltweiter Ebene wurde in bisher beispielloser internationaler Zusammenarbeit vereinbart, den Verbrauch an Stoffen, die die schützende Ozonschicht der Erde abbauen, um 97 Prozent zu senken.

Bereiche, in denen raschere Fortschritte erforderlich sind

Diese Erfolge zeigen, dass die Ziele auf weltweiter Ebene und selbst in sehr armen Ländern in Reichweite liegen. Wir müssen unsere Anstrengungen auch künftig an den Millenniums-Entwicklungszielen ausrichten und dürfen selbst in diesen schweren Zeiten die Vision einer Welt ohne Armut nicht aus den Augen verlieren.

- Mit frischen Kräften müssen Anstrengungen unternommen werden, eine produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle, einschließlich Frauen und junger Menschen, zu verwirklichen. Der Frauenanteil an den unselbständig Erwerbstätigen im nichtlandwirtschaftlichen Sektor ist über die Jahre nur unwesentlich gestiegen. In Süd-Asien, Nordafrika und Westasien sind die Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen nach wie vor äußerst gering.
- Der Kampf gegen den Hunger muss insbesondere im Interesse der jüngsten Bürger mit neuer Entschlossenheit geführt werden. In den vom letzten Anstieg der Nahrungsmittelpreise am stärksten betroffenen Ländern müssen die Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln durch entsprechende Maßnahmen erhöht und sozialpolitische Maßnahmen verstärkt auf die Bekämpfung der nachteiligen Auswirkungen dieses Anstiegs auf arme Menschen ausgerichtet werden.
- Es gilt, verstärkt dafür zu sorgen, dass alle Kinder, insbesondere in ländlichen Gemeinden, eine Schule besuchen und dass jede Ungleichstellung im Bildungsbereich aufgrund des Geschlechts sowie aufgrund der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Volksgruppe, sprachlichen und religiösen Minderheit beseitigt wird. Das Ziel, bis 2005 geschlechtsspezifische Disparitäten bei der Grund- und Sekundarschulbildung zu beseitigen, wurde bereits verfehlt.
- Zur Senkung der Müttersterblichkeit, insbesondere im subsaharischen Afrika und in Südasien, wo bisher kaum Fortschritte erzielt wurden, muss größerer politischer Wille mobilisiert werden.
- Weitaus raschere Fortschritte sind erforderlich, um verbesserte sanitäre Einrichtungen für die 1,4 Milliarden Menschen bereitzustellen, die 2006 mit allen damit verbundenen Folgen für die Gesundheit in den Gemeinwesen und für die lokale Umwelt noch ohne solche Einrichtungen auskommen mussten. Geht die Entwicklung so weiter wie bisher, wird das auf 2015 terminierte Ziel der flächendeckenden sanitären Grundversorgung verfehlt werden.

- Zur Verbesserung der Lebensbedingungen armer Stadtbewohner müssen raschere und noch weiter reichende Anstrengungen unternommen werden. Obwohl alle Regionen mit einer Ausnahme auf dem Gebiet der Slumsanierung vorangekommen sind, können die Verbesserungen mit dem raschen Städtewachstum in den Entwicklungsländern kaum Schritt halten.
- Schließlich muss der Erhaltung unserer natürlichen Ressourcengrundlage, auf die wir alle angewiesen sind, höherer Vorrang eingeräumt werden. Wir sind bisher weder energisch genug noch geschlossen gegen die Klimaänderung vorgegangen, unsere Fischbestände sind gefährdet, Waldgebiete, insbesondere Primärwälder, nehmen ab, und in zahlreichen ariden Regionen herrscht heute bereits tatsächlich Wasserknappheit.

Aus Erfahrungen lernen und nach vorne blicken

Fortschritte sind dort am offensichtlichsten, wo gezielte Interventionsmaßnahmen sofortige Wirkung gezeigt haben und wo sich erhöhte Finanzmittel in erweiterte Programme zur direkten Bereitstellung von Diensten und Instrumenten an die Bedürftigen umgesetzt haben. Dies zeigt sich beim Kampf gegen die Malaria, bei der drastischen Verringerung der durch Masern verursachten Sterbefälle und in der innerhalb von fünf Jahren verzehnfachten Versorgungsdichte für die antiretrovirale HIV/Aids-Therapie. Demgegenüber waren die Fortschritte bescheidener, wenn Strukturveränderungen und starker politischer Wille erforderlich waren, um über einen längeren Zeitraum hinweg eine ausreichende und nachhaltige Finanzierung zu gewährleisten. Dies ist aller Wahrscheinlichkeit nach der Grund für die schlechten Ergebnisse der meisten Länder bei der Senkung der Müttersterblichkeit und der Ausweitung des Zugangs armer Landbewohner zu verbesserten Sanitäreinrichtungen.

Die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele erfordert die volle Integration der Entwicklungsagenda in die Anstrengungen zum Wiederanstoss des Wachstums und zum Wiederaufbau der Weltwirtschaft. An oberster Stelle steht das Problem des Klimawandels, das als Gelegenheit aufzufassen ist, effizientere „grüne“ Technologien zu entwickeln und die notwendigen Strukturveränderungen vorzunehmen, die zu einem zukunftsfähigen Wachstum beitragen werden. Zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele ist außerdem gezielt auf die Bereiche und Bevölkerungsgruppen einzugehen, die klar ins Hintertreffen geraten sind – ländliche Gemeinwesen, die ärmsten Haushalte und ethnische Minderheiten, denen allesamt eine Rolle bei der Gestaltung unserer gemeinsamen Zukunft zukommen wird.

SHA ZUKANG
Untergeneralsekretär für wirtschaftliche und soziale Angelegenheiten

Ziel 1

Beseitigung der extremen Armut und des Hungers

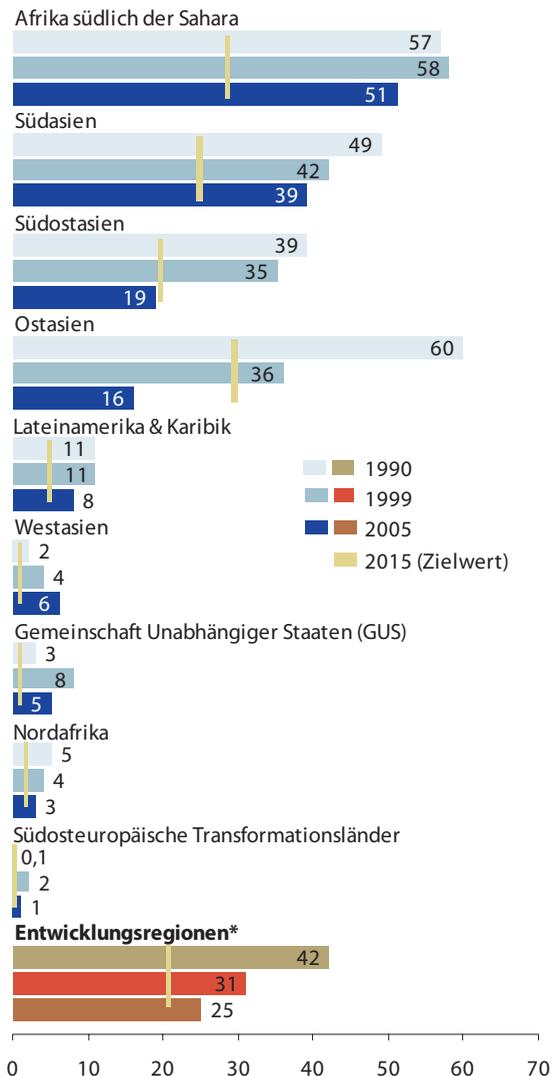


ZIELVORGABE

Zwischen 1990 und 2015 den Anteil der Menschen halbieren, deren Einkommen weniger als 1 Dollar pro Tag beträgt

Die weltweite Wirtschaftskrise verhindert Fortschritte im Kampf gegen die Armut

Anteil der Menschen, die mit weniger als 1,25 Dollar pro Tag auskommen müssen – 1990, 1999 und 2005 (Prozent)



* Umfasst alle Entwicklungsregionen, die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten und die Transformationsländer Südosteuropas.

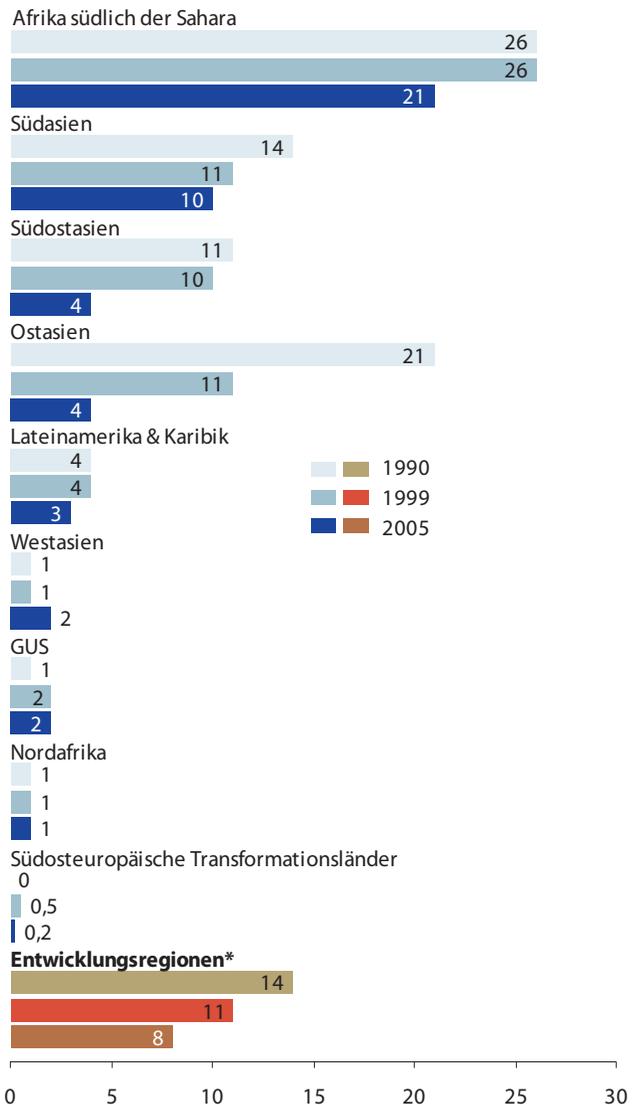
Die Zahl der weltweit in extremer Armut lebenden Menschen wird 2009 voraussichtlich um 55 bis 90 Millionen höher liegen als vor der Weltwirtschaftskrise erwartet, wobei sich die konkreten Auswirkungen allerdings nach Regionen und Ländern unterscheiden werden. Nach aktuellen Hoch-

rechnungen werden die Armutsquoten in den Entwicklungsländern insgesamt 2009 noch fallen, aber sehr viel langsamer als vor dem Abschwung. Für manche Länder kann dies darüber entscheiden, ob sie ihr Ziel der Armutsminderung erreichen oder nicht. In Afrika südlich der Sahara und in Südasien werden in einigen der anfälligeren und wachstumsschwachen Volkswirtschaften sowohl die Zahl der Armen als auch die Armutsquote voraussichtlich weiter steigen.

Vor der Wirtschaftskrise und dem Anstieg der Nahrungsmittelpreise war die Zahl der in den Entwicklungsregionen in extremer Armut lebenden Menschen – Menschen, die mit weniger als 1,25 Dollar pro Tag (Basisjahr: 2005) auskommen müssen – von 1,8 Milliarden im Jahr 1990 auf 1,4 Milliarden im Jahr 2005 gesunken. Demzufolge lebte 2005 etwas mehr als ein Viertel der Bevölkerung der Entwicklungsländer in extremer Armut, wohingegen es 1990 noch fast die Hälfte gewesen war. In Ostasien war hauptsächlich dank des raschen Wirtschaftswachstums in China, durch das 475 Millionen Menschen aus der extremen Armut befreit wurden, ein drastischer Rückgang der Armutsquote zu verzeichnen. Anderswo stellten sich Fortschritte langsamer ein, und in einigen Regionen trug das Bevölkerungswachstum ursächlich dazu bei, die Zahl der Mittellosen zu erhöhen. In Afrika südlich der Sahara lebten 2005 100 Millionen mehr Menschen in extremer Armut als 1990, und die Armutsquote lag weiter über 50 Prozent, wenngleich sie nach 1999 zu sinken begann. Weltweit gesehen wird die Zielvorgabe, die Armutsquote bis 2015 zu halbieren, wohl erreicht werden. Einige Regionen werden jedoch weit dahinter zurückbleiben, und bis zu 1 Milliarde Menschen werden bis zum Zieldatum wohl weiter in extremer Armut leben.

Vor der Krise nahm die Armutstiefe in fast allen Regionen ab

Armutslückenverhältnis bei 1,25 Dollar pro Tag – 1990, 1999 und 2005 (in Prozent)

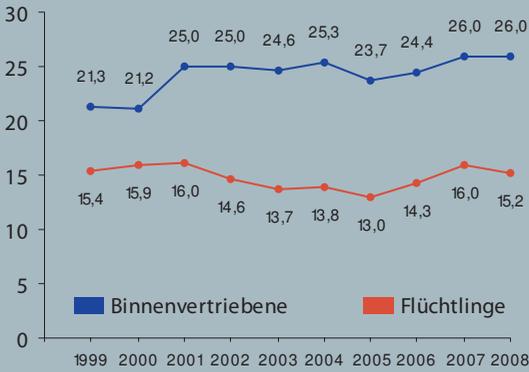


* Umfasst alle Entwicklungsregionen, die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten und die Transformationsländer Südosteuropas.

Wie groß die Herausforderung der Armutsbeseitigung ist, misst sich nicht nur an der Zahl der armen Menschen weltweit, sondern auch daran, wie weit sie die Armutsgrenze unterschreiten. Mit dem Anstieg der Durchschnittseinkommen seit 2000 konnten sich viele Menschen aus der Armut befreien, und die Armutstiefe der weiter in extremer Armut verharrenden Menschen nahm ab. Bei einer Armutsgrenze von 1,25 Dollar pro Tag ging das Armutslückenverhältnis zwischen 1990 und 2005 in allen Regionen außer Westasien zurück. 2005 war die Armutstiefe in Afrika südlich der Sahara am größten, sank dort jedoch seit 1999 auf den Stand Ostasiens im Jahr 1990. Die Weltwirtschaftskrise im Verein mit hohen Nahrungsmittelpreisen hat wohl eine Umkehr dieser positiven Trends bewirkt.

Konflikte stürzen Millionen in die Armut

Zahl der Binnenvertriebenen und Flüchtlinge – 1999-2008 (in Millionen)



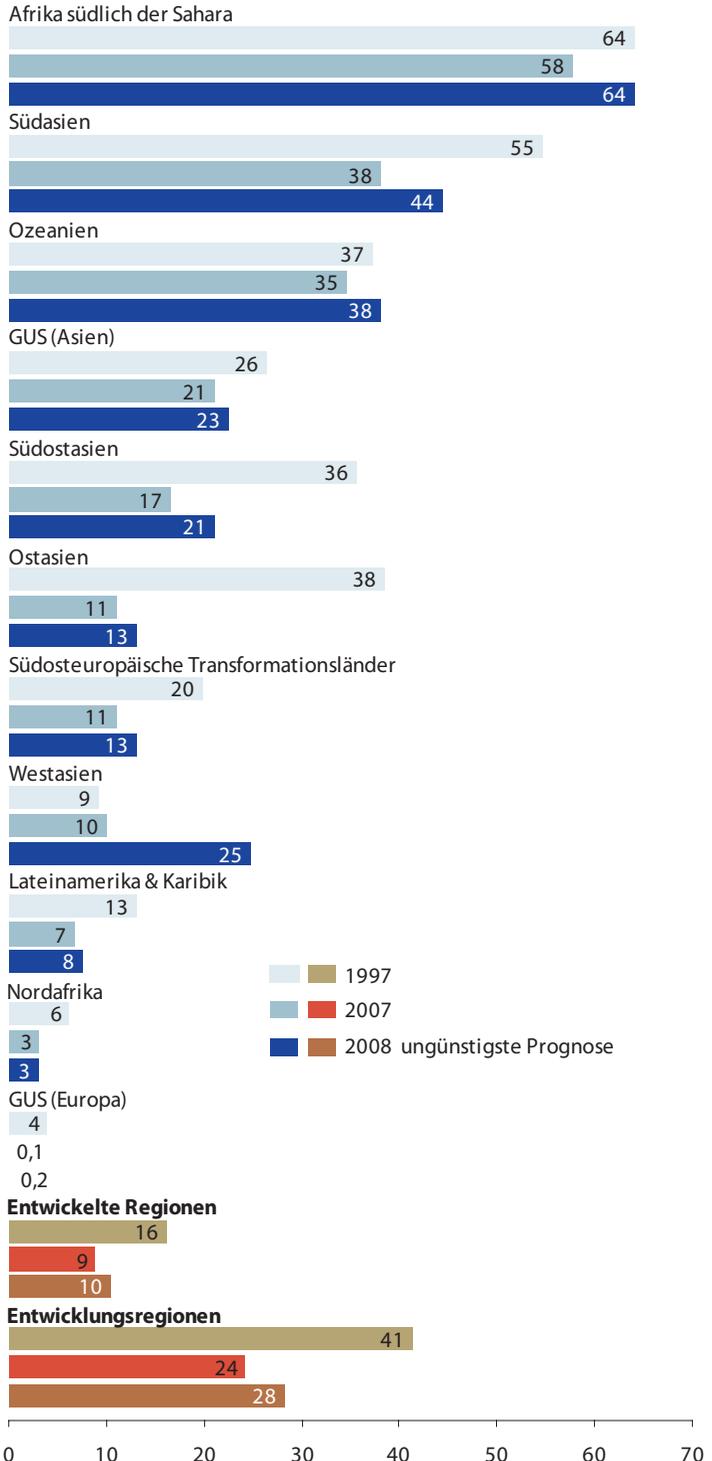
Konflikte und Verfolgung sind Hauptgründe dafür, dass Menschen ihr Zuhause verlassen und entweder in ihrem eigenen Land oder jenseits seiner Grenzen zu Flüchtlingen werden. Sie verfügen in der Regel weder über eine Beschäftigung noch über einen festen Wohnsitz und fallen ohne soziales Sicherungsnetz schnell in Armut. Die Zahl der Binnenvertriebenen lag in den vergangenen beiden Jahren weltweit unverändert bei 26 Millionen. Hingegen kehrten 2008 mehr als 600.000 Menschen freiwillig in ihr Herkunftsland zurück, und die Zahl der Flüchtlinge sank. Ende 2008 standen noch immer schätzungsweise 4,7 Millionen Flüchtlinge unter der Obhut des Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA). Das Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) vermittelte Hilfe an weitere 10,5 Millionen Menschen, fast die Hälfte davon Flüchtlinge aus Afghanistan (2,8 Millionen) und Irak (1,9 Millionen).

ZIELVORGABE

Produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle, einschließlich Frauen und junger Menschen, verwirklichen

Düstere Aussichten im Bereich Erwerbsarmut

Anteil der Erwerbstätigen, die mit weniger als 1,25 Dollar pro Tag auskommen müssen – 1997, 2007 und 2008 (Hochrechnung) (in Prozent)



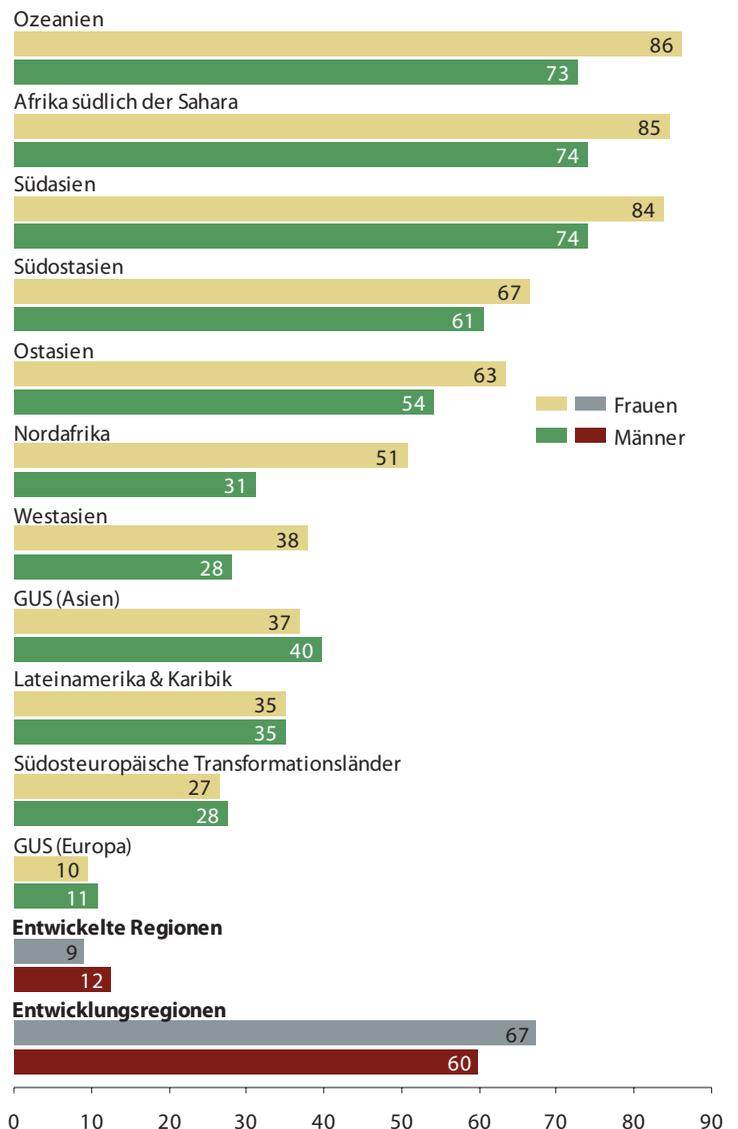
Es ist wohl davon auszugehen, dass sich die hohen Energie- und Rohstoffpreise Anfang 2008, noch verschärft durch einen schweren Wirtschaftsabschwung in der zweiten Jahreshälfte, in erheblichem Maße negativ auf den Anteil der in extremer Armut lebenden Erwerbstätigen ausgewirkt haben. Dabei handelt es sich um Menschen, die zwar erwerbstätig sind, jedoch nicht genug verdienen, um für sich selbst und ihre Familie die Armutsgrenze von 1,25 Dollar pro Tag zu überschreiten. Die bis 2007 zu beobachtenden ermutigenden Trends werden für 2008 wohl rückläufig sein oder günstigstenfalls stagnieren. Die Internationale Arbeitsorganisation (IAO) sieht drei Szenarien. Im ungünstigsten Fall wird die Erwerbsarmut in den Entwicklungsregionen von 24 Prozent der Erwerbstätigen im Jahr 2007 auf 28 Prozent im Jahr 2008 ansteigen. Das mittlere Szenario zeigt einen prozentualen Anstieg der Erwerbsarmut in den meisten Regionen und einen Anstieg auf 25 Prozent für alle Entwicklungsländer. Selbst im besten Fall bleiben Fortschritte auf dem Gebiet der Erwerbsarmut in Afrika südlich der Sahara völlig aus.

Die Beschäftigungsquote ist ein guter Indikator für die Fähigkeit einer Volkswirtschaft, Arbeitsplätze zu schaffen. In den meisten Ländern liegt diese Quote zwischen 55 und 75 Prozent. Dennoch ist es durchaus möglich, dass eine hohe Beschäftigungsquote und hohe Armutsindikatoren nebeneinander bestehen, weil die Menschen arbeiten müssen, um zu überleben, und auf die Qualität ihres Arbeitsplatzes keine Rücksicht nehmen können. Dies ist in Afrika südlich der Sahara der Fall, das zwar von allen Regionen die zweithöchste Erwachsenen-Beschäftigungsquote (etwa 74 Prozent), jedoch die niedrigste Arbeitsproduktivität aufweist. Mehr als die Hälfte der Erwerbstätigen in dieser Region lebte in extremer Armut, und mehr als drei Viertel der Erwerbstätigen befanden sich in einem prekären Beschäftigungsverhältnis.

Zwischen 1998 und 2008 stieg die Beschäftigungsquote von Frauen weltweit von 48 auf 49 Prozent. Dennoch befinden sich noch immer weitaus mehr Frauen als Männer außerhalb des Arbeitsmarktes. Die Beschäftigungsquote von Frauen liegt in Nordafrika und Westasien besonders niedrig, nämlich um 45 Prozentpunkte niedriger als für Männer. In Südasien liegt sie um 44 Prozentpunkte unter der von Männern.

Wirtschaftsturbulenzen drängen viele Millionen Menschen in prekäre Beschäftigungsverhältnisse

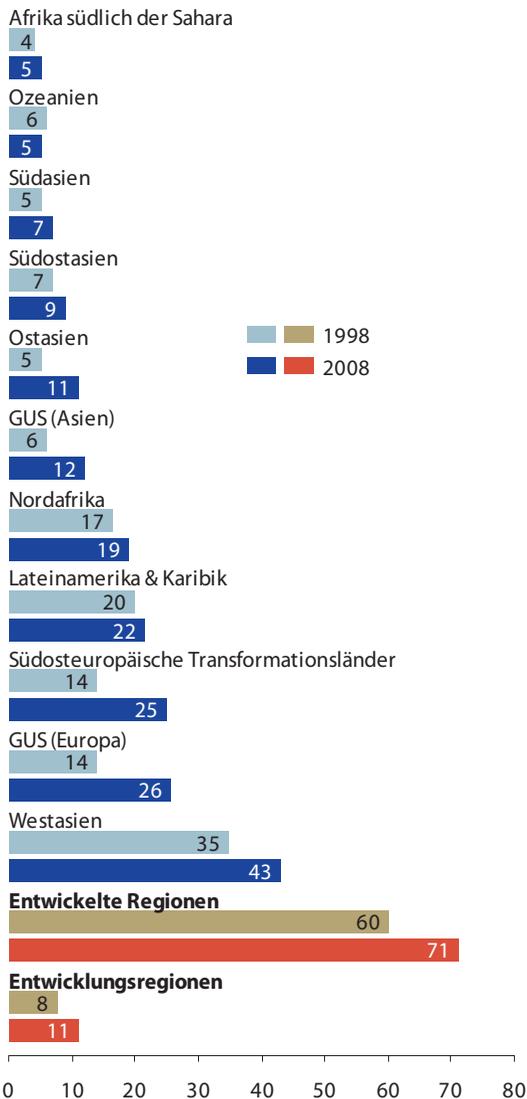
Anteil der Selbständigen und der Familienarbeitskräfte an der Gesamtbeschäftigung – Hochrechnungen nach Szenario 2 für 2008, Frauen und Männer (in Prozent)



Wenn man das zweite Szenario der IAO ansetzt, das angesichts der Schwere der Wirtschaftskrise als das realistischste gilt, könnte die Zahl der Menschen in den Entwicklungsregionen, die sich in prekären Beschäftigungsverhältnissen befinden, 2008 um 77 Millionen höher liegen als 2007 und würden die ermutigenden Trends der letzten zehn Jahre umgekehrt. Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen verrichten entweder unbezahlte Arbeit in Familienbetrieben oder sind Selbständige und kommen in der Regel nicht in den Genuss der Sicherheitsnetze, die während harter wirtschaftlicher Zeiten vor Einkommensverlust schützen. Nach beiden Szenarien waren 2008 wahrscheinlich weit über 80 Prozent der weiblichen Erwerbsbevölkerung in Ozeanien, Subsahara-Afrika und Südasien in prekären Beschäftigungsverhältnissen tätig.

Die Arbeitsproduktivität in den Entwicklungsregionen ist weiter niedrig – ein schlechtes Zeichen für die künftige Schaffung von Arbeitsplätzen

Produktionsleistung pro Beschäftigten in konstanten US-Dollar von 2005 (Kaufkraftparität) – 1998 und 2008 (in Tausend)



Die Arbeitsproduktivität ist ein wichtiges Maß der Wirtschaftsleistung. Auch lässt sich mit ihrer Hilfe ermitteln, mit welcher Wahrscheinlichkeit ein Land menschenwürdige Beschäftigungsmöglichkeiten mit fairer und ausgewogener Entlohnung schaffen und erhalten kann. Bei geringfügigen Produktivitätszuwächsen steigen in der Regel auch die Löhne und Gehälter nur wenig, und es gibt kein zusätzliches Potenzial für die Schaffung von Arbeitsplätzen. Darüber hinaus ist es

wichtig, dass neben Produktivitätssteigerungen auch Verbesserungen in Bildung und Ausbildung zustande kommen, sodass die zukünftige Erwerbsbevölkerung besser auf die Arbeitsplatzanforderungen vorbereitet ist. In den Entwicklungsregionen ist die Arbeitsproduktivität in den letzten zehn Jahren nur unwesentlich angestiegen und dabei weit hinter der der entwickelten Regionen zurückgeblieben. In Ostasien, der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) und den Transformationsländern Südosteuropas wurden deutliche Fortschritte erzielt. In Afrika südlich der Sahara ist die Produktivität nach wie vor äußerst niedrig, in Ozeanien sogar leicht rückläufig. Die höhere Produktivität in Ostasien ging mit einem scharfen Rückgang der Zahl der als erwerbsarm eingestuft Personen im gleichen Zeitraum einher. Ähnlich verhielt es sich in den Transformationsländern Südosteuropas, wo der Anteil dieser Menschen seit 1997 um beinahe neun Prozentpunkte zurückging, sich gleichzeitig die Produktivität fast verdoppelte und der Anteil prekärer Beschäftigungsverhältnisse sank.

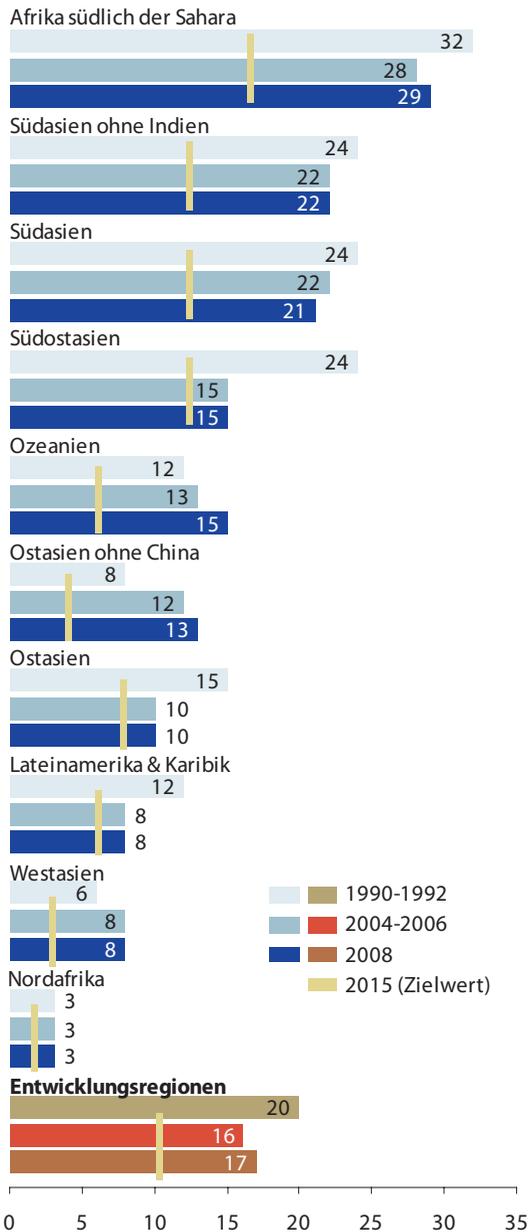


ZIELVORGABE

Zwischen 1990 und 2015 den Anteil der Menschen halbieren, die Hunger leiden

Hohe Nahrungsmittelpreise erschweren Fortschritte bei der Beseitigung des Hungers

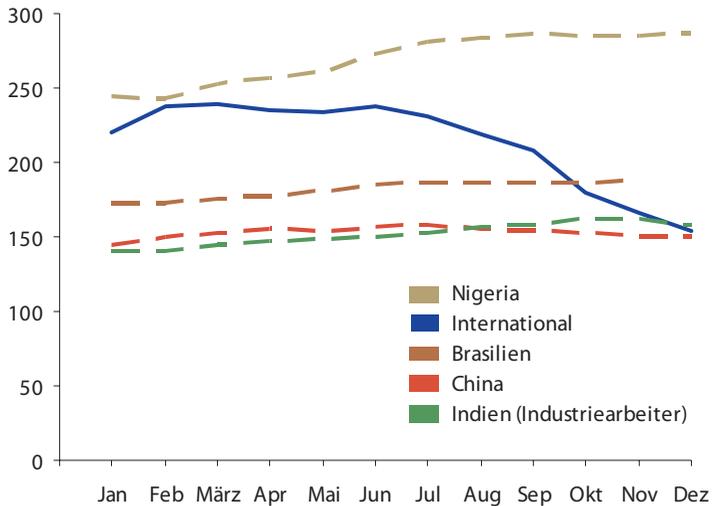
Bevölkerungsanteil, der unterernährt ist – 1990-1992, 2004-2006 und 2008 (in Prozent)



Der in den Entwicklungsländern seit 1990-1992 rückläufige Trend bei der Unterernährungsquote kehrte sich 2008 hauptsächlich wegen eskalierender Nahrungsmittelpreise um. Der Anteil der unterernährten Menschen sank von rund 20 Prozent Anfang der 1990er Jahre auf etwa 16 Prozent zur Mitte der folgenden Dekade. Vorläufigen Schätzungen zufolge erhöhte er sich 2008 jedoch um einen Prozentpunkt. Der rasche Anstieg der Nahrungsmittelpreise sorgte 2008 für einen erhöhten Anteil Hunger leidender Menschen in Afrika südlich der Sahara und in Ozeanien. Lässt man China unberücksichtigt, so nahm auch in Ostasien die Hungerprävalenz zu. In den meisten anderen Regionen kam der rückläufige Trend zum Erliegen.

Rückläufige Nahrungsmittelpreise auf dem Weltmarkt bedeuten nicht, dass Nahrungsmittel auf lokalen Märkten erschwinglicher werden

Internationaler Nahrungsmittelpreisindex und Index der Verbraucherpreise für Nahrungsmittel in ausgewählten Ländern – 2008 (Jahr 2000 = 100)

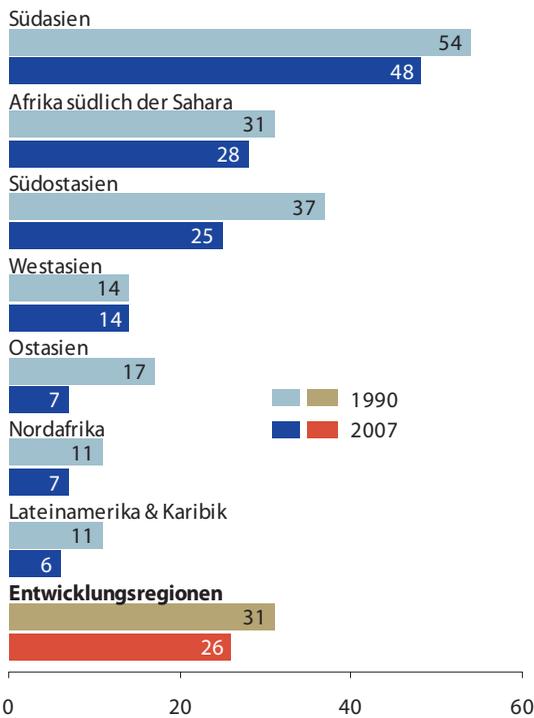


Anmerkung: Der Nahrungsmittelpreisindex errechnet sich aus dem Durchschnitt der Preisindizes für sechs Gütergruppen, gewichtet mit dem durchschnittlichen Exportanteil jeder dieser Gruppen für die Jahre 2002-2004.

Wird der Kampf gegen den Hunger nicht entschlossen geführt, könnte es zu einer anhaltenden Nahrungsmittelkrise kommen. In Anbetracht der rückläufigen Nahrungsmittelpreise auf dem Weltmarkt in der zweiten Jahreshälfte 2008 hätten die Preise auf den lokalen Märkten innerhalb relativ kurzer Zeit sinken sollen. Dazu kam es jedoch nicht, und in vielen Entwicklungsländern, beispielsweise Brasilien, Indien und Nigeria, und in geringem Maße auch in China, verbesserte sich der Zugang der Verbraucher zu Nahrungsmitteln nicht wie erwartet. Insbesondere in den am schwersten betroffenen Ländern sollten die Regierungen und ihre Entwicklungspartner Maßnahmen durchführen, um die Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln zu erhöhen, indem sie unter anderem die Produktion steigern und durch verstärkte sozialpolitische Maßnahmen die negativen Auswirkungen höherer Nahrungsmittelpreise, insbesondere auf die Armen, abzufangen suchen.

Geringfügige Fortschritte bei der Kinderernährung werden durch hohe Nahrungsmittelpreise und die Weltwirtschaftslage wohl zunichte gemacht

Anteil der untergewichtigen Kinder unter fünf Jahren – 1990 und 2007 (in Prozent)



Anmerkung: Die Schätzungen der Prävalenz von Untergewicht bei Kindern basieren auf der Referenzbevölkerung, die vom Nationalen Zentrum für Gesundheitsstatistiken (USA), der Weltgesundheitsorganisation und dem Zentrum für die Kontrolle und Eindämmung von Krankheiten (USA) verwendet wird.

Eine angemessene Ernährung ist für die Entwicklung des Immunsystems, der motorischen und der kognitiven Fähigkeiten von Kindern unerlässlich. Dennoch ist in den Entwicklungsregionen etwa ein Viertel der Kinder untergewichtig. Dies kann tödliche Folge haben: Mehr als ein Drittel aller Kindstode weltweit lassen sich auf Unterernährung zurückführen. In den Entwicklungsländern ging der Anteil der untergewichtigen Kinder unter fünf Jahren zwischen 1990 und 2007 um lediglich fünf Prozentpunkte – von 31 auf 26 Prozent – zurück. Selbst wenn es zwischenzeitlich nicht zu einem Anstieg der Nahrungsmittelpreise und zu einer Wirtschaftskrise gekommen wäre, könnte bei gleich bleibendem Fortschrittsverlauf das Ziel, die Prävalenz von Untergewicht um die Hälfte zu senken, nicht erreicht werden.

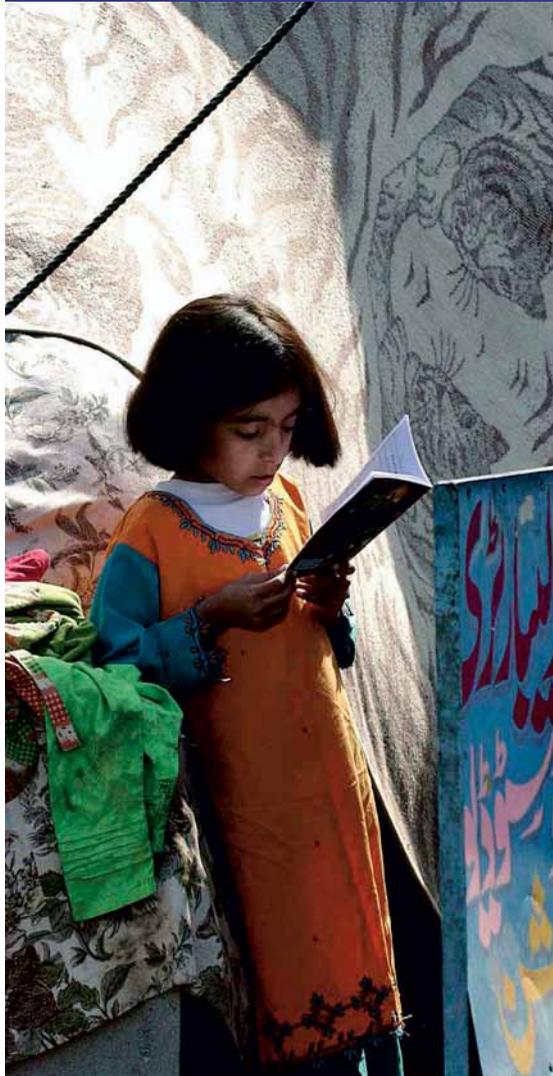
Die noch vor dem Anstieg der Nahrungsmittelpreise erhobenen Daten zeigen, dass Kinder in den ärmsten Haushalten der Entwicklungsländer mehr als doppelt so häufig untergewichtig waren wie die in den reichsten Haushalten. In ähnlicher Weise waren Kinder in ländlichen Gebieten eher untergewichtig als in Städten und Großstädten lebende Kinder.

Der Ernährung von Kindern, insbesondere aus gesellschaftlich schwächeren Gruppen, muss bei der nationalen Entwicklung höhere Priorität beigegeben werden. Dazu gehören die Aufnahme des Stillens innerhalb einer Stunde nach der Geburt, das volle Stillen während der ersten sechs Lebensmonate, rechtzeitige und geeignete Beikost ab einem Alter von sechs Monaten und Teilstillen bis zu einem Alter von zwei Jahren und darüber hinaus. Auch die Verhütung eines niedrigen Geburtsgewichts ist wichtig. Die Ernährungssituation der Mutter vor und während der Schwangerschaft beeinflusst maßgeblich das Geburtsgewicht des Kindes. Das Geburtsgewicht wiederum hat einen entscheidenden Einfluss auf die Überlebenschancen, das Wachstum, die langfristige Gesundheit und die psychosoziale Entwicklung des Neugeborenen. In Südasien ist im Vergleich zum Rest der Welt niedriges Geburtsgewicht am häufigsten – ein Viertel der Neugeborenen wiegt unter 2.500 Gramm – und die Prävalenz von Untergewicht bei Kindern am höchsten.



Ziel 2

Verwirklichung der allgemeinen Grundschulbildung

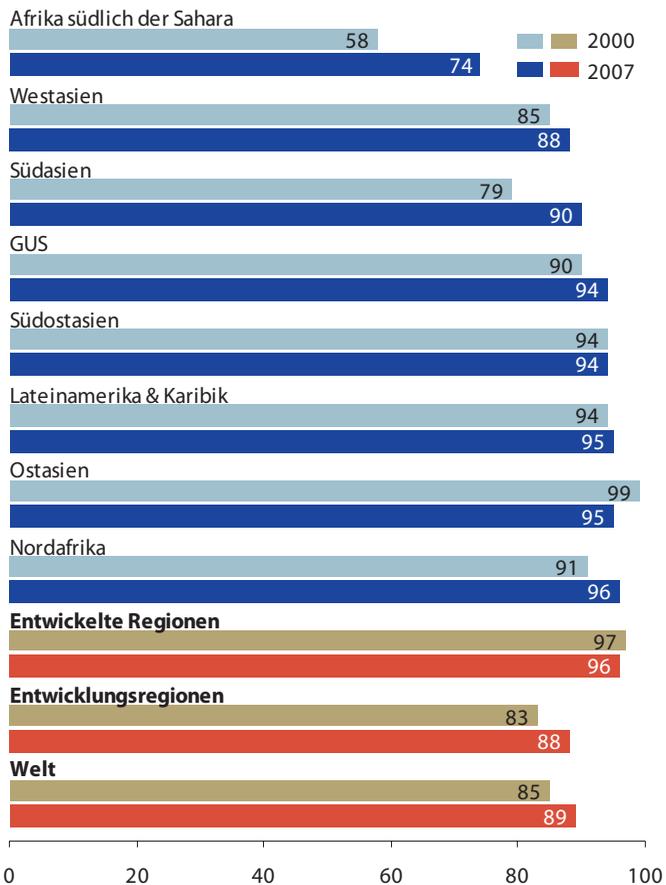


ZIELVORGABE

Bis zum Jahr 2015 sicherstellen, dass Kinder in der ganzen Welt, Jungen wie Mädchen, eine Grundschulbildung vollständig abschließen können

Die Welt rückt dem Ziel der allgemeinen Grundschulbildung näher, jedoch zu langsam, um es bis zum Zieldatum 2015 zu erreichen

Bereinigte Netto-Einschulungsquote im Grundschulbereich* – 1999/2000 und 2006/2007 (in Prozent)



* Definiert als der Prozentanteil der in der Grund- oder Sekundarschulstufe eingeschriebenen Kinder im theoretischen Schulalter an der Gesamtbevölkerung dieser Altersgruppe.

Anmerkung: Für Ozeanien liegen keine Daten vor.

In Bezug auf das Ziel der allgemeinen Grundschulbildung sind Fortschritte zu verzeichnen, doch noch immer besuchen mehr als 10 Prozent der Kinder im Grundschulalter keine Schule. In den Entwicklungsländern als Gruppe stieg die Einschulung im Grundschulbereich zwischen 2000 und 2007 von 83 auf 88 Prozent. Wesentliche Durchbrüche verzeichneten Afrika südlich der Sahara, wo die Einschulungsquote zwischen 2000 und 2007

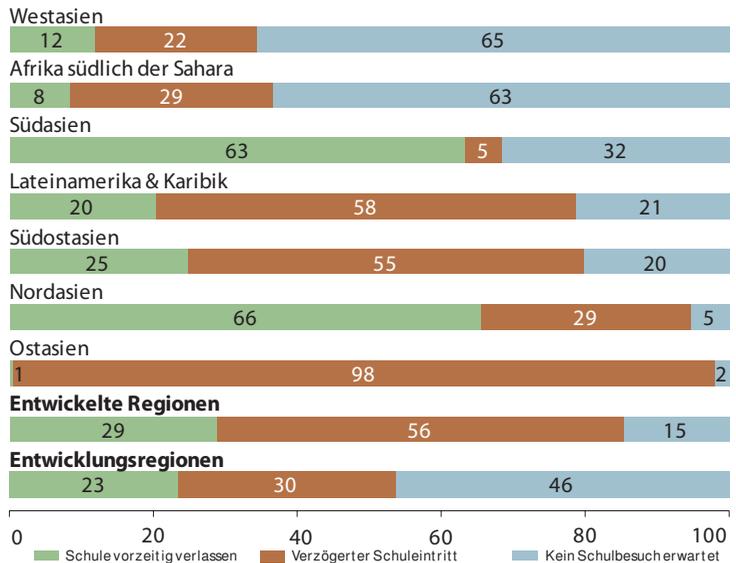
um 15 Prozentpunkte stieg, und Südasien, wo sie im gleichen Zeitraum um 11 Prozentpunkte zunahm.

In vielen Ländern waren Verbesserungen bei der Schuleinschreibung mit höheren staatlichen Bildungsausgaben verbunden, bei denen es infolge der Weltwirtschaftskrise allerdings zu schweren Einbrüchen kommen könnte. Auch demografische Trends können die Erreichung des Ziels beeinflussen, da durch Bevölkerungswachstum gewöhnlich ein stärkerer Druck auf die veranschlagten Bildungsmittel entsteht. Der trotz des raschen Bevölkerungswachstums relativ starke Anstieg der Schuleinschreibungen in Afrika südlich der Sahara und in Südasien ist ermutigend. Die Gesamtzahl der Kinder, die keine Schule besuchen, fällt jedoch zu langsam und zu ungleichmäßig, als dass die Zielvorgabe bis 2015 erreicht werden könnte.

Die Zahl der Kinder im Grundschulalter, die keine Schule besuchen, ist seit 1999 um 33 Millionen gesunken. Dennoch waren 2007 weltweit 72 Millionen Kinder vom Recht auf Bildung ausgeschlossen. Beinahe die Hälfte lebt im subsaharischen Afrika, gefolgt von Südasien mit 18 Millionen Kindern, die nicht zur Schule gehen. Nach Teilprognosen im *Education for All Global Monitoring Report* (Weltbericht „Bildung für alle“) der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO), der auf Daten von 2006 beruht, werden auch 2015 noch mindestens 29 Millionen Kinder nicht zur Schule gehen.

Die Hälfte der 72 Millionen Kinder, die keine Schule besuchen, haben nie ein Klassenzimmer von innen gesehen

Verteilung der Kinder, die keine Schule besuchen, nach Schulsituation – 2006 (in Prozent)



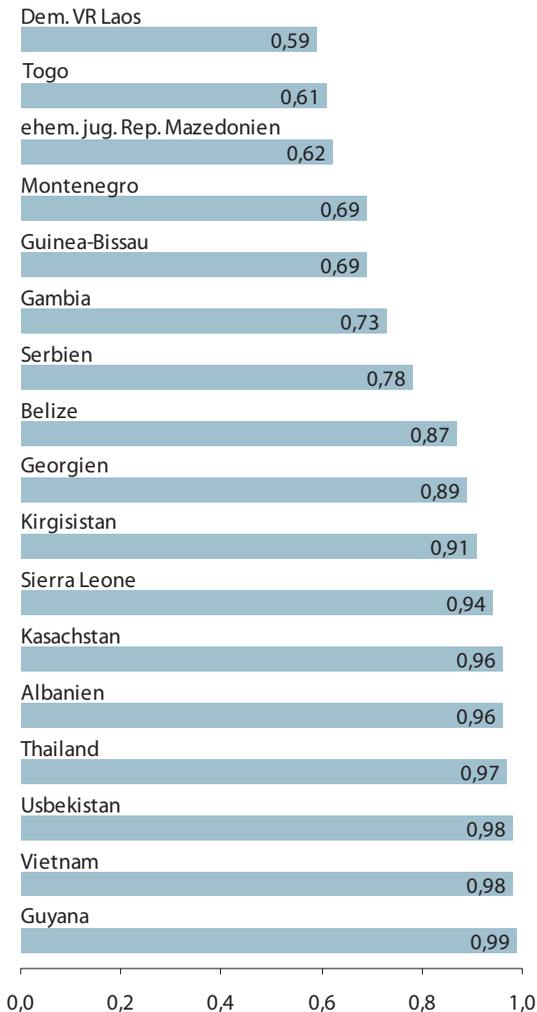
Fast die Hälfte der heute nicht schulbesuchenden Kinder ist mit formaler Bildung nie in Berührung gekommen. Ohne neue Politiken und zusätzliche Anreize werden sie wahrscheinlich nie zur Schule gehen. Etwa 30 Prozent der Kinder in den Entwicklungsländern, die keine Schule besuchen, lassen sich vielleicht irgendwann verspätet einschulen. Weitere 23 Prozent sind Schulabbrecher.

Weitreichender ist das Problem in Subsahara-Afrika mit den meisten Kindern, die derzeit nicht zur Schule gehen und zu zwei Dritteln wahrscheinlich niemals gehen werden. Ähnlich ist es auch in Westasien, wo von den 3 Millionen nicht schulbesuchenden Kindern 64 Prozent Mädchen sind. Zwei Drittel der Millionen von Kindern, die in Südasien keine Schule besuchen, sind Schulabbrecher.

Dass so viele Kinder keine Schule besuchen, ist wegen der Zukunftswirkung auf die anderen Millenniumsziele besonders besorgniserregend. So steht erfahrungsgemäß ein höherer Anteil von Müttern mit Grund- oder Sekundarschulbildung mit einer niedrigeren Kindersterblichkeitsrate im Zusammenhang, und die Kinder von Eltern mit Bildungshintergrund sind besser ernährt. Auch hat der Alphabetisierungsgrad der Eltern einen Einfluss darauf, ob ihre Kinder zur Schule gehen. Bildung wirkt sich nachweislich positiv auf den Erfolg der HIV-Prävention aus und erhöht die Chance auf Zugang zu einer menschenwürdigen Beschäftigung.

Ungleichheit untergräbt die Bildungschancen von Millionen von Kindern

Index der Bildungsparität im Grundschulbereich nach Volksgruppe, Sprache oder Religion, niedrigste/höchste Schulbesuchsquote, ausgewählte Länder – 2005-2006



Chancenungleichheit durch Benachteiligung aufgrund von Geschlecht, Volksgruppenzugehörigkeit, Einkommen, Sprache oder Behinderung ist weit verbreitet und ein wesentliches Hindernis für die Bildung für alle. Kinder aus armen Gemeinden und Mädchen geraten am häufigsten ins Hintertreffen. In einigen weniger entwickelten Ländern besuchen Kinder, die zum ärmsten Fünftel der Bevölkerung gehören, dreimal seltener eine Grundschule als Kinder aus dem reichsten Fünftel. 2007 waren von den Kindern, die weltweit keine Schule besuchen, 54 Prozent Mädchen.

Auch Angehörige ethnischer, sprachlicher und religiöser Minderheiten haben geringere Bildungschancen als die Gesamtbevölkerung. Eine Analyse der Erhebungsdaten aus 17 Ländern zeigt, dass die Nettoschulbesuchsquoten im Grundschulbereich bei den am wenigsten benachteiligten Gruppen um bis zu 1,7 Mal höher lagen als bei den am stärksten benachteiligten Gruppen; im Sekundarschulbereich waren sie bis zu sechsmal so hoch.

Ein Index der Bildungsparität, der für ein bestimmtes Land die Schulbesuchsquote der am stärksten benachteiligten Gruppe mit derjenigen der am wenigsten benachteiligten Gruppe ins Verhältnis setzt, zeigt für den Grundschulbereich Werte zwischen 0,59 und 0,99. Ein Wert von 0,59 bedeutet, dass die Schulbesuchsquote der am stärksten benachteiligten Gruppe nur 59 Prozent derjenigen der Gruppe mit der höchsten Schulbesuchsquote beträgt; bei 0,99 besteht keine bzw. nur eine geringfügige Ungleichheit zwischen den Gruppen. Im Sekundarschulbereich sind die Ungleichgewichte extremer, und der Index liegt zwischen 0,17 und 0,98.

In einigen Ländern haben sich Fördermaßnahmen der öffentlichen Hand, die auf die ärmsten und am stärksten benachteiligten Gruppen gerichtet sind, als wirksam erwiesen. So haben beispielsweise die Abschaffung von Schulgebühren, der Bau von Schulen in unterversorgten Gebieten und die verstärkte Einstellung von Lehrern in bemerkenswerten Fortschritten bei der Schuleinschreibung der ärmsten Kinder geführt. Insgesamt und insbesondere bei Minderheitengruppen muss weiter mit Vorrang dafür gesorgt werden, dass Mädchen zur Schule gehen und ihre Schulbildung abschließen.

Unter welchen Voraussetzungen kann die Zielvorgabe im Bereich Bildung erreicht werden?

Die Verwirklichung der allgemeinen Grundschulbildung bis 2015 erfordert, dass alle Kinder im offiziellen Schuleintrittsalter bis 2009 Bildungszugang haben. Einige Fortschritte wurden dabei bereits erzielt: 2007 betraten fast 137 Millionen Kinder zum ersten Mal ein Klassenzimmer – 7 Millionen mehr als 1999. Die Bruttoaufnahmequote, die die Fähigkeit von Bildungssystemen misst, allen Kindern Zugang zu Schulbildung zu verschaffen, stieg im selben Zeitraum in den Entwicklungsländern um neun Prozentpunkte. Der mit 25 Prozentpunkten größte Zuwachs war im subsaharischen Afrika zu verzeichnen.

Bildungszugang ist jedoch nur ein Teil der Lösung. Die Verwirklichung der allgemeinen Grundschulbildung setzt voraus, dass die Grundschulbildung vollständig abgeschlossen wird. Millionen von Kindern brechen jedoch ihre Schulbildung vorzeitig ab. In vielen Entwicklungsländern leiden die Schulsysteme unter chronischem Finanz- und Ressourcenmangel und bieten oft keine hochwertige Bildung. Dies hat zur Folge, dass zu viele Kinder die Schule verlassen, ohne auch nur die grundlegendsten Fähigkeiten im Lesen, Schreiben und Rechnen erworben zu haben.

Zur Bewältigung dieser Probleme bedarf es weitreichender Reformen und höherer Investitionen. Anhand von Daten aus dem Jahr 2004 schätzt die UNESCO, dass zur Verwirklichung des Ziels der allgemeinen Grundschulbildung allein in Afrika südlich der Sahara bis 2015 3,8 Millionen Lehrer eingestellt werden müssen.



Ziel 3

Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und Ermächtigung der Frauen

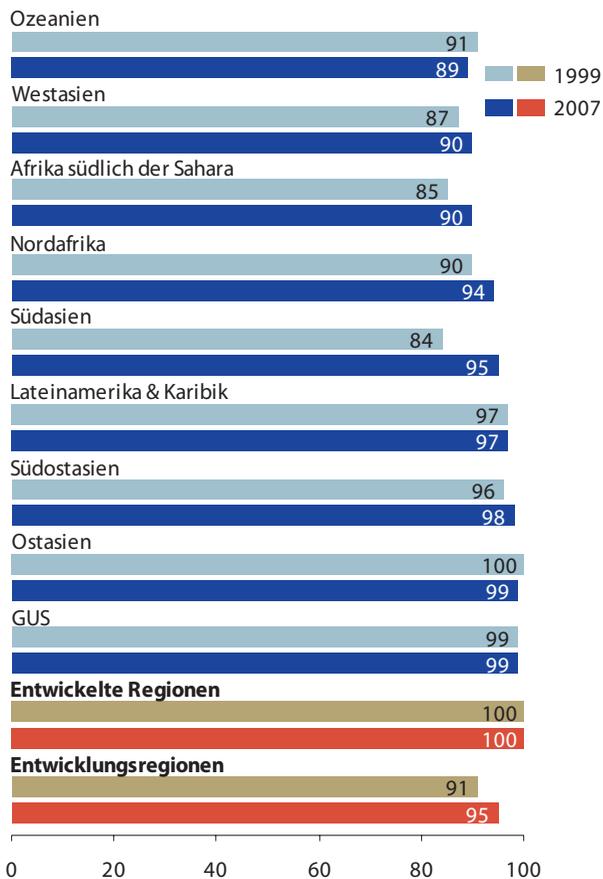


ZIELVORGABE

Das Geschlechtergefälle in der Grund- und Sekundarschulbildung beseitigen, vorzugsweise bis 2005 und auf allen Bildungsebenen bis spätestens 2015

Vier Jahre nach Verstreichen des Zieldatums ist die Geschlechterparität in der Bildung noch immer nicht erreicht

Verhältnis Mädchen/Jungen bei der Einschulung im Grundschulbereich – 1998/1999 und 2006/2007 (Mädchen je 100 Jungen)



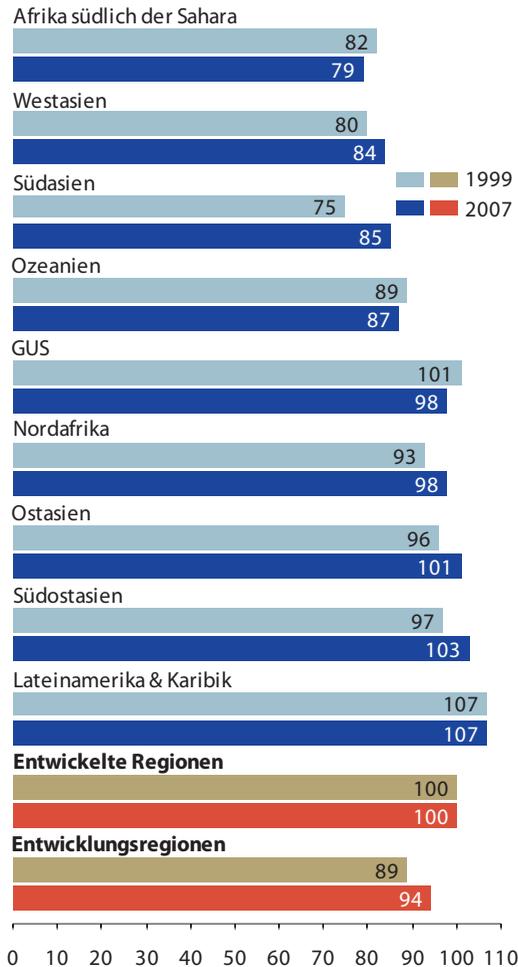
Die Welt kommt der Geschlechterparität in der Bildung, gemessen am Verhältnis der Brutto-Einschulungszahlen von Mädchen und Jungen, immer näher. In den Entwicklungsregionen insgesamt kamen 2007 auf 100 männliche Grundschüler 95 weibliche; 1999 waren es noch 91 gewesen. Doch die Zielvorgabe, geschlechtsspezifische Disparitäten bei der Grund- und Sekundarschulbildung bis 2005 zu beseitigen, wurde verfehlt. Wenn diese Chance nicht auch 2015 vertan werden soll, muss mit neuer Dynamik und Entschlossenheit vorgegangen werden.

2007 hatten von den 171 Ländern, für die Daten vorlagen, lediglich 53 die Geschlechterparität (vom Statistischen Institut der UNESCO definiert als ein zwischen 97 und 103 liegendes Verhältnis Mädchen/Jungen bei der

Einschulung) im Grund- und Sekundarschulbereich erreicht. Das sind 14 Länder mehr als 1999. Dennoch gibt die Tatsache, dass mehr als 100 Länder die Zielvorgabe bisher verfehlt haben, Anlass zur Besorgnis.

Im Sekundarschulbereich ist das Geschlechtergefälle stärker ausgeprägt

Verhältnis Mädchen/Jungen bei der Einschulung im Sekundarschulbereich – 1998/1999 und 2006/2007 (Mädchen je 100 Jungen)

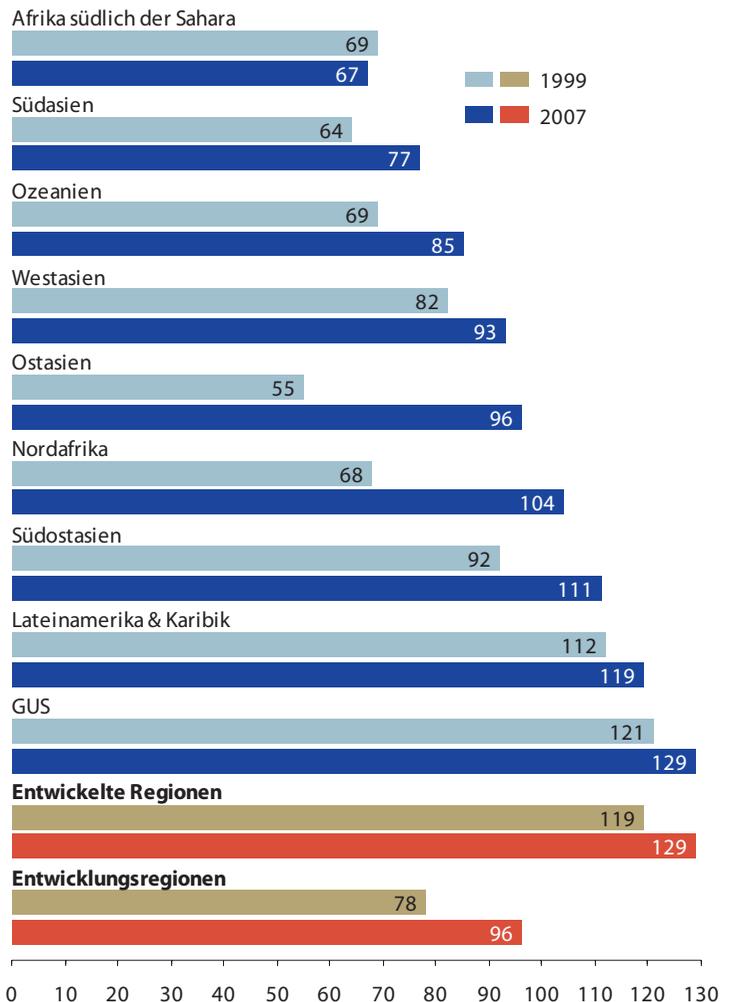


Im Sekundarschulbereich ist das Geschlechtergefälle stärker ausgeprägt, und weitaus mehr Länder sind im Rückstand. Das Geschlechtergefälle ist in Ländern mit insgesamt niedrigen Einschulungsquoten besonders groß, denn steigende Einschulungsquoten im Sekundarschulbereich gehen in der Regel mit einem sinkenden Geschlechtergefälle einher. Viele Faktoren haben zu den Fortschritten beigetragen, darunter höhere Einschulungs- und Schulabschlussquoten für Mädchen im Grundschulbereich und sinkende Armutquoten. In vielen Ländern hat auch die Politik eine Wende herbeigeführt.

Während sich insgesamt eine Verbesserung der Lage abzeichnet, sind folgende Ausnahmen erwähnenswert: Subsahara-Afrika, wo das Verhältnis der Einschulungszahlen von Mädchen und Jungen im Sekundarschulbereich zwischen 1999 und 2007 von 82 auf 79 zurückging, sowie Ozeanien und die GUS, wo es im gleichen Zeitraum von 89 auf 87 bzw. von 101 auf 98 sank.

Mehr Mädchen als Jungen besuchen Hochschulen, außer in den ärmeren Regionen

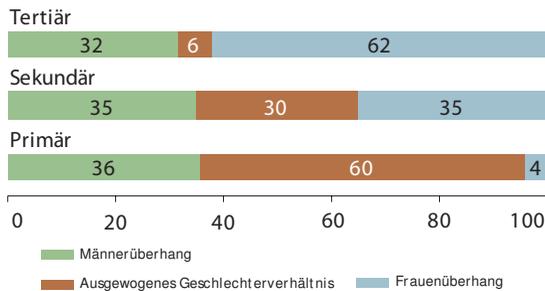
Verhältnis Mädchen/Jungen im tertiären Bildungsbereich – 1998/1999 und 2006/2007 (Mädchen je 100 Jungen)



Auf den höheren Bildungsebenen zeichnet sich ein ganz anderes Bild ab. Weltweit besuchen mehr junge Frauen als Männer tertiäre Bildungseinrichtungen. In diesem Bereich ist das Verhältnis Mädchen/Jungen von 96 im Jahr 1999 auf 108 im Jahr 2007 gestiegen. Zwischen den Regionen gibt es jedoch dramatische Unterschiede. In den entwickelten Regionen, den GUS-Ländern, Lateinamerika und der Karibik sowie in Südostasien besteht ein starkes Geschlechtergefälle zugunsten von Mädchen. In Afrika südlich der Sahara, Südasiens und Ozeanien sind weitaus weniger Studentinnen als Studenten in den tertiären Bildungsbereich vorgedrungen.

Entwicklungsfortschritte und Mädchenbildung gehen Hand in Hand

Länderverteilung nach Stand der Geschlechterparität in der Grund- und Sekundarschulstufe und im tertiären Bildungsbereich – 2007 (in Prozent)

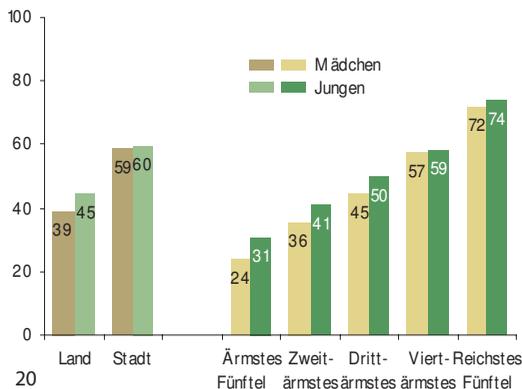


* Datengrundlage: 191 Länder für die Grundschulstufe, 179 Länder für die Sekundarschulstufe und 133 Länder für den tertiären Bildungsbereich. Waren für 2007 keine Daten verfügbar, wurden die letzten verfügbaren Daten – von 2005 oder 2006 – herangezogen.

Aus den verfügbaren Daten geht hervor, dass in der Grundschulstufe 60, in der Sekundarschulstufe 30 und im tertiären Bildungsbereich nur 6 Prozent der Länder die Geschlechterparität verwirklicht haben. Weltweit verläuft das Geschlechtergefälle auf den höheren Bildungsebenen wesentlich stärker zugunsten von Mädchen. Dies gilt jedoch hauptsächlich für die höher entwickelten Länder, in denen die Einschulungsquoten – auch im tertiären Bildungsbereich – überhaupt hoch sind. Dort schneiden Jungen in der Schule im Vergleich oft schlechter ab. In ärmeren Ländern und Ländern mit insgesamt niedriger Einschulungsquote setzt sich die Benachteiligung von Mädchen auch auf höheren Bildungsebenen fort und ist gewöhnlich stärker ausgeprägt.

Mädchen aus armen und ländlichen Haushalten stehen vor höheren Bildungsschranken

Netto-Schulbesuchsquote in der Sekundarschulstufe für Jungen und Mädchen, aufgeschlüsselt nach Wohnort und relativem Haushaltseinkommen – 1998/2007 (in Prozent)

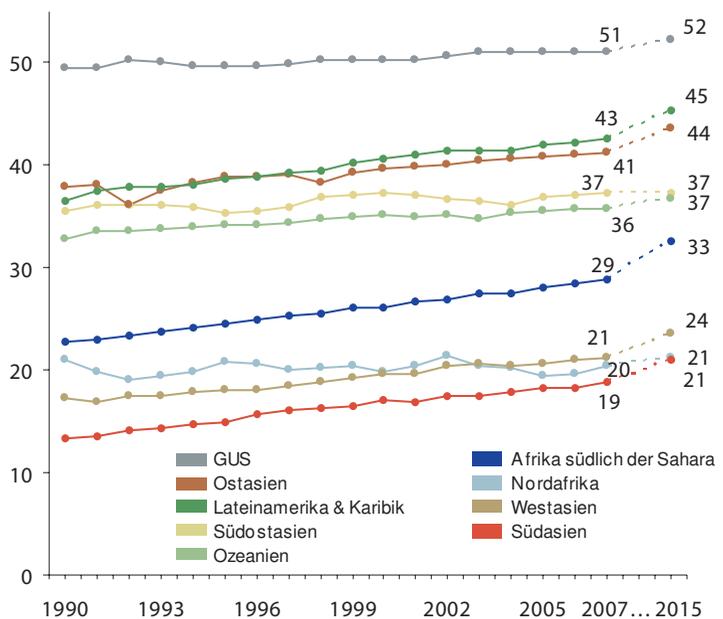


Mädchen in armen Haushalten oder ländlichen Gemeinwesen sind im Bildungsbereich deutlich im Nachteil. Eine Analyse des Grundschulbesuchs in 108 Entwicklungsländern, aufgeschlüsselt nach Wohnort und relativem Haushaltseinkommen, zeigt, dass in Städten und bei den reichsten 40 Prozent der Haushalte Geschlechterparität besteht. In ländlichen Gegenden und in den ärftmsten Haushalten hingegen sind Mädchen eher von der Grundschulbildung ausgeschlossen.

Auf dem Gebiet der Sekundarschulbildung sind geschlechtsbedingte Disparitäten, die mit Armut und Wohnsitz auf dem Land verbunden sind, noch stärker ausgeprägt. Kulturelle Einstellungen und Praktiken, die eine Frühverheiratung fördern, junge Mädchen abzuschotten suchen oder der Erziehung von Jungen größeren Wert beimessen als der Erziehung von Mädchen, können für die Geschlechterparität fast unüberwindliche Hindernisse bilden. Doch gezielte Politik- und Steuerungsinitiativen können helfen, die geschlechtsbedingte Ungleichstellung zu überwinden. So kann beispielsweise durch die Abschaffung von Schulgebühren und die Bereitstellung von Anreizen für Mädchen, die Schule zu besuchen, die finanzielle Belastung von Haushalten verringert werden. Der Bau von Schulen in der Nähe entlegener Gemeinden und die Einstellung lokaler Lehrkräfte können das Geschlechtergefälle in ländlichen Gegenden ebenfalls vermindern.

Die Erwerbsbeteiligung von Frauen nimmt weiter nur langsam zu und ist in vielen Regionen nach wie vor sehr gering

Anteil der Frauen an der Gesamt-Erwerbsbevölkerung im nichtlandwirtschaftlichen Sektor – 1990 und 2007 und Hochrechnungen für 2015 (in Prozent)

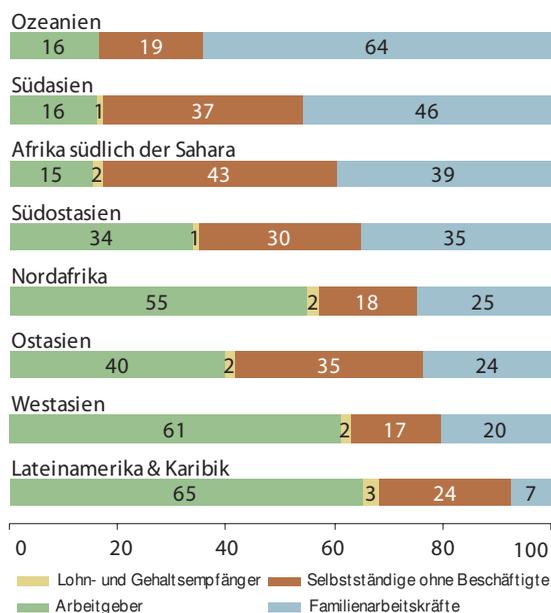


Der Anteil der Frauen an den unselbständig Erwerbftätigen im nichtlandwirtschaftlichen Sektor ist über die Jahre hinweg weltweit marginal weiter angestiegen. In Südostasien, Nordafrika und Westasien existieren jedoch nach wie vor nur äußerst geringe Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen. Auch in Afrika südlich der Sahara sind Frauen als Erwerbftätige im

nichtlandwirtschaftlichen Sektor kaum vertreten. Die Situation der Frauen in diesen Regionen variiert jedoch erheblich. In den afrikanischen Ländern südlich der Sahara sind Frauen zu 64 Prozent in der Landwirtschaft beschäftigt, und ihr Anteil an der Erwerbsbevölkerung ist relativ hoch: 55 Prozent der Frauen im erwerbsfähigen Alter in dieser Region sind erwerbstätig, wenn auch zumeist in prekären Beschäftigungsverhältnissen. In Nordafrika und Westasien, wo Industrie und Dienstleistungen die wichtigsten Sektoren sind, sind nur 23 bzw. 21 Prozent der Frauen im erwerbsfähigen Alter auch erwerbstätig.

Frauen befinden sich am Arbeitsmarkt noch immer in einer schwächeren Position und tragen die Hauptlast der unbezahlten Arbeit

Verteilung der gesamten Erwerbstätigkeit von Frauen nach Erwerbskategorie – 2008 (in Prozent)



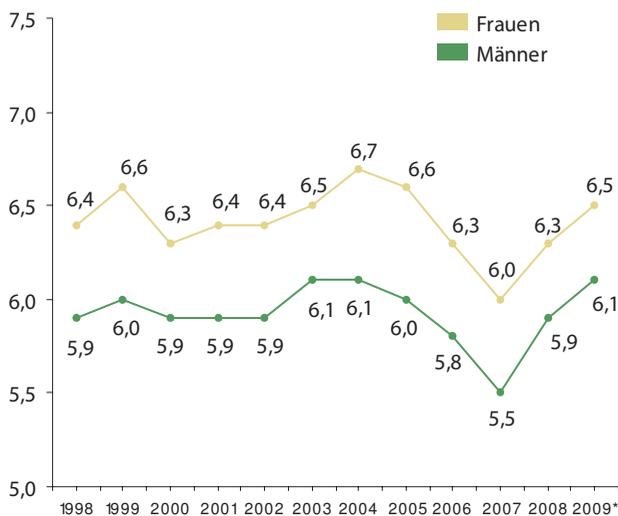
Zwar konnten mehr Frauen Beschäftigung außerhalb des Agrarsektors finden, doch haben sie im Allgemeinen keinen Zugang zu menschenwürdiger Arbeit. Fast zwei Drittel aller beschäftigten Frauen befinden sich in prekären Beschäftigungsverhältnissen, entweder als Familienarbeitskräfte oder als Selbstständige. Mit 64 bzw. 46 Prozent der Beschäftigungschancen für Frauen im Bereich der Familienarbeit ist die Beschäftigungssituation von Frauen in Ozeanien und Südasien besonders schlecht. Diese Arbeitskräfte, auch als unbezahlte Familienarbeitskräfte bezeichnet, stellen ihre Zeit unentgeltlich dem Familienbetrieb zur Verfügung. Die Bürde der unbezahlten Arbeit, die Frauen in allen Regionen im Haushalt leisten und die sich nicht in amtlichen Beschäftigungsstatistiken niederschlägt, wird hierdurch noch schwerer.





Die weltweite Finanzkrise schafft neue Hürden für die Erwerbsbeteiligung von Frauen

Arbeitslosenquote weltweit – 1998-2009 (in Prozent)

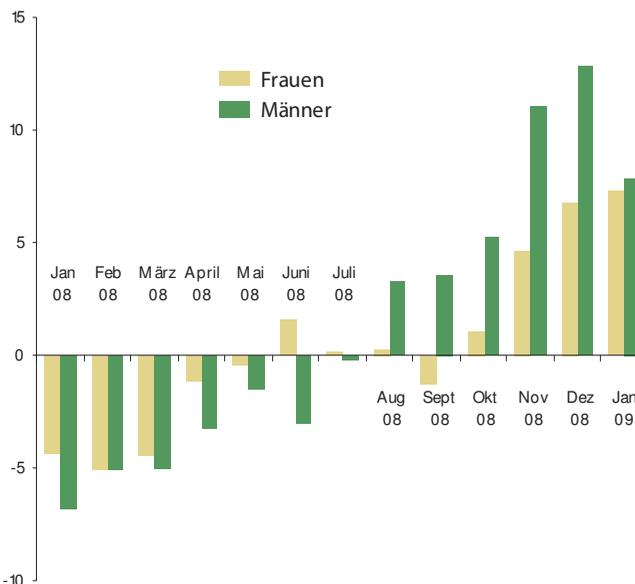


* Hochrechnungen der IAO nach Szenario I. Nach Szenario II läge die Arbeitslosigkeit für Frauen bei 7,0, für Männer bei 6,8 Prozent; unter Szenario III wären es 7,4 bzw. 7,0 Prozent.

Durch die Finanzkrise von 2008 und die hohen Grundstoffpreise wurden die Arbeitsmärkte weltweit in Mitleidenschaft gezogen. Nach Schätzungen der IAO könnte die weltweite Arbeitslosenquote 2009 auf 6,3 bis 7,1 Prozent ansteigen; für Frauen auf 6,5 bis 7,4 Prozent und für Männer auf 6,1 bis 7,0 Prozent. Dies bedeutet einen Anstieg der weltweiten Arbeitslosenzahlen um weitere 24 bis 52 Millionen Menschen, darunter 10 bis 22 Millionen Frauen.

Obschon der Finanzschock Männer am härtesten getroffen hat, könnte er langfristig weiterreichende Auswirkungen auf Frauen haben

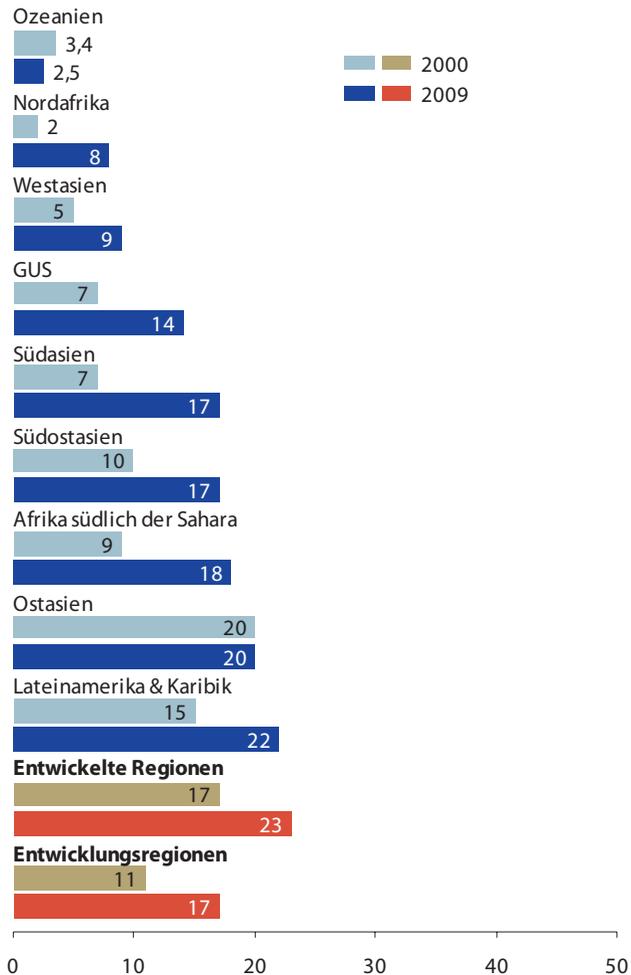
Veränderung der weltweiten Arbeitslosenquoten – Januar 2008 - Januar 2009 (in Prozent)



Nach Schätzungen der IAO waren im Dezember 2008 weltweit 12,8 Prozent mehr Männer und 6,7 Prozent mehr Frauen arbeitslos als im Dezember 2007. Die Zahl der arbeitslosen Männer stieg rascher als die der Frauen, insbesondere in der zweiten Jahreshälfte 2008. Neuere Daten zeigen jedoch, dass die Frauenarbeitslosigkeit wohl weiter rasch ansteigen wird, während sich der Anstieg der Arbeitslosigkeit bei Männern verlangsamt. Dies legt nahe, dass die Finanzkrise nach dem anfänglichen Schock in von Männern dominierten Industrien nun die von Frauen dominierten Industrie- und Dienstleistungsbereiche erreicht hat und langfristig weiterreichende Auswirkungen auf Frauen haben könnte.

Die Vertretung von Frauen in politischen Repräsentationsorganen nimmt allmählich zu, wobei Lateinamerika und die Karibik unter den Entwicklungsregionen führend sind

Sitzanteil der Frauen in den nationalen Parlamenten (nur Einkammerparlamente oder Unterhäuser) – 2000 und 2009 (in Prozent)



Der Sitzanteil der Frauen in den Parlamenten steigt weiter langsam an und betrug im Januar 2009 im Durchschnitt aller Parlamentskammern 18 Prozent. Einen Sitzanteil von 30 Prozent oder mehr haben Frauen in Einkammerparlamenten oder Unterhäusern in 24 Ländern und in Oberhäusern in 15 Ländern inne. Diese Spitzenwerte werden in ganz unterschiedlichen Ländern erreicht: Neben entwickelten Ländern finden sich darunter auch Postkonfliktländer und Entwicklungsländer in Afrika, Asien, Lateinamerika und der Karibik. Am anderen Ende des Spektrums liegt noch immer ein Viertel aller Parlamentskammern mit weniger als 10 Prozent weiblichen Mitgliedern. Neun Kammern – zumeist in pazifischen Inselstaaten und arabischen Golfstaaten – gehören überhaupt keine Parlamentarierinnen an.

Im Anschluss an Parlamentswahlen und Umbildungen 2008 wurden in Lateinamerika und der Karibik beeindruckende Gewinne erzielt; dort liegt der Frauenanteil bei 22 Prozent aller Sitze und stellt damit den höchsten Regionaldurchschnitt dar. Kuba verzeichnete 2008 in dieser Region den mit 43 Prozent höchsten Frauenanteil. Subsahara-Afrika erzielt auch weiterhin Fortschritte, wobei Ruanda den Spitzenplatz einnimmt: Es schrieb im September 2008 Geschichte, als mit 56 Prozent mehrheitlich Frauen in sein Unterhaus gewählt wurden. In Westasien wurden im Mai 2009 in Kuwait erstmals vier Frauen ins Parlament gewählt, nachdem sie erst vier Jahre zuvor das aktive Wahlrecht erhalten hatten – ein bedeutender Fortschritt für Frauen in diesem Land.

In Ozeanien, Nordafrika und Westasien haben Frauen noch immer weniger als 10 Prozent der Parlamentssitze inne. Weder Katar, wo auch 2008 keine Frauen in die 35-köpfige Beratende Versammlung Katars ernannt wurden, noch die Föderierten Staaten von Mikronesien noch Saudi-Arabien hatten jemals ein weibliches Parlamentsmitglied. Auch in Nauru, Palau (Unterhaus) und Tonga konnten Frauen bei den Parlamentswahlen 2008 keine Sitze erringen. In der Karibik wurden in Belize 2008 keine Frauen ins Unterhaus gewählt.

In Ländern mit Verhältniswahlrecht werden mehr Frauen gewählt als in Ländern mit Mehrheitswahlrecht. Auch vorübergehende Sondermaßnahmen oder Quoten haben sich als wirksam erwiesen, um mehr Frauen in die Politik zu bringen. 2008 hatten Frauen in Ländern, die solche Maßnahmen nutzten, durchschnittlich 24 Prozent der Parlamentssitze inne, in Ländern ohne solche Maßnahmen waren es 18 Prozent. Abgesehen von Quotenregelungen erhalten Frauen, die sich um ein Wahlamt bewerben, auch durch andere Mechanismen Unterstützung, wie etwa durch Führungstraining und Kampagnenfinanzierung.

Weltweit erobern Frauen ein breiteres Feld an politischen Führungspositionen. Im Januar 2009 standen sie als Parlamentspräsidentinnen an der Spitze von 31 Parlamenten. Diese Zahl ist im letzten Jahrzehnt weitgehend gleich geblieben. 2008 bekleideten in Pakistan, Ruanda, Rumänien, Serbien und Usbekistan erstmals Frauen das Amt des Parlamentspräsidenten. Im März 2009 waren 15 Frauen Staats- oder Regierungschefinnen; 2000 waren es noch 9 und 1995 12.

Ziel 4

Senkung der Kindersterblichkeit

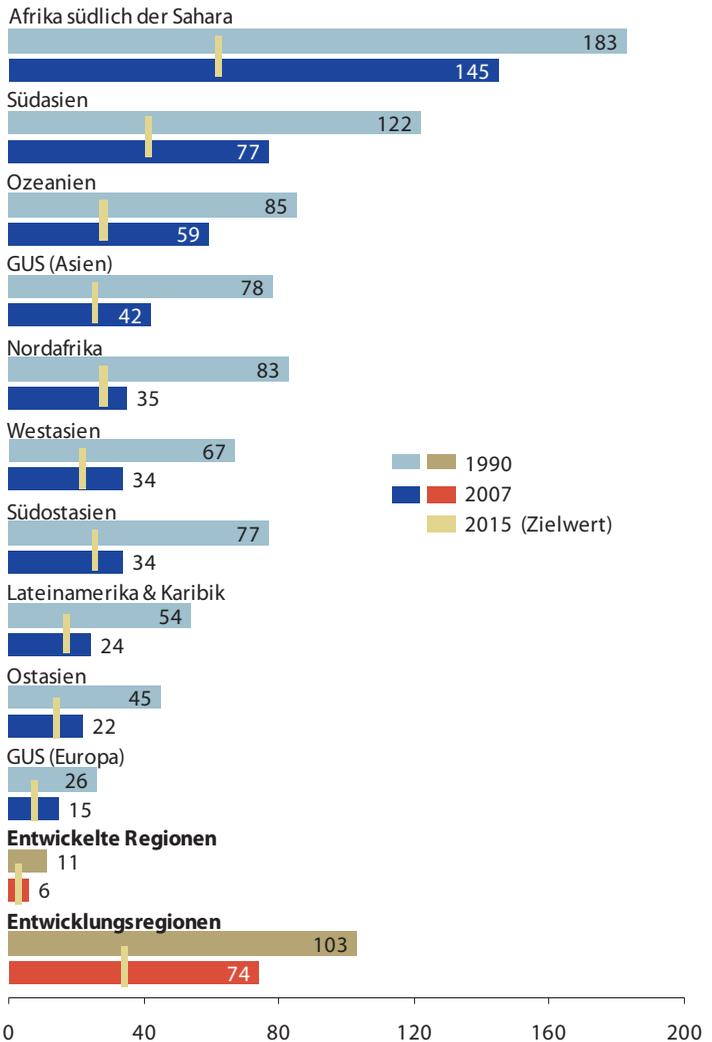


ZIELVORGABE

Zwischen 1990 und 2015 die Sterblichkeitsrate von Kindern unter fünf Jahren um zwei Drittel senken

Im subsaharischen Afrika und in Südasien gelten dem Überleben von Kindern verstärkte Anstrengungen

Sterblichkeitsrate von Kindern unter fünf Jahren (Sterbefälle je 1.000 Lebendgeburten) – 1990 und 2007



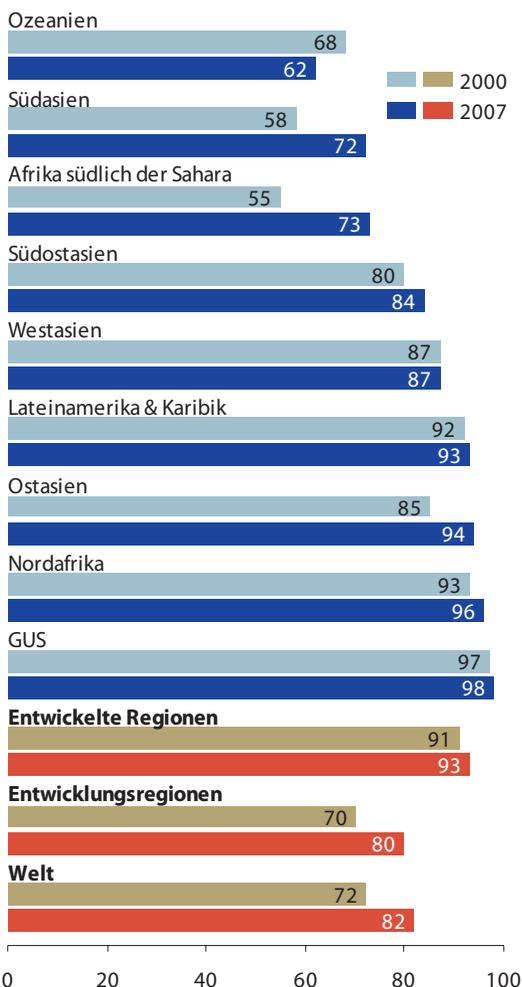
Die Sterbefälle bei Kindern unter fünf Jahren gehen weltweit weiter stetig zurück. 2007 lag die Sterblichkeitsrate von Kindern unter fünf Jahren weltweit bei 67 Sterbefällen je 1.000 Lebendgeburten; 1990 waren es noch 93. Im letztgenannten Jahr starben noch mehr als 12,6 Millionen Kleinkinder an zumeist vermeidbaren oder behandelbaren Ursachen. Diese Zahl ist heute trotz Bevölkerungswachstums auf etwa 9 Millionen zurückgegangen.

In den Entwicklungsregionen insgesamt ging die Sterblichkeitsrate von Kindern unter fünf Jahren von 103 im Jahr 1990 auf 74 im Jahr 2007 zurück. Viele Länder, insbesondere in Afrika südlich der Sahara und Südasien, haben jedoch nur geringe oder überhaupt keine Fortschritte erzielt. Die höchsten Sterblichkeitsraten verzeichnet Subsahara-Afrika, wo 2007 nahezu jedes siebte Kind vor Vollendung seines fünften Lebensjahrs starb. Dies führte in Verbindung mit hohen Fruchtbarkeitsraten zu einem Anstieg der absoluten Zahl der Sterbefälle bei Kindern unter fünf Jahren von 4,2 Millionen im Jahr 1990 auf 4,6 Millionen im Jahr 2007. Die Hälfte aller Sterbefälle bei Kindern unter fünf Jahren entfällt heute auf Subsahara-Afrika.

Afrika südlich der Sahara und Südasien kommt auf diesem Gebiet auch weiterhin oberste Priorität zu, und verstärkte Anstrengungen dort scheinen aussichtsreich zu sein. Für das subsaharische Afrika zeigen jüngste Erhebungen bemerkenswerte Verbesserungen bei mehreren wichtigen Interventionsmaßnahmen zur Förderung des Überlebens von Kindern, die in den kommenden Jahren zu einem weiteren Rückgang der Sterblichkeitsrate von Kindern unter fünf Jahren führen sollten. Dazu gehören Vitamin-A-Zusätze, die Verwendung imprägnierter Moskitonetze zur Malariaprävention, ausschließliches Stillen sowie Impfungen. Zusätzlich wurden in den meisten Ländern des subsaharischen Afrika, wo die HIV-Prävalenz hoch ist, kritische HIV-Interventionsmaßnahmen flächendeckend bereitgestellt. Dazu gehört die antiretrovirale Behandlung von HIV-positiven Schwangeren, um die Mutter-Kind-Übertragung des Virus zu verhindern.

Im Kampf gegen Masern werden bedeutende Fortschritte erzielt

Kinder im Alter von 12 bis 23 Monaten, die mindestens eine Dosis Masernimpfstoff erhalten haben – 2000 und 2007 (in Prozent)



Routineimpfungen gegen Masern werden weltweit weiter ausgebaut. Im Rahmen einer seit 2000 stetig zunehmenden Flächendeckung stieg der Impfschutz von Kindern 2007 weltweit auf 82 Prozent, was hauptsächlich auf Impfkampagnen und konzentriertere Maßnahmen in Ländern mit unzugänglichen Gebieten zurückzuführen war. Während dieses Zeitraums gingen die Sterbefälle durch Masern um erstaunliche 74 Prozent zurück, wobei der Rückgang in Afrika südlich der Sahara am größten war. Weltweit gab es 2007 schätzungsweise 197.000 auf Masern zurückzuführende Sterbefälle; 2000 waren es noch 750.000.

Die Fortschritte werden einer Kombination aus höherer Versorgungsdichte bei Routineimpfungen und Bereitstellung einer Zweitimpfung zugeschrieben. Eine Zweitimpfung gegen Masern ist für Kinder, die bei der ersten Impfrunde nicht bedient wurden, von entscheidender Bedeutung. Auch zur Gewährleistung eines universalen Impfschutzes in Gemeinwesen ist sie wichtig. Diese Impfungen im „zweiten Anlauf“ wurden in 46 der 47 Länder mit dem höchsten Krankheitsrisiko durchgeführt und erreichten seit 2000 insgesamt 576 Millionen Kinder.

Die Maßnahmen müssen fortgeführt und erforderlichenfalls verstärkt werden, wenn anhaltende Fortschritte erzielt werden sollen. Bei einem Impfstoffpreis von weniger als 1 Dollar pro Kind ist die Masernimpfung heute eine der kostenwirksamsten Gesundheitsinitiativen. Masernimpfkampagnen haben den zusätzlichen Vorteil, dass im gleichen Zuge auch andere Gesundheitsdienste erbracht werden können, wie die Verteilung von imprägnierten Moskitonetzen und Entwurmungsmitteln.

Ziel 5

Verbesserung der Gesundheit von Müttern

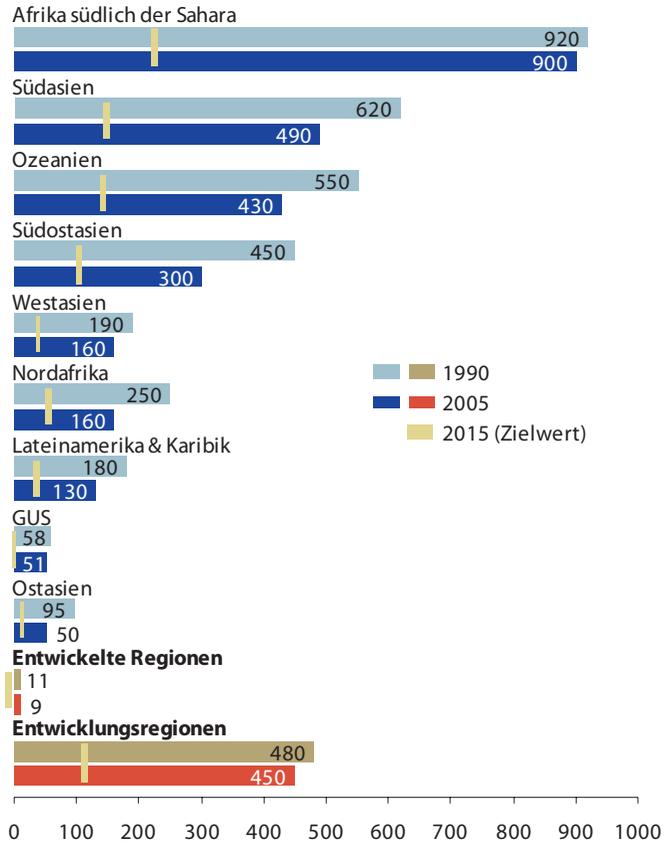


ZIELVORGABE

Zwischen 1990 und 2015 die Müttersterblichkeitsrate um drei Viertel senken

Eine sichere Entbindung ist in den meisten Fällen ein Privileg der Reichen

Sterbefälle von Müttern je 100.000 Lebendgeburten – 1990 und 2005



Jedes Jahr sterben 536.000 Frauen und Mädchen an Komplikationen während der Schwangerschaft, der Entbindung oder den sechs Folgewochen. Fast alle dieser Sterbefälle (99 Prozent) ereignen sich in Entwicklungsländern. Die Müttersterblichkeit gehört zu den Gesundheitsindikatoren, bei denen zwischen Arm und Reich sowohl innerhalb eines Landes als auch im Ländervergleich die Schere am weitesten auseinandergeht. In den entwickelten Regionen sterben neun Mütter je 100.000 Lebendgeburten; in Entwicklungsregionen sind es 450, und in 14 Ländern dieser Region liegt die Müttersterblichkeitsrate bei mindestens 1.000 je 100.000 Lebendgeburten. Auf Afrika südlich der Sahara entfällt die Hälfte aller Fälle von Müttersterblichkeit (265.000), ein weiteres Drittel auf Südasien (187.000). Insgesamt entfallen 85 Prozent aller Fälle von Müttersterblichkeit auf diese beiden Regionen.

Die Messung der Müttersterblichkeit ist, gelinde gesagt, problematisch. Systematische Meldungslücken und unrichtige Meldungen sind an der

Tagesordnung, und die Schätzungen weisen hohe Unsicherheitsintervalle auf. Die Verlässlichkeit der derzeit verfügbaren Datenquellen schwankt, und die genaue Überwachung von Fortschritten wird mittel- bis langfristig von besseren Überwachungs- und Registrierungssystemen abhängen. Nach den vorhandenen Trenddaten zu urteilen, waren die Fortschritte in den Entwicklungsländern insgesamt mit einem Rückgang der Müttersterblichkeitsrate von 480 je 100 Geburten im Jahr 1990 auf 450 im Jahr 2005 gering und lediglich den Verbesserungen in bestimmten Regionen zu verdanken. In Ostasien, Nordafrika und Südostasien betrug der Rückgang zwischen 1990 und 2005 30 Prozent und mehr. Südasiens meldete für denselben Zeitraum einen Rückgang von über 20 Prozent, doch ist die Zahl der Sterbefälle in dieser Region weiter unannehmbar hoch. In Afrika südlich der Sahara, wo Frauen das höchste Risiko tragen, im Verlauf ihres Lebens während Schwangerschaft oder Entbindung zu sterben, wurden kaum Fortschritte erzielt.

Komplikationen bei der Entbindung – darunter Blutungen nach der Geburt, Infektionen, Eklampsie, protrahierte Geburt oder Geburtsstillstand – und Komplikationen nach unsachgerechter Abtreibung sind die häufigsten Ursachen der Müttersterblichkeit. Anämie, die durch Malaria, HIV und andere Krankheiten noch verschlimmert wird, erhöht das Risiko für Mütter, an Blutungen zu sterben. In Afrika südlich der Sahara sind Blutungen allein für 34 Prozent aller Fälle von Müttersterblichkeit verantwortlich. Die meisten dieser Komplikationen ließen sich jedoch durch gute reproduktionsmedizinische Dienste, Schwangerenvorsorge, die Betreuung durch medizinisches Fachpersonal bei der Geburt und den Zugang zu geburtshilflicher Notversorgung verhüten oder behandeln.

Gegenüber 1995 steht heute in allen Entwicklungsregionen mehr medizinisches Fachpersonal (Ärzte, Pflegepersonal oder Hebammen) bereit, um bei der Entbindung zu helfen. Der Gesamtanteil der von medizinischem Fachpersonal betreuten Geburten ist in den Entwicklungsregionen von 53 Prozent im Jahr 1990 auf 61 Prozent im Jahr 2007 angestiegen. In Südasiens und Subsahara-Afrika fehlt eine solche Betreuung jedoch noch immer bei mehr als der Hälfte aller Geburten.

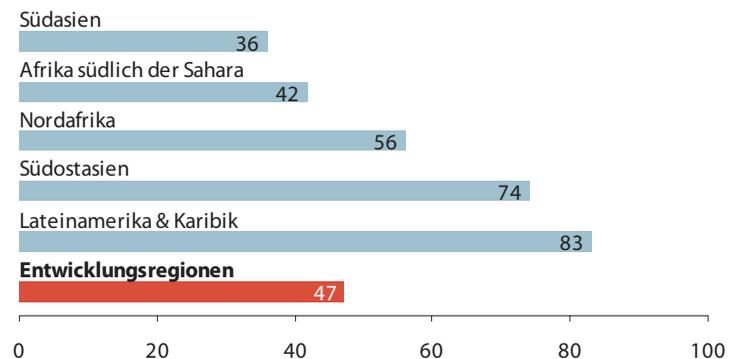
Eine geburtshilfliche Notversorgung muss leicht erreichbar sein, um bei lebensbedrohlichen Komplikationen rechtzeitig eine höhere Versorgungsstufe gewährleisten zu können. Zur Verfügbarkeit und Zugänglichkeit geburtshilflicher Notversorgung liegen zwar keine globalen Daten vor, doch lässt sich der Anteil der Kaiserschnitte stellvertretend als Indikator dafür heranziehen. In Afrika südlich der Sahara erfolgen nur 3 Prozent aller Entbindungen durch Kaiserschnitt.

ZIELVORGABE

Bis 2015 den allgemeinen Zugang zu Leistungen der Reproduktionsmedizin verwirklichen

Weniger als die Hälfte der Schwangeren in den Entwicklungsländern können eine angemessene Schwangerenvorsorge nutzen

Anteil der 15- bis 49-jährigen Frauen, die während der Schwangerschaft mindestens viermal von medizinischem Fachpersonal behandelt wurden – 2003/2008 (in Prozent)



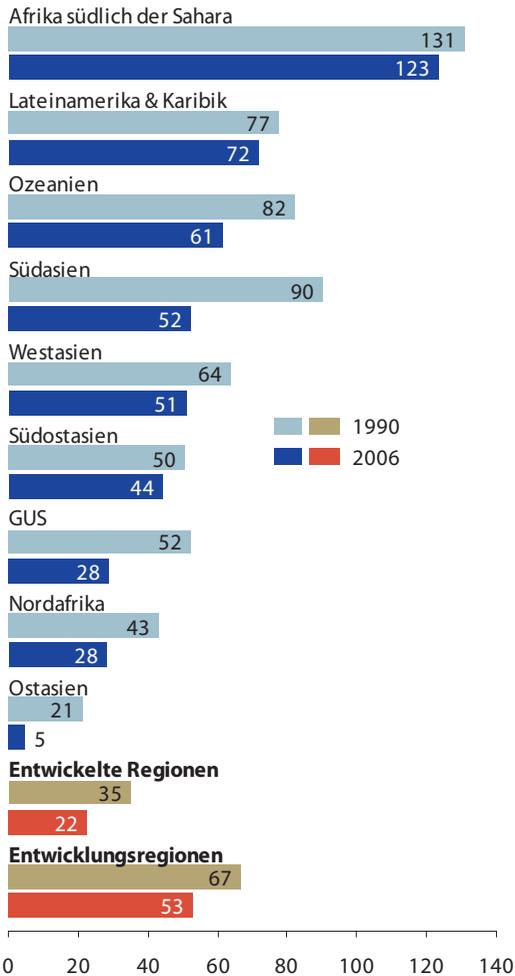
Anmerkung: Für die GUS, Ostasien, Westasien und Ozeanien liegen keine Daten vor.

Viele Gesundheitsprobleme bei Schwangeren sind vermeidbar, diagnostizierbar oder behandelbar, wenn vor der Geburt medizinisches Fachpersonal aufgesucht wird. Das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) und die Weltgesundheitsorganisation (WHO) empfehlen, sich mindestens viermal zur Schwangerenvorsorge zu begeben. Dabei können Frauen auf wichtige Leistungen zugreifen, wie etwa Tetanusimpfungen oder die Erkennung und Behandlung von Infektionen, und potenziell lebensrettende Informationen zu warnenden Anzeichen erhalten, die während der Schwangerschaft möglicherweise auftreten.

Seit den 1990er Jahren ist der Anteil der Schwangeren in den Entwicklungsländern, die mindestens einmal die Schwangerenvorsorge in Anspruch nahmen, von 64 auf 79 Prozent gestiegen. Ein weitaus geringerer Teil der Schwangeren kommt jedoch in den Genuss der vom UNICEF und der WHO empfohlenen standardmäßigen vier Besuche bei der Schwangerenvorsorge. Der Anteil der Frauen, die mindestens viermal die Schwangerenvorsorge aufsuchen, liegt im subsaharischen Afrika und in Südasiens, wo die Müttersterblichkeit am höchsten ist, noch immer unter 50 Prozent. Diese Zahlen haben sich in den letzten zehn Jahren kaum verändert, was darauf hindeutet, dass die Gesundheit von Müttern und die Bereitstellung von Diensten auf dem Gebiet der reproduktiven Gesundheit in diesen Regionen kaum vorangekommen ist.

Bei verfrühter Schwangerschaft sind die Risiken für Mutter und Kind besonders hoch

Zahl der Geburten pro 1.000 Frauen im Alter von 15-19 Jahren – 1990 und 2006

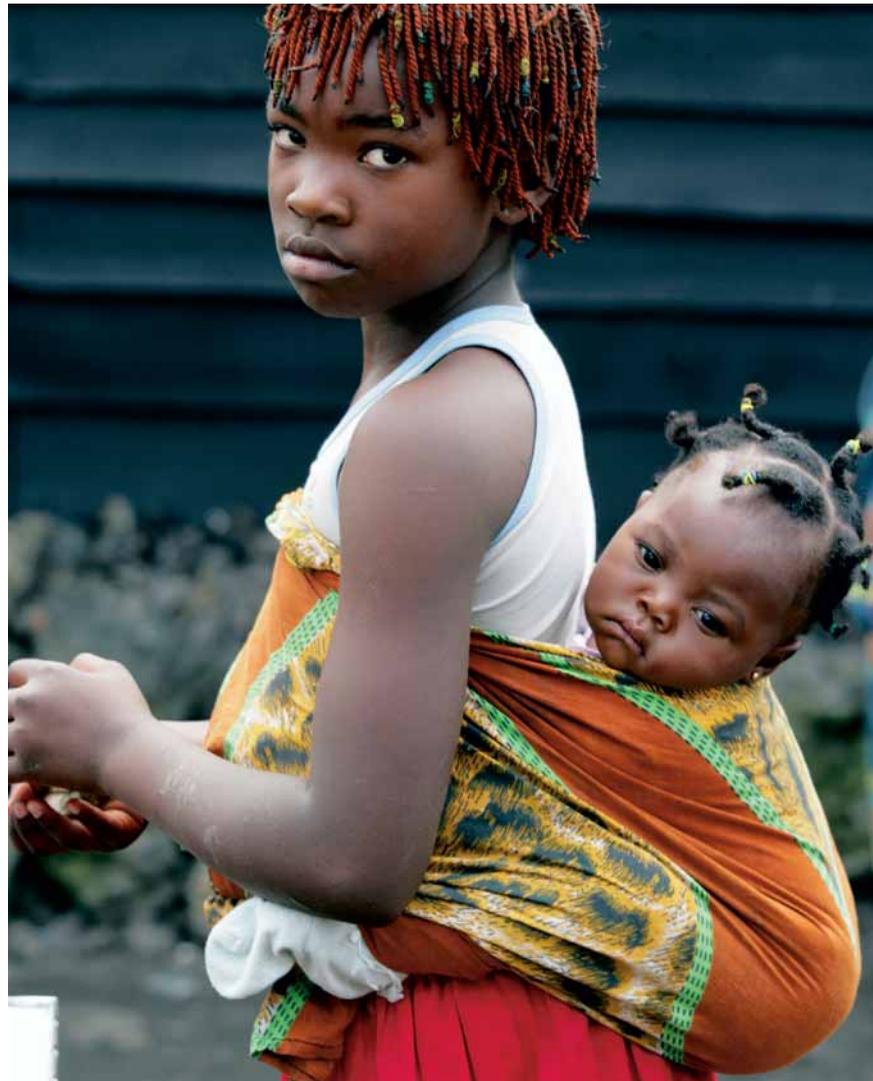


Sehr junge Frauen tragen im Vergleich zu erwachsenen Frauen ein höheres Risiko, während der Schwangerschaft oder der Entbindung zu sterben oder Komplikationen zu erleiden. Auch für ihre Kinder ist das Morbiditäts- und Sterblichkeitsrisiko höher. Mädchen unter 15 Jahren sterben mehr als fünfmal so häufig bei der Entbindung wie Frauen zwischen 20 und 30 Jahren. Verfrühte Schwangerschaft trägt zu den ca. 70.000 Sterbefällen bei, zu denen es bei jungen Müttern zwischen 15 und 19 Jahren alljährlich kommt. Das Mortalitätsrisiko für Säuglinge unter einem Jahr ist um 60 Prozent höher, wenn die Mutter unter 18 Jahre alt ist. Die Geburtenrate bei Jugendlichen ist die Zahl der Geburten je 1.000 Frauen im Alter zwischen 15 und 19 Jahren. Diese Altersspanne umfasst nicht nur Jugendliche, sondern auch Frauen über 18 Jahre, bei

denen das Morbiditäts- und Mortalitätsrisiko während Schwangerschaft und Geburt niedriger liegt als bei den jüngeren Frauen dieser Altersgruppe. Dennoch bedeutet eine hohe Geburtenrate bei Jugendlichen in der Regel auch eine hohe Zahl von – teils außerehelichen – Schwangerschaften im frühen Jugendalter. Diese Schwangerschaften sind oft von Umständen geprägt, die nicht nur der Gesundheit der Mutter, sondern auch ihren Bildungsaussichten und ihren Chancen auf soziale und wirtschaftliche Besserstellung abträglich sind.

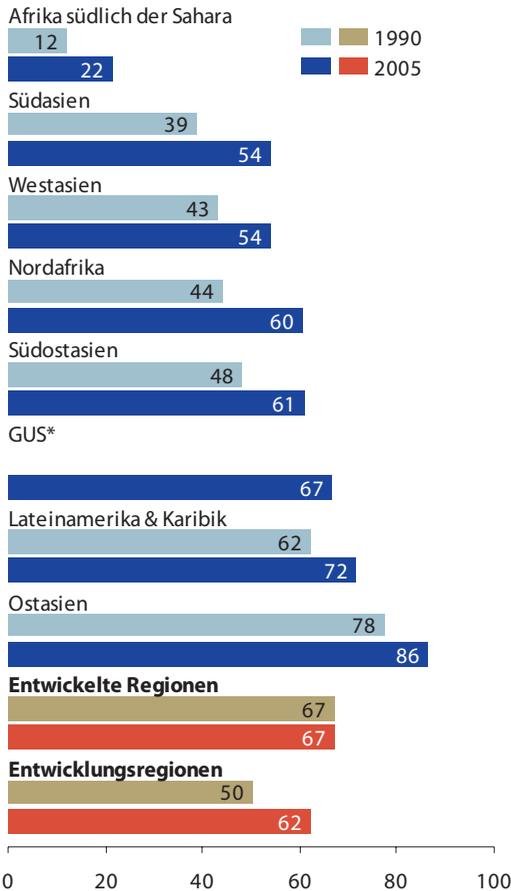
In Afrika südlich der Sahara liegt die Geburtenrate bei Jugendlichen am höchsten und ist seit 1990 kaum zurückgegangen. In dieser Region ist die Fruchtbarkeit für alle Altersstufen hoch, und frühe Schwangerschaften sind hauptsächlich aufgrund des in vielen Ländern äußerst niedrigen Heiratsalters weit verbreitet. Auch in Lateinamerika und der Karibik ist die Geburtenrate bei Jugendlichen weiter hoch, und außereheliche Schwangerschaften sind sehr häufig.

Frühverheiratung – oftmals zwischen einer jungen Frau und einem sehr viel älteren Mann – trägt zur hohen Zahl der Jugendschwangerschaften bei. Nach jüngsten Schätzungen auf der Grundlage von Erhebungsdaten für den Zeitraum 1998-2007 waren in Südasien 49 Prozent der 20- bis 24-jährigen Frauen bereits vor Erreichen des 18. Lebensjahrs verheiratet. In bestimmten Ländern West- und Zentralafrikas waren es 44 Prozent. In Bangladesch, Guinea, Mali, Mosambik, Niger, Tschad und der Zentralafrikanischen Republik waren mehr als die Hälfte aller Frauen vor ihrem 18. Geburtstag verheiratet und mehr als ein Drittel Mütter.



Verhütungsmittel sind besser zugänglich, doch der ungedeckte Bedarf, insbesondere in den Ländern mit den höchsten Fruchtbarkeitsraten, ist weiter hoch

Anteil der verheirateten oder in einer Partnerschaft lebenden 15- bis 49-jährigen Frauen, die eine Verhütungsmethode verwenden – 1990 und 2005 (in Prozent)



* Für 1990 liegen keine Daten vor.

Mit dem steigenden Gebrauch von Verhütungsmitteln in allen Entwicklungsregionen war ein genereller Rückgang der Fruchtbarkeit verbunden. 2005 verwendeten in fast allen Regionen weit über die Hälfte aller verheirateten oder in einer Partnerschaft lebenden Frauen Verhütungsmittel. Die größte Ausnahme ist Afrika südlich der Sahara, wo sich der Gebrauch von Verhütungsmitteln zwischen 1990 und 2005 zwar verdoppelt hat, aber dennoch 2005 bei nur 22 Prozent lag.

Obwohl Verhütungsmittel in allen Regionen verstärkt gebraucht werden, besteht in den meisten Regionen nach wie vor ein mäßiger bis hoher ungedeckter Bedarf an Familienplanungsdiensten – die Diskrepanz zwischen dem Wunsch der Frauen, Kinder später oder überhaupt nicht zu bekommen, und ihrem tatsächlichen Gebrauch von Verhütungsmitteln. Afrika südlich der Sahara hebt sich ab: In dieser Region hat jede vierte verheiratete oder in einer Partnerschaft lebende Frau einen ungedeckten Bedarf an Familienplanungsdiensten; diese Zahl hat sich seit 1995 kaum verändert. Ein mäßiger bis hoher Bedarf an solchen Diensten bestand auch in den meisten anderen Entwicklungsregionen mit Ausnahme Ostasiens, doch hatten die meisten dieser Regionen bis 2005 eine hohe Prävalenz von Verhütungsmitteln erreicht.

Besonders hoch ist der ungedeckte Bedarf in den am wenigsten entwickelten Ländern, wo der fehlende Zugang zu modernen Verhütungsmethoden der Hauptgrund für die nach wie vor hohe Fruchtbarkeitsrate ist. Während der ungedeckte Bedarf in den Entwicklungsregionen insgesamt bei 11 Prozent liegt, beträgt er in den am wenigsten entwickelten Ländern bis zu 25 Prozent. Von den 17 am wenigsten entwickelten Ländern mit dem niedrigsten Verwendungsstand moderner Verhütungsmittel liegen alle bis auf eines in Afrika südlich der Sahara.

Die Geberfinanzierung für Familienplanungsdienste ist rückläufig, und Fortschritte auf dem Gebiet der Müttergesundheit kommen zum Erliegen

Prozentuale Veränderung der Geberhilfe für Familienplanungsprogramme pro Frau zwischen 15 und 49 Jahren – 1996 bis 2006



Es bestehen auffallende Finanzierungslücken bei den notwendigen Programmen zur Erreichung des Millenniums-Entwicklungsziels 5, des Ziels mit dem bisher schwächsten Verwirklichungsstand. So kann beispielsweise die Stärkung und Ausweitung von Familienplanungsprogrammen wesentlich zur Verbesserung der Gesundheit von Müttern und Kindern beitragen, erfordert jedoch ausreichende Finanzmittel und Zugang zu Versorgungsgütern. Doch seit Mitte der 1990er Jahre war in den meisten Entwicklungsländern ein erheblicher Rückgang der pro Frau bereitgestellten Gebermittel für Familienplanung zu verzeichnen.

In den meisten Flüchtlingslagern, über die hier Bericht erstattet wird, steigen die Chancen auf eine problemlose Entbindung, in anderen hingegen sind sie weiter schlecht

Nach Angaben des UNHCR sehen sich Flüchtlinge und andere von Notsituationen Betroffene beim Zugang zu Diensten der Reproduktionsmedizin einer Vielzahl von Schwierigkeiten gegenüber. Durch den Wegfall unterstützender Familiennetze verlieren junge männliche und weibliche Flüchtlinge oft ihre traditionellen Quellen der Information, der Hilfe und des Schutzes. Durch den Verlust des Einkommens sind sie in ihrer Wahlfreiheit eingeschränkt. Frauen sind zudem oft nicht frei in ihrer Entscheidung darüber, wann und wo sie Dienste der Reproduktionsmedizin in Anspruch nehmen oder ob überhaupt ein Teil des Familieneinkommens für Gesundheit aufgewandt wird. Außerdem können Flüchtlingsfrauen mitunter allein verantwortlich für das Wohl ihrer Familien sein und so eine emotionale und physische Belastung auf sich nehmen müssen, die nicht durch entsprechende Dienste hinlänglich ausgeglichen wird.

Die Daten zeigen, dass zwischen 2007 und 2008 in 60 der 91 untersuchten Flüchtlingslager in 16 Ländern mehr Geburten durch medizinisches Fachpersonal betreut wurden. In einigen Lagern, beispielsweise in Bangladesch, Sambia und Tschad, war nach wie vor bei weniger als 20 Prozent der Geburten qualifiziertes Personal anwesend. An diesen Orten sind verstärkte Anstrengungen erforderlich, wenn wir unsere Versprechen gegenüber Frauen und Kindern halten wollen.





Ziel 6

Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria und anderen Krankheiten

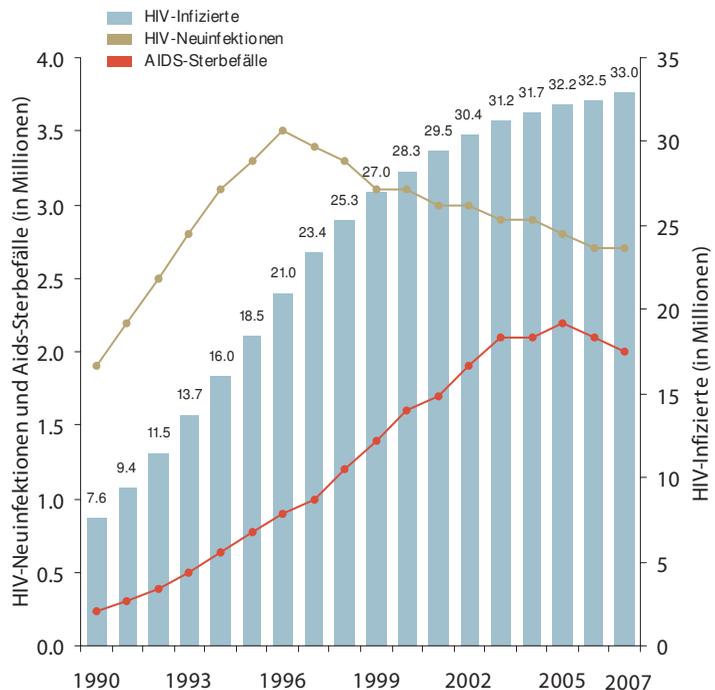


ZIELVORGABE

Bis 2015 die Ausbreitung von HIV/AIDS zum Stillstand bringen und allmählich umkehren

Die Zahl der HIV-Neuinfektionen und Aids-Sterbefälle hat ihren Höhepunkt überschritten, doch sind noch immer 33 Millionen Menschen HIV-positiv

Zahl der Menschen mit HIV, Zahl der HIV-Neuinfektionen und Zahl der Aids-Sterbefälle weltweit (in Millionen) – 1990-2007

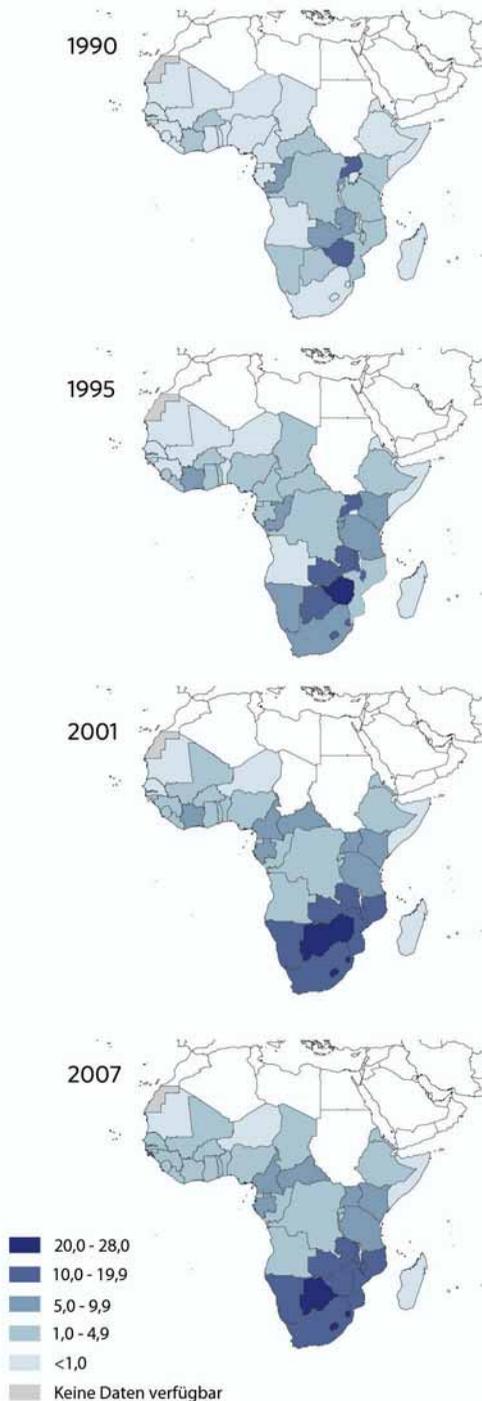


Die Zahl der HIV-Neuinfektionen erreichte 1996 weltweit ihren Höhepunkt, geht seither zurück und betrug 2007 2,7 Millionen. Diese positive Entwicklung ist hauptsächlich auf die sinkende jährliche Zahl der Neuinfektionen in einigen Ländern Asiens, Lateinamerikas und Afrikas südlich der Sahara zurückzuführen. Gleichzeitig steigen die Infektionsraten in anderen Teilen der Welt, insbesondere Osteuropa und Zentralasien, weiter an. In diesen Regionen hat sich die HIV-Prävalenz seit 2001 – dem Jahr der Unterzeichnung der Verpflichtungserklärung der Vereinten Nationen zu HIV/AIDS – fast verdoppelt, und die Zahl der Menschen mit HIV stieg von 630.000 auf 1,6 Millionen.

Auch die geschätzte Zahl der Aids-Sterbefälle scheint 2005 mit 2,2 Millionen ihren Höhepunkt erreicht zu haben und ging 2007 auf 2 Millionen zurück. Dies liegt unter anderem an dem besseren Zugang zu antiretroviralen Medikamenten in ärmeren Ländern. Trotz der insgesamt sinkenden Zahl der Neuinfektionen wächst die Zahl der Menschen mit HIV weltweit weiter, vor allem, weil Infizierte länger überleben. 2007 lebten schätzungsweise 33 Millionen Menschen mit dem HIV.

Zwei Drittel der Menschen mit HIV leben im subsaharischen Afrika, zur Mehrzahl Frauen

Bevölkerungsanteil mit HIV – 1990, 1995, 2001 und 2007 (in Prozent)



2007 entfielen mehr als ein Drittel der HIV-Neuinfektionen und 38 Prozent der Aids-Sterbefälle auf das südliche Afrika. Insgesamt leben 67 Prozent aller HIV-Infizierten im subsaharischen Afrika.

Die Hälfte aller Menschen mit HIV weltweit sind Frauen; in Afrika südlich der Sahara sind es fast 60 Prozent. Überall auf der Welt beeinträchtigt die Ungleichstellung der Geschlechter weiter die Entscheidungsfähigkeit und das Risikoverhalten von Frauen, und ob und inwieweit sie sich einer HIV-Infektion aussetzen, entzieht sich oft ihrer Kontrolle.

Richtiges Wissen über HIV ist noch immer unzulänglich weit verbreitet

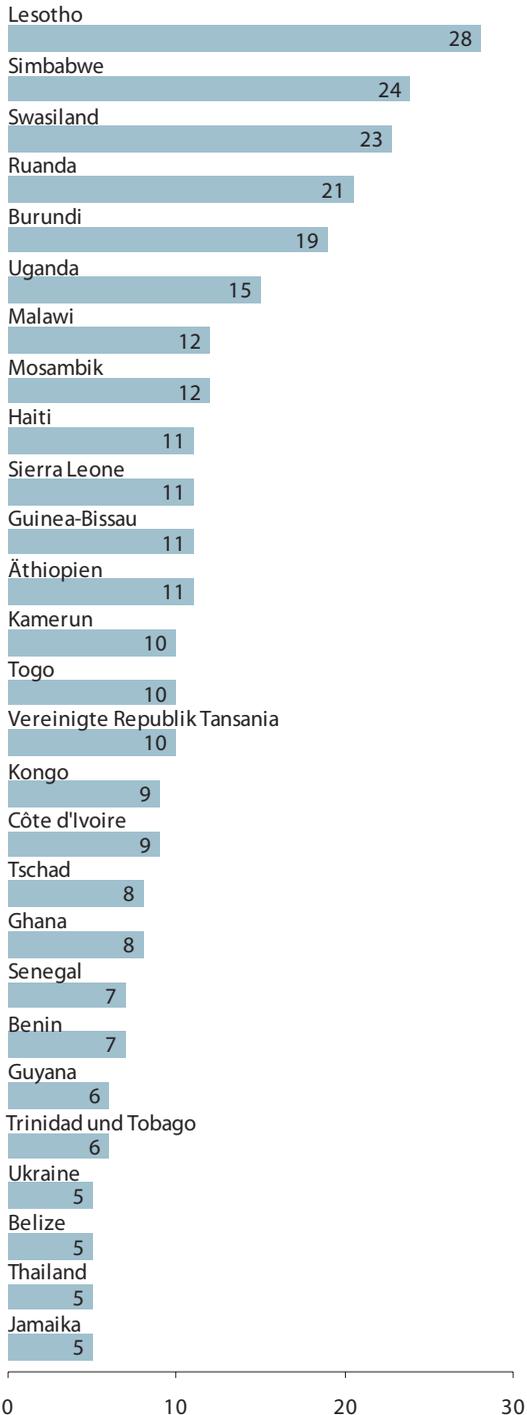
Allmählich lernen Jugendliche mehr über HIV und wie sich eine Infektion verhüten lässt. Diese Kenntnisse sind in den meisten Ländern jedoch nach wie vor zu gering und liegen weit unter dem von der Generalversammlung der Vereinten Nationen auf ihrer Sondertagung über HIV/Aids gesteckten Ziel, dass bis 2010 95 Prozent der jungen Menschen Zugang zu umfassendem Wissen über HIV haben sollen. Im Schnitt haben nur etwa 31 Prozent der Männer und 19 Prozent der Frauen im Alter zwischen 15 und 24 Jahren in den Entwicklungsländern ein gründliches und zutreffendes Verständnis des HIV.

Das Bildungswesen ist ein unverzichtbarer Partner in der HIV-Prävention. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass Kindern und Jugendlichen im Grund- und Sekundarschulalter konkrete, geschlechtsspezifische und altersgerechte Informationen zur HIV-Prävention sowie die Problemlösungs-, Verhandlungs- und Entscheidungsfähigkeit vermittelt werden, um dieses Wissen praktisch anzuwenden. Alles deutet darauf hin, dass eine umfassende Sexualerziehung in den Schulen die Einstellungen und Praktiken, die zu riskantem Verhalten führen, wirksam ändern kann.

Zu den Verhaltensweisen, die junge Frauen einem erhöhten HIV-Infektionsrisiko aussetzen, gehören ein früher erster Geschlechtsverkehr, ungeschützter Geschlechtsverkehr (insbesondere mit wechselnden Partnern), Geschlechtsverkehr mit einem wesentlich älteren und in der Vergangenheit wahrscheinlich HIV-exponierten Partner, Sex als Gegenleistung sowie Gewalt gegen Frauen und Mädchen. Junge Frauen sind außerdem stärker gefährdet, wenn sie nicht über die Kenntnisse und Fähigkeiten verfügen, um sich zu schützen, und wenn ihr Zugang zu hochwertigen Diensten der sexuellen und reproduktiven Gesundheit, einschließlich HIV-Prävention, eingeschränkt ist. Soziale und kulturelle Normen, Gepflogenheiten, Überzeugungen und Gesetze können die relative Machtlosigkeit junger Frauen und ihre Anfälligkeit für HIV-Infektionen ebenfalls verstärken.

Aus der Not von Aids betroffener Kinder erwachsen neue, gezielt auf Kinder, ihre Familien und Gemeinwesen ausgerichtete Ansätze

Kinder unter 18 Jahren, die einen oder beide Elternteile verloren haben, in Ländern mit einer HIV-Prävalenz über 1 Prozent –2003/2007 (in Prozent)



2007 hatten schätzungsweise 15 Millionen Kinder weltweit, fast 12 Millionen im subsaharischen Afrika, einen oder beide Elternteile durch Aids verloren. Viele weitere Millionen wurden aus anderen Gründen zu Waisen; in Burundi und Ruanda beispielsweise eher durch bewaffnete Konflikte als durch die HIV-Epidemie. Bis 2007 hatten schätzungsweise 47,5 Millionen Kinder in Afrika südlich der Sahara einen oder beide Elternteile durch Aids oder andere Ursachen verloren.

Auf nationaler Ebene erfolgen seit den 1990er Jahren zunehmend stärkere Antwortmaßnahmen auf die Not dieser Kinder. Ende 2007 gab es in 32 Ländern, 29 davon in Afrika südlich der Sahara, konkrete nationale Aktionspläne zugunsten von Aids-Waisen und anderen gefährdeten Kindern. In zehn weiteren Ländern – neun davon in Afrika südlich der Sahara – waren solche Pläne in der Entwurfsphase. Viele Länder integrieren Maßnahmen zugunsten von Aids betroffener Kinder in die nationalen Entwicklungspläne, die Aktionspläne für Kinder und die von Fachministerien, beispielsweise für Bildung und Gesundheit, verfolgte Politik.

Daten aus nationalen Erhebungen in 36 Ländern zeigen neuerdings, dass Aids und Verwaisung Kinder und Familien zwar vor gewaltige Herausforderungen stellen, dass das Wohlergehen von Kindern aber auch durch andere Faktoren stark mitbestimmt wird. Zu diesen Faktoren gehören das relative Haushaltseinkommen, das Verhältnis des Kindes zu seinen Betreuungspersonen und der Bildungsstand der Erwachsenen, insbesondere der weiblichen Betreuungsperson, in dem Haushalt. In Gebieten mit weit verbreiteter Armut und hoher HIV-Prävalenz treffen in der Regel mehrere Gefährdungsursachen zusammen. Viele von Aids betroffene Kinder finden sich in armen Haushalten mit niedrigem Bildungsstand. Es ist daher ebenso wie kostenwirksam, allen gefährdeten Kindern zu helfen, um die von HIV und Aids betroffenen Kinder zu erreichen. Kinder herauszugreifen, die Mutter oder Vater durch Aids verloren haben, ist nicht nur stigmatisierend, sondern auch so gut wie unmöglich. Bei dem derzeit verfolgten Ansatz geht es also darum, Aids-sensible, aber nicht ausschließlich auf



Aids abstellende Programme zu fördern und zu propagieren. Die Mittel und Programme für von HIV und Aids betroffene Kinder sollten daher nach Möglichkeit dazu verwendet werden, Gemeinwesen und Familien zu erreichen und Systeme aufzubauen und zu stärken, die auf das Wohl der Kinder im Allgemeinen abstellen.

In vom HIV stark betroffenen Gemeinwesen haben sich Geldtransferprogramme als erfolgreich erwiesen. Sie sorgen dafür, dass Kinder Nahrung und Unterkunft haben und eine Schule besuchen. Bargeldtransfers verringern darüber hinaus die wirtschaftliche Belastung der von Aids betroffenen Haushalte, in denen Kinder, oft Mädchen, oder Großmütter erkrankte Eltern pflegen müssen. Diese einfache und doch wirksame Form des Schutzes könnte jedoch durch den von der Weltwirtschaftskrise ausgehenden Druck zunichte gemacht werden. Damit Bargeldtransfers – namentlich für von Aids betroffene Kinder – ihre volle Reichweite und Wirkung entfalten können, müssen die Sozialfürsorgestrukturen auf lokaler, nationaler und globaler Ebene gleichzeitig der heutigen bedrohlichen Wirtschaftslage entgegnetreten.

ZIELVORGABE

Bis 2010 den allgemeinen Zugang zu HIV/Aids-Behandlung für alle, die sie benötigen, verwirklichen

Breiterer Zugang zur Behandlung trägt zum ersten Rückgang der Aids-Sterbefälle seit Beginn der Epidemie bei

In nur fünf Jahren hat sich die Versorgungsdichte für antiretrovirale Behandlung in den ärmeren Ländern verzehnfacht, was zum ersten Rückgang der Zahl der Aids-Sterbefälle seit Erkennung der Epidemie Anfang der 1980er Jahre geführt hat. Bis Dezember 2007 hatten 3 Millionen Menschen in den Entwicklungsregionen Zugang zu antiretroviralen Medikamenten, was einem Anstieg um 47 Prozent seit Dezember 2006 entspricht. 2007 wurden etwa 200.000 Kinder behandelt; 2005 waren es 75.000. Auf jede Person, die 2007 mit einer antiretroviralen Behandlung begann, kamen jedoch drei HIV-Neuinfektionen, und 69 Prozent der Behandlungsbedürftigen hatten keinen Zugang zu den erforderlichen Medikamenten.

Weltweit ist der Zugang von Frauen zu antiretroviralen Medikamenten ebenso gut oder besser als der von Männern. 2007 erhielten etwa 33 Prozent der HIV-positiven Schwangeren eine antiretrovirale Behandlung, um eine Mutter-Kind-Übertragung des Virus zu verhindern. Dies bedeutet konkret, dass von den etwa 1,5 Millionen HIV-positiven Schwangeren, die im genannten Jahr die Medikamente benötigten, 491.000 diese auch erhielten, was gegenüber der Behandlungsquote von 10 Prozent im Jahr 2004 eine deutliche Steigerung darstellt. Am stärksten stieg die Versorgungsdichte in Afrika südlich der Sahara. Dennoch wurde bei nur 12 Prozent der Schwangeren in dieser Region, die während der Schwangerschaft als HIV-positiv identifiziert wurden, festgestellt, ob sie für eine Behandlung mit antiretroviralen Medikamenten in Betracht kämen.

ZIELVORGABE

Bis 2015 die Ausbreitung von Malaria und anderen schweren Krankheiten zum Stillstand bringen und allmählich umkehren

Beinahe eine Million Menschen sterben noch immer jedes Jahr an Malaria, zumeist Kleinkinder in Afrika südlich der Sahara

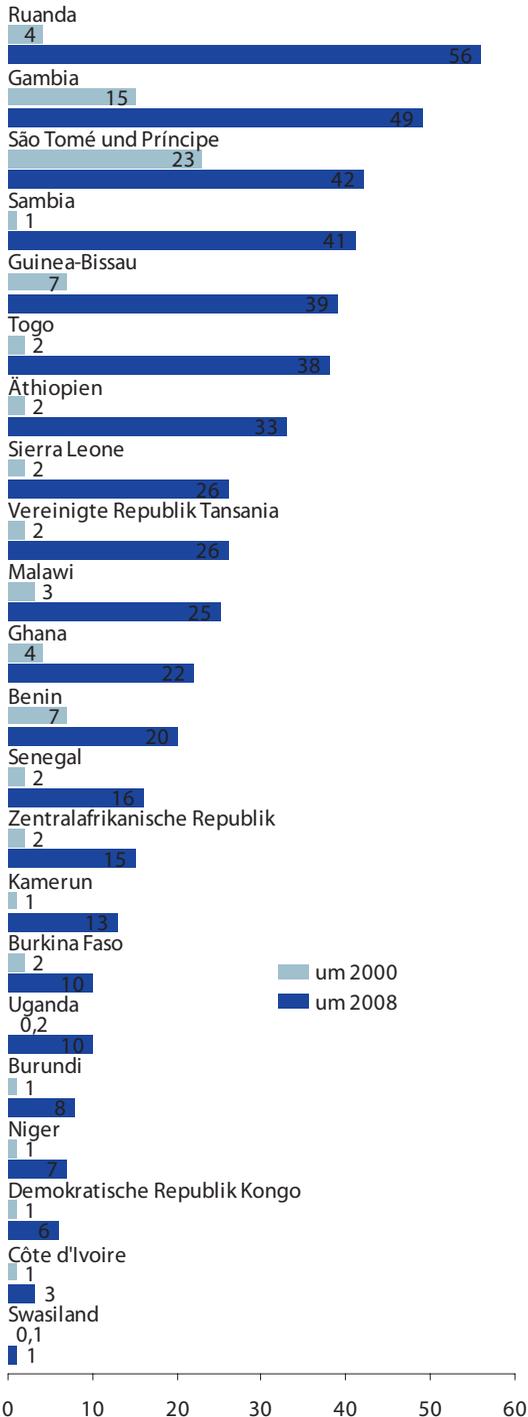
Nach Angaben der WHO starben 2006 beinahe eine Million Menschen an Malaria. 95 Prozent lebten in Afrika südlich der Sahara, und die weitaus meisten waren unter fünf Jahre alt. Im genannten Jahr ereigneten sich zwischen 190 und 330 Millionen Malariaepisoden; 88 Prozent in Afrika südlich der Sahara, 6 Prozent in Südasien und 3 Prozent in Südostasien.

Im subsaharischen Afrika ist das Risiko, an Malaria zu sterben, deutlich höher als in anderen Teilen der Welt. Dies hat mehrere Gründe. Die Übertragung der Krankheit ist intensiver, die tödlichere Form des Malariaparasiten – *Plasmodium falciparum* – ist häufiger, und die Gesundheitssysteme der Region sind eher schwach. Malaria ist eine Krankheit der Armen: Malariahäufigkeit und -sterblichkeit sind in den am wenigsten entwickelten Ländern unverhältnismäßig hoch.

Dennoch wurden in den letzten Jahren im Kampf gegen die Malaria große Fortschritte erzielt, hauptsächlich dank höherer Finanzmittel und größerer Aufmerksamkeit für die Malariabekämpfung. Durch die neuen, ehrgeizigen Ziele in dem Globalen Aktionsplan von 2008 zur Zurückdrängung der Malaria sind die Länder gefordert, ambitionierte Pläne umzusetzen, um bis 2010 eine flächendeckende Versorgung mit wichtigen Interventionsmaßnahmen zu erreichen. Gleichzeitig wurden weltweit auch deutlich mehr Mittel für Antimalariamaßnahmen bereitgestellt. Nach Schätzungen der Kampagne zur Zurückdrängung der Malaria sind die internationalen Finanzmittel für die Malariabekämpfung von 250 Millionen Dollar im Jahr 2004 auf 700 Millionen Dollar im Jahr 2007 gestiegen und werden 2008 voraussichtlich 1,1 Milliarden Dollar erreichen. Im September 2008 sagten die politischen Führer der Welt auf der Veranstaltung auf hoher Ebene über die Millenniums-Entwicklungsziele erneut weitere Milliarden von Dollar für Antimalariamaßnahmen zu.

In Afrika südlich der Sahara hat die Verwendung von Moskitonetzen, um Kinder vor Malaria zu schützen, deutlich zugenommen

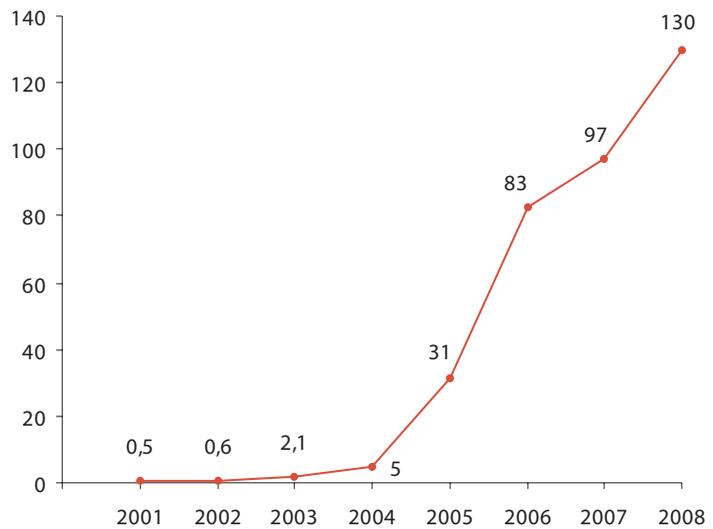
Prozentsatz der Kinder unter fünf Jahren, die unter imprägnierten Moskitonetzen schlafen, ausgewählte Länder – um 2000 und um 2008 (in Prozent)



Auf internationaler Ebene wird beschleunigt daran gearbeitet, wichtige Hilfsgüter und -maßnahmen, insbesondere imprägnierte Moskitonetze, bereitzustellen und gleichzeitig Engpässe bei ihrer Herstellung, Beschaffung und Verteilung zu reduzieren. Die Länder haben sich rasch die wirksameren Strategien zu eigen gemacht, die ohne das Vorhandensein von Mitteln gar nicht möglich gewesen wären. Im Rahmen dieser Strategien wird auch die nationale Arzneimittelpolitik so geändert, dass wirksamere, jedoch teurere Behandlungsformen sowie Diagnostik verstärkt zum Einsatz kommen, um eine gezieltere Behandlung zu gewährleisten. Überall im subsaharischen Afrika stieg die Verwendung imprägnierter Moskitonetze für Kinder sprunghaft an: von 2 Prozent im Jahr 2000 auf 20 Prozent im Jahr 2006. In 19 der 22 Länder Afrikas südlich der Sahara, für die Trenddaten vorlagen, hatte sich der Wert im genannten Zeitraum mindestens verdreifacht, in 17 Ländern sogar mindestens verfünffacht.

Die großflächige Ausweitung von Interventionsmaßnahmen zur Senkung der Malariasterblichkeit zeigt erste Ergebnisse

Zahl der weltweit beschafften Dosen an Kombinationstherapien auf Artemisininbasis – 2001-2008 (in Millionen)



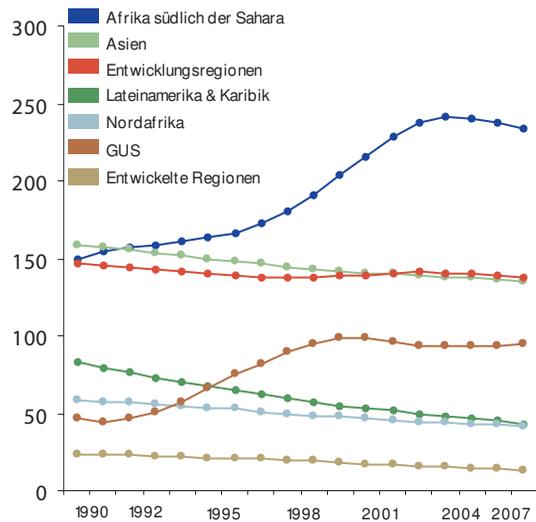
Obwohl seit 2004 erheblich mehr Kombinationstherapien auf Artemisininbasis beschafft wurden, erhalten viele afrikanische Kinder noch immer Medikamente mit geringerem Wirkungsgrad. Die meisten Länder sind seit 2000 bei der großflächigeren Bereitstellung solcher Therapien kaum oder gar nicht vorangekommen. Ein ähnlicher Trend zeigt sich auch bei der Behandlung anderer schwerer Krankheiten bei Kindern, beispielsweise Durchfallerkrankungen und Lungenentzündung. Daran wird deutlich, dass ein integriertes, gemeinwesengestütztes Fallmanagement für schwere Kinderkrankheiten dringend gestärkt werden muss.

In letzter Zeit unternommene Anstrengungen zur großflächigen Umsetzung der Programme zeitigen jedoch erste Ergebnisse. In den Ländern, die eine hohe Versorgungsdichte mit zwei oder mehr Antimalariamaßnahmen erreicht haben (Eritrea, Ruanda, Sansibar und São Tomé und Príncipe), sind schwere Fälle von Malaria und Sterbefälle in Gesundheitseinrichtungen um mehr als 50 Prozent zurückgegangen. In den kommenden Jahren werden noch größere Fortschritte erwartet.



Die Tuberkuloseinzidenz geht zurück, doch die Zahl der neuen Fälle steigt weiter

Anzahl der neuen Tuberkulosefälle je 100.000 Einwohner (ohne HIV-positive Menschen) – 1990-2007

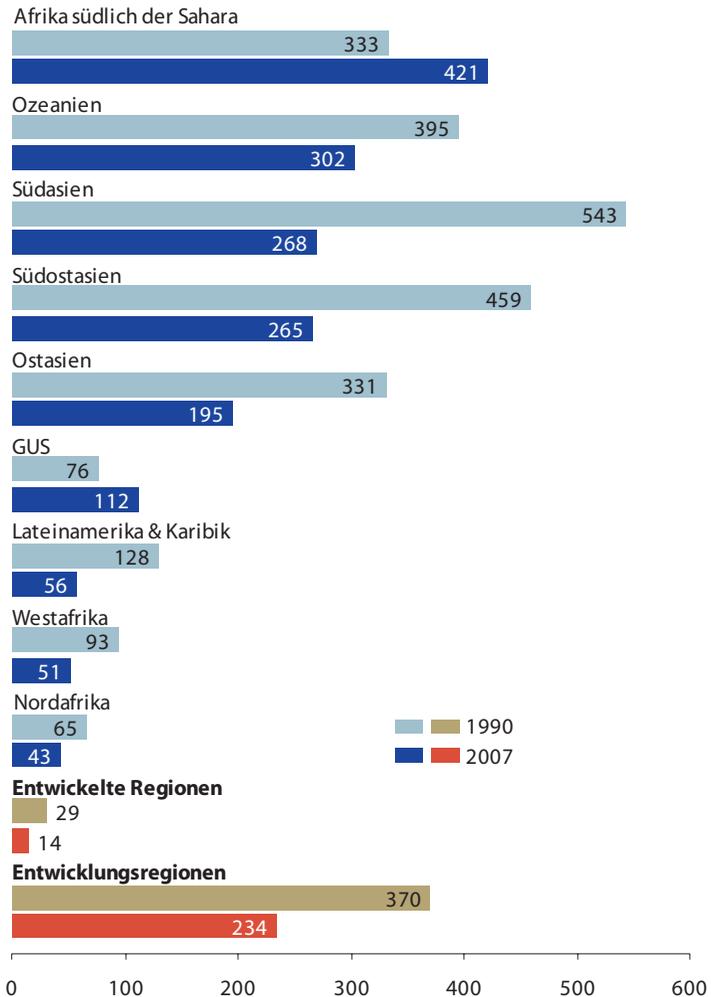


Die weltweite Tuberkuloseinzidenz, also die Zahl der neuen Fälle je 100.000 Einwohner, scheint 2004 ihren Höhepunkt erreicht zu haben und geht jetzt zurück. Die Inzidenzraten sinken zwar in allen Regionen, jedoch nicht schnell genug, um mit dem Bevölkerungswachstum Schritt halten zu können. Damit steigt die absolute Zahl der Neuinfektionen weiter an.

2007 gab es weltweit schätzungsweise 9,3 Millionen neue Tuberkulosefälle gegenüber 9,2 Millionen im Jahr 2006 und 8,3 Millionen im Jahr 2000. Die meisten Fälle traten 2007 in Asien (55 Prozent) und Afrika (31 Prozent) auf. Von den 9,3 Millionen neuen Tuberkulosefällen im Jahr 2007 betrafen schätzungsweise 1,4 Millionen (15 Prozent) HIV-positive Menschen, der Großteil (79 Prozent) davon in Afrika. Das Verhältnis Männer/Frauen bei den neuen abstrichpositiven Fällen, die der WHO 2007 gemeldet wurden, lag bei 1,8; das heißt, fast doppelt so viele Männer wie Frauen wurden infiziert. Die Gründe dafür sind weitgehend unbekannt. Eine mögliche Erklärung besagt, dass biologische Unterschiede zwischen Männern und Frauen bestimmter Altersgruppen das Infektionsrisiko und die Progression in die aktiven Phasen der Krankheit beeinflussen. Des Weiteren könnte die unterschiedliche gesellschaftliche Rolle von Männern und Frauen ihre Ansteckungsgefahr sowie ihren Zugang zu Behandlung beeinflussen.

Tuberkuloseprävalenz und Sterblichkeitsraten sinken, jedoch nicht rasch genug, um die globalen Zielvorgaben zu erreichen

Anzahl der Tuberkulosefälle je 100.000 Einwohner (ohne HIV-positive Menschen) – 1990 und 2007



Auch die Tuberkuloseprävalenz, also die Zahl der Tuberkulosefälle je 100.000 Einwohner, ist weltweit zurückgegangen. Dennoch wird das von der Partnerschaft „Stopp der Tb“ festgelegte Ziel, die Prävalenz- und Sterblichkeitsraten von 1990 bis 2015 um die Hälfte zu senken, wohl nicht erreicht werden. Dies liegt hauptsächlich daran, dass die Prävalenz in Afrika südlich der Sahara noch immer ansteigt und die Prävalenzraten in der GUS in den 1990er Jahren drastisch gestiegen sind. In dieser Region ist die Prävalenzrate noch nicht einmal auf das Niveau von 1990 zurückgekehrt und wird sich bis 2015 kaum halbieren lassen.

2007 gab es weltweit 13,7 Millionen Tuberkulosefälle. Dies ist nur ein geringer Rückgang gegenüber 2006, als 13,9 Millionen Fälle gemeldet wurden, von denen 1,3 Millionen tödlich verliefen. Zusätzlich starben 456.000 HIV-positive Menschen an Tuberkulose.

Die erfolgreiche Durchführung der Strategie „Stopp der Tb“ und die Erreichung ihrer Ziele wird von Maßnahmen an mehreren Fronten abhängen. Der wichtigste und am häufigsten angewandte Teil der Strategie besteht in einer als „DOTS“ bezeichneten Diagnose- und Behandlungsmodalität. Die Diagnoserate nach DOTS betrug 2007 weltweit 63 Prozent, und die Behandlung

hatte 2006 eine 85-prozentige Erfolgsquote. Es muss jedoch dringend dafür gesorgt werden, dass die Labortests von Kulturen und das Ansprechverhalten auf Medikamente verbessert sowie die vielen Länder unterstützt werden, die weiter Fehlbestände an Erstlinienmedikamenten melden. Die Diagnose und Behandlung mehrfachresistenter Tuberkulose und die Durchführung kombinierter TB/HIV-Initiativen gehören ebenfalls zu den Hauptbestandteilen der Strategie „Stopp der Tb“.



Ziel 7

Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit

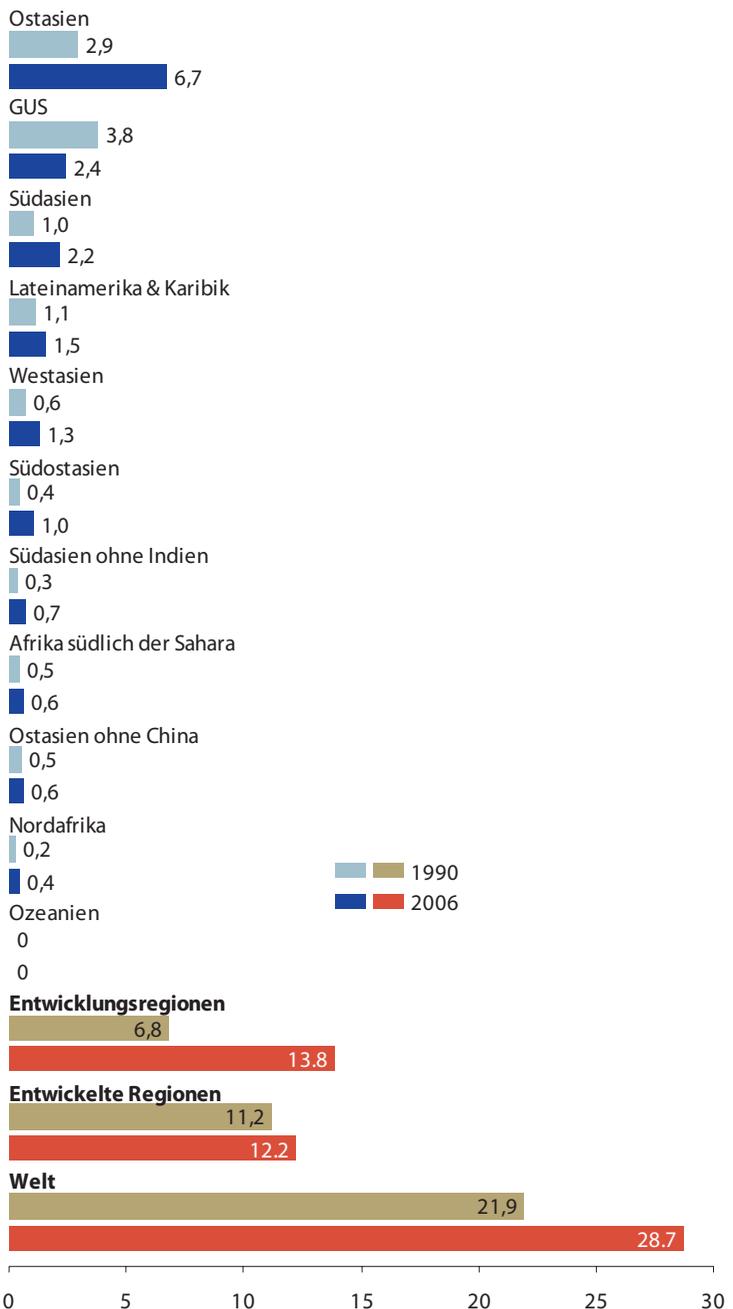


ZIELVORGABE

Die Grundsätze der nachhaltigen Entwicklung in einzelstaatliche Politiken und Programme einbauen und den Verlust von Umweltressourcen umkehren

Der weitere Anstieg der Treibhausgasemissionen macht erneut deutlich, wie dringlich das Problem des Klimawandels ist

Emissionen von Kohlendioxid (CO₂) – 1990 und 2006
(in Milliarden Tonnen)



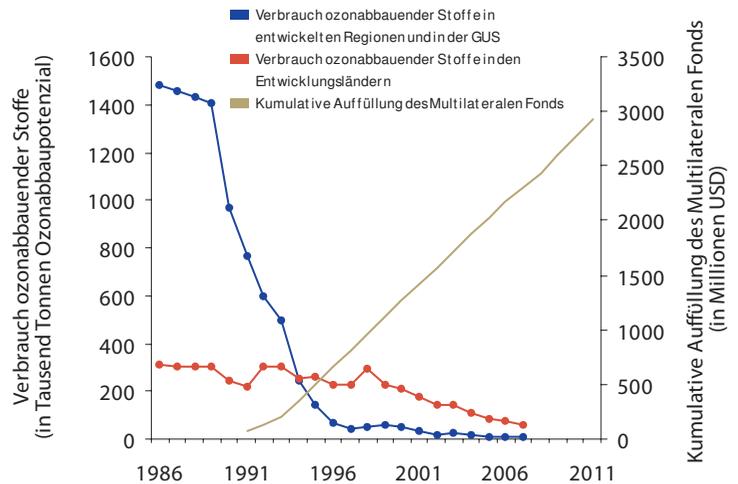
Kohlendioxidemissionen tragen zum Treibhauseffekt bei, einem weltweiten Temperaturanstieg, der sich schon heute auf die Menschen, Tiere und Pflanzen der Erde auswirkt. Auch im Jahr 2006 nahmen die globalen Kohlendioxidemissionen wieder zu. Sie stiegen gegenüber dem Vorjahr um 2,5 Prozent auf 29 Milliarden Tonnen an und lagen 2006 um 31 Prozent höher als 1990.

Der Pro-Kopf-Ausstoß ist nach wie vor in den entwickelten Regionen am höchsten und liegt bei etwa 12 Tonnen CO₂ pro Person pro Jahr, verglichen mit etwa 3 Tonnen in den Entwicklungsregionen und 0,8 Tonnen, dem niedrigsten regionalen Wert, in Afrika südlich der Sahara. Die Emissionen pro Wertschöpfungseinheit gingen in den entwickelten Regionen um mehr als 24 Prozent und in den Entwicklungsregionen um etwa 8 Prozent zurück.

Der fortgesetzte Anstieg der weltweiten Emissionen bestätigt, dass die Bekämpfung des Klimawandels auch weiterhin eine Priorität der Weltgemeinschaft sein muss. In diesem Zusammenhang ist es außerordentlich wichtig, bei der im Dezember 2009 in Kopenhagen anberaumten nächsten Verhandlungsrunde zum Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen einen entscheidenden Durchbruch zu erzielen. Gleichzeitig gilt es zu zeigen, dass die Welt selbst mitten in einem globalen Wirtschaftsabschwung das Problem des Klimawandels in den Griff bekommen und neue „grüne“ Wachstumschancen nutzen kann. Die Bewältigung der Wirtschaftskrise kann und sollte als Gelegenheit angesehen werden, auf umfassendere und effizientere Weise gegen den Klimawandel vorzugehen.

Starke Partnerschaften und solide einzelstaatliche Politiken führen zu außerordentlichen Fortschritten beim Schutz der Ozonschicht

Verbrauch aller ozonabbauenden Stoffe – 1986–2007 (in Tausend Tonnen Ozonabbaupotenzial) und Wiederauffüllung des Multilateralen Fonds für die Umsetzung des Montrealer Protokolls (in Millionen US-Dollar)



Zwischen 1986 und 2007 erzielten die derzeit 195 Vertragsstaaten des Montrealer Protokolls einen 97-prozentigen Verbrauchsrückgang bei den Stoffen, die die Ozonschicht der Erde schädigen. Diese außerordentliche Leistung ist ein Paradebeispiel für die Integration der Grundsätze einer nachhaltigen Entwicklung in nationale Politikrahmen (Millenniums-Entwicklungsziel 7) und für eine weltweite Entwicklungspartnerschaft (Millenniumsziel 8).

Bislang haben 177 Vertragsstaaten des Montrealer Protokolls innerstaatliche Rechts- und sonstige Vorschriften zur Förderung des wirksamen Schutzes der Ozonschicht und zur nachhaltigen Befolgung des Protokolls geschaffen. Der Multilaterale Fonds für die Umsetzung des Montrealer Protokolls finanziert nicht nur diese unverzichtbaren Tätigkeiten, sondern hat im Laufe der vergangenen 19 Jahre auch den Aufbau von nationalen Kapazitäten und von Beziehungsnetzen zwischen politischen Entscheidungsträgern, Zollbeamten und anderen unterstützt. Außerdem half der Fonds beim Transfer wesentlicher Technologien, die Entwicklungsländern den Sprung zu neuen, energieeffizienten Technologien und den Export ihrer Güter auf den Weltmarkt gestatten.

Dennoch bestehen weiterhin Herausforderungen, denen es zu begegnen gilt. An erster Stelle steht der schrittweise Nutzungsverzicht auf Fluorchlorkohlenwasserstoffe bei gleichzeitiger Vermeidung von Ersatzstoffen mit hohem Klimaerwärmungspotenzial. Weitere ernstzunehmende Fragen sind das Management – einschließlich der Vernichtung – der vorhandenen Bestände ozonabbauender Stoffe und die Gewährleistung dessen, dass nach einem Nutzungsverzicht auf die Hauptsubstanzen kein illegaler Handel mit diesen entsteht. Schließlich müssen auch für die wenigen kritischen und wesentlichen Verwendungszwecke, für die den Vertragsstaaten des Protokolls zurzeit noch Ausnahmen gewährt werden, technisch und wirtschaftlich tragfähige Alternativen gefunden werden.

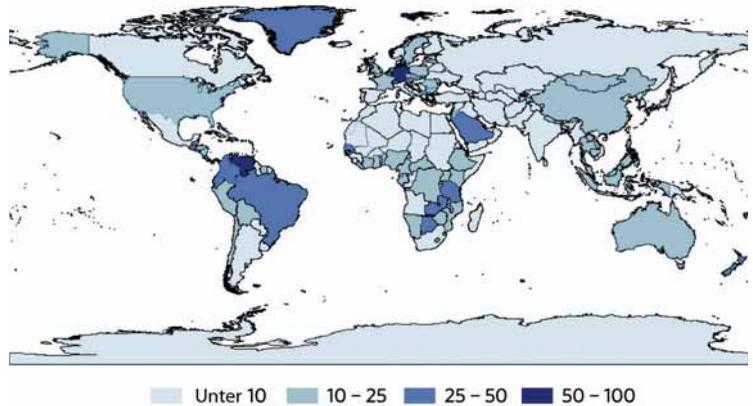


ZIELVORGABE

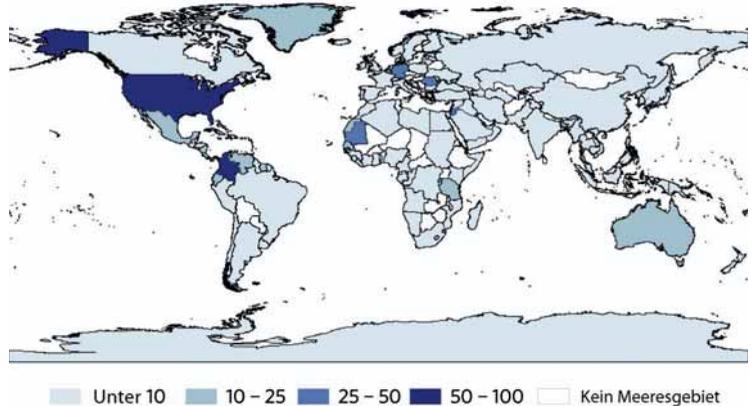
Den Verlust an biologischer Vielfalt reduzieren, mit einer signifikanten Reduzierung der Verlustrate bis 2010

Zum Schutz bedrohter Arten und Ökosysteme sind viel größere Anstrengungen notwendig

Anteil der geschützten Landgebiete – 2008 (in Prozent)



Anteil der geschützten Meeresgebiete – 2008 (in Prozent)

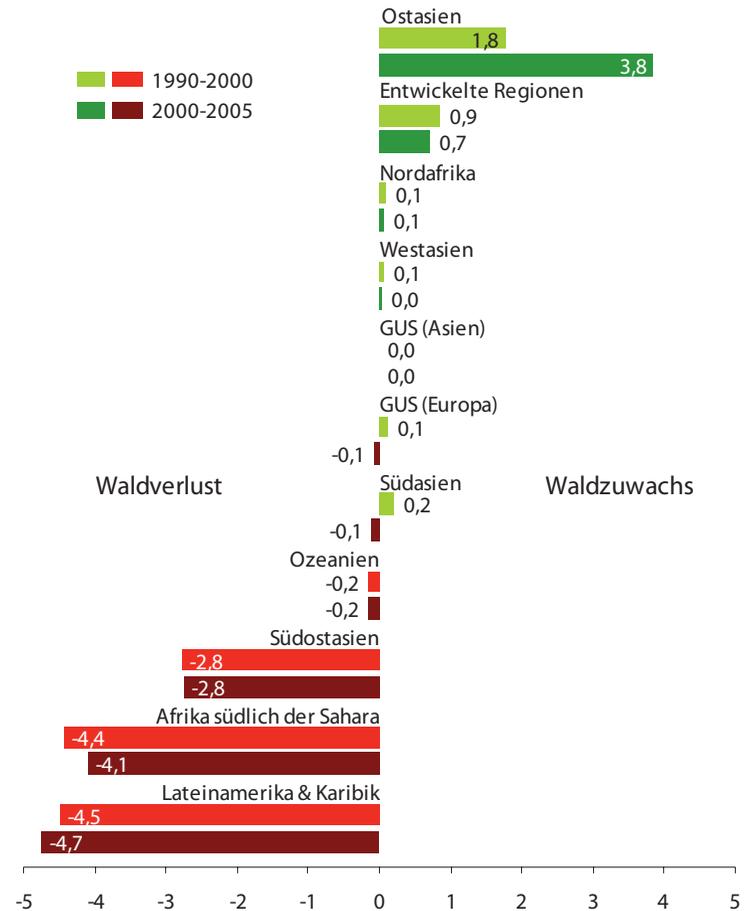


Schutzgebiete bilden den Grundstein der Bemühungen um die Erhaltung der Arten und Ökosysteme der Welt und sind ein Schlüsselfaktor beim Klimaschutz. Allerdings waren 2008 lediglich 12 Prozent der Erdoberfläche auf die eine oder andere Weise geschützt. Darunter fielen etwa 18 Millionen Quadratkilometer geschützter Landgebiete und über 3 Millionen Quadratkilometer geschützter Hoheitsgewässer (Meeresgebiete unter nationaler Hoheitsgewalt). Da Hoheitsgewässer nur einen kleinen Bruchteil der gesamten Meeresfläche ausmachen, bedeutet dies, dass weniger als 1 Prozent der Meeresgebiete der Welt geschützt sind. Darüber hinaus werden bestehende Schutzgebiete zum Teil schlecht verwaltet und sind ständigen Beeinträchtigungen durch Verschmutzung, Klimawandel, unverantwortlichen Tourismus, Infrastrukturentwicklung und wachsende Nachfrage nach Land- und Wasserressourcen ausgesetzt.

Trotz des wirtschaftlichen und anderweitigen Drucks, unter dem sie stehen, ist es vielen Entwicklungsländern gelungen, umfangreiche Land- und Wasserflächen unter Schutz zu stellen. So schuf die Demokratische Republik Kongo 2007 eines der größten tropischen Regenwald-Schutzgebiete der Welt. In Indonesien wurden vor kurzem sieben neue Meeresschutzgebiete mit einer Gesamtfläche von 9.000 Quadratkilometern eingerichtet, die 45 Prozent der Flachwasser-Ökosysteme der Region umfassen. Dennoch stieg 2008 die Zahl der weltweit vom Aussterben bedrohten Arten weiter an. Dem Rote-Liste-Index der Weltnaturschutzunion zufolge sind Säugetiere stärker bedroht als Vögel. Beide Gruppen sind wiederum in Entwicklungsländern stärker gefährdet als in entwickelten Ländern. Säugetiere sind aufgrund von Entwaldung und Bejagung in Südostasien besonders gefährdet, während Vögel auf den Inseln Ozeaniens am stärksten bedroht sind; in erster Linie durch invasive Arten. Auch für andere Klassen von Organismen ist tendenziell ein Rückgang wahrscheinlich. Es bedarf nachhaltiger Investitionen, damit die biologische Vielfalt sowohl innerhalb als auch außerhalb von Schutzgebieten wirksam erhalten wird.

Eine verminderte Entwaldung könnte für die Senkung der Treibhausgasemissionen ausschlaggebend sein

Jährliche Nettoveränderung der Waldfläche – 1990-2000 und 2000-2005 (in Millionen Hektar pro Jahr)

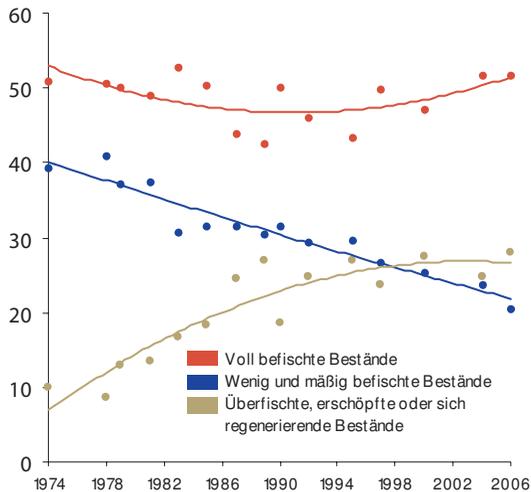


Die Entwaldung setzt sich mit alarmierender Geschwindigkeit fort. Mit etwa 13 Millionen Hektar gehen jährlich Waldgebiete von etwa der Größe Bangladeschs verloren. Diese Verluste werden durch Aufforstung, Renaturierung und natürlichen Waldzuwachs teilweise ausgeglichen, wodurch der Nettorückgang an bewaldeten Flächen erheblich geringer ausfiel. Der Netto-Waldverlust im Zeitraum 2000-2005 wird auf 7,3 Millionen Hektar pro Jahr beziffert und war somit geringer als 1990-2000, als er bei 8,9 Millionen Hektar pro Jahr lag. Afrika südlich der Sahara und der lateinamerikanisch-karibische Raum verzeichnen auch weiterhin die größten Netto-Waldverluste.

Eine verminderte Entwaldung und Waldschädigung trägt zum Klimaschutz bei. Bäume und Pflanzen absorbieren und speichern Kohlenstoff und helfen somit, den CO₂-Gehalt der Atmosphäre zu verringern. Werden Bäume jedoch gefällt oder verbrannt, wird Kohlendioxid freigesetzt. Im Jahr 2004 waren 17,4 Prozent aller anthropogenen Treibhausgasemissionen (gemessen als CO₂-Äquivalente) auf Waldnutzung zurückzuführen, hauptsächlich auf die umfangreiche Entwaldung und Waldschädigung in Entwicklungsländern.

Die Erderwärmung bringt weitere Gefahren für die Gesundheit der weltweiten Fischereiressourcen mit sich

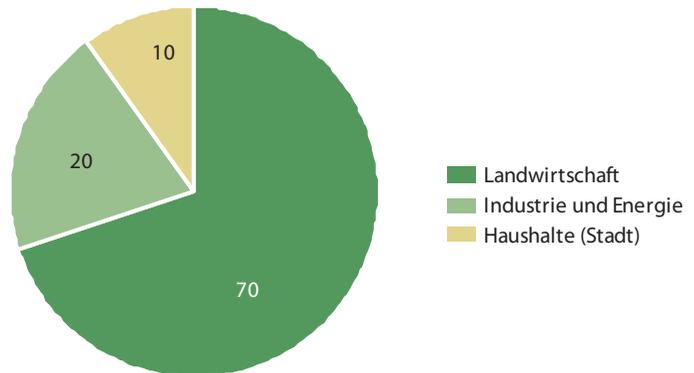
Status der bewirtschafteten Fischbestände – 1974-2006 (in Prozent)



Maßnahmen zur Begrenzung der Auswirkungen der Fischerei und anderer menschlicher Aktivitäten auf bewirtschaftete Fischpopulationen sind im Gange. Dennoch ist der Prozentsatz erschöpfter, voll befischter oder überfischter und sich regenerierender Bestände von 70 Prozent im Jahr 1995 auf 80 Prozent im Jahr 2006 angestiegen. Die Situation wird dadurch noch verschlimmert, dass der Klimawandel Meeres- und Süßwasserökosysteme allmählich verändert. Diese Veränderungen wirken sich auf das jahreszeitliche Einsetzen bestimmter biologischer Prozesse aus und beeinträchtigen Nahrungsnetze in den Meeren und im Süßwasser. Dies wiederum hat unabsehbare Folgen für die Fischbestände. Auf die Fischerei angewiesene Gemeinwesen sind je nach ihrer Anpassungsfähigkeit und den konkreten Veränderungen vor Ort auch für den Klimawandel anfällig. In Anbetracht der Unsicherheit hinsichtlich der Auswirkungen des Klimawandels auf Ressourcen und Ökosysteme ist bei der Bewirtschaftung der Fischereiressourcen ein höheres Maß an Vorsicht geboten.

Der wachsende Nahrungsmittelbedarf erfordert eine effizientere Wassernutzung in der Landwirtschaft

Wassernutzung – 2000 (in Prozent)



Etwa 70 Prozent des weltweit entnommenen Wassers dienen der Landwirtschaft; in manchen Regionen sind es über 80 Prozent. Wenn mehr als 75 Prozent des Wasservolumens von Fließgewässern für landwirtschaftliche, industrielle und kommunale Zwecke abgeleitet werden, ist einfach nicht mehr genug Wasser vorhanden, um sowohl den menschlichen Bedarf zu decken als auch die ökologisch notwendige Fließmenge zu gewährleisten. Physische Wasserknappheit – gekennzeichnet durch schwere Umweltschädigung, einen sinkenden Grundwasserpegel und eine Wasserallokation, bei der einige Gruppen bevorzugt werden – droht dann, wenn dieser Wert 60 Prozent erreicht; alles deutet also darauf hin, dass die Welt unmittelbar vor einer Wasserkrise steht.

Zwischen 1990 und 2000 nahm das für Bewässerungs- und andere landwirtschaftliche Zwecke entnommene Wasservolumen um 8 Prozent zu. Zur Umkehr dieses Trends muss Wasser effizienter genutzt werden, primär durch verbesserte Pflanzensorten und bessere Ackerbauverfahren, die höhere wirtschaftliche Erträge abwerfen und mit der gleichen Wassermenge einen höheren Ernteertrag erbringen.

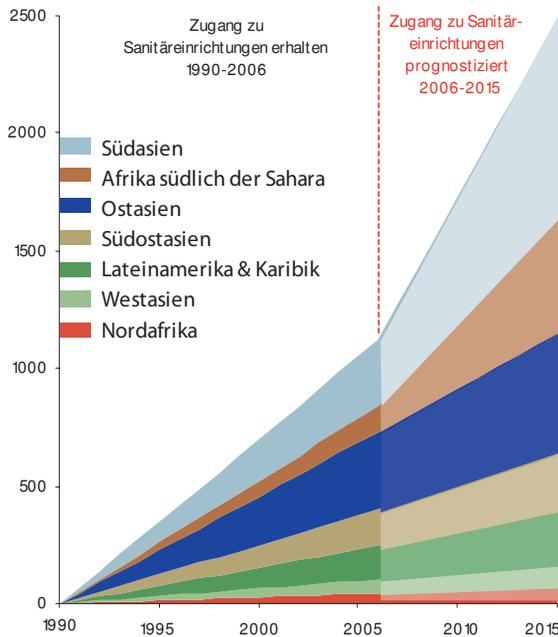
In einigen Regionen sind die Wasserressourcen schwersten Belastungen ausgesetzt. Die Wasserentnahme ist in ariden und semiariden Gebieten, hauptsächlich zu Bewässerungszwecken, am höchsten und in tropischen Ländern am geringsten. In Nordafrika werden pro Jahr durchschnittlich 78 Prozent der erneuerbaren Wasserressourcen entnommen, in Westasien nahezu die Hälfte. Im Gegensatz dazu verbraucht Lateinamerika jedes Jahr nur 2 Prozent seiner erneuerbaren Wasserressourcen.

ZIELVORGABE

Bis 2015 den Anteil der Menschen um die Hälfte senken, die keinen nachhaltigen Zugang zu einwandfreiem Trinkwasser und grundlegenden sanitären Einrichtungen haben

Zur Erreichung der Zielvorgabe zur Sanitärversorgung sind noch hohe Hürden zu überwinden

Menschen, die Zugang zu verbesserten sanitären Einrichtungen erhielten, – 1990-2006 (in Millionen) und Menschen, die zur Erreichung der Millenniums-Zielvorgabe Zugang zu verbesserten sanitären Einrichtungen erhalten müssen, – 2006-2015 (in Millionen)



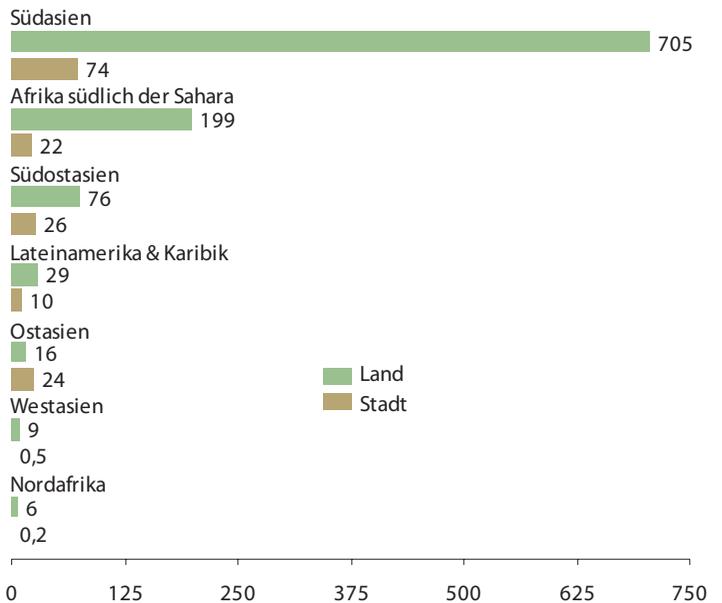
Zwischen 1990 und 2006 hatten 1,1 Milliarden Menschen in den Entwicklungsländern erstmals Zugang zu Toiletten, Latrinen und anderen verbesserten sanitären Einrichtungen. Weitere 1,4 Milliarden Menschen müssen diesen Zugang noch erhalten, wenn die Zielvorgabe bis 2015 erreicht werden soll. 2006 gab es weltweit 2,5 Milliarden Menschen ohne sanitäre Grundversorgung. Die größte Herausforderung besteht in Südasien, wo 580 Millionen Menschen nicht über eine verbesserte Sanitärversorgung verfügen. Die Zahl der Menschen, die bessere sanitäre Ein-

richtungen verwenden, muss sich in der Region zwischen 2006 und 2015 mehr als verdoppeln. Auch das subsaharische Afrika steht vor gewaltigen Herausforderungen. Nach der Zielvorgabe müssen 63 Prozent der Bevölkerung der Region eine verbesserte Sanitärversorgung erhalten. Das bedeutet, dass zusätzlich zu den schätzungsweise 242 Millionen Menschen, die diese Einrichtungen heute verwenden, weitere 370 Millionen Menschen Zugang dazu erhalten müssen.

Obwohl sie 1990 den niedrigsten Versorgungsgrad mit sanitären Einrichtungen hatten, haben Südasien und Afrika südlich der Sahara bemerkenswerte Fortschritte erzielt. In Südasien hat sich der Anteil der Bevölkerung, der verbesserte Einrichtungen verwendet, seit 1990 mehr als verdoppelt, und in Afrika südlich der Sahara ist er um über 80 Prozent gestiegen.

Trotz gesundheitlicher Gefahren für ihre Familien und Gemeinwesen praktizieren 1,2 Milliarden Menschen offene Defäkation

Offene Defäkation in städtischen und ländlichen Gebieten – 2008 (in Millionen Menschen)



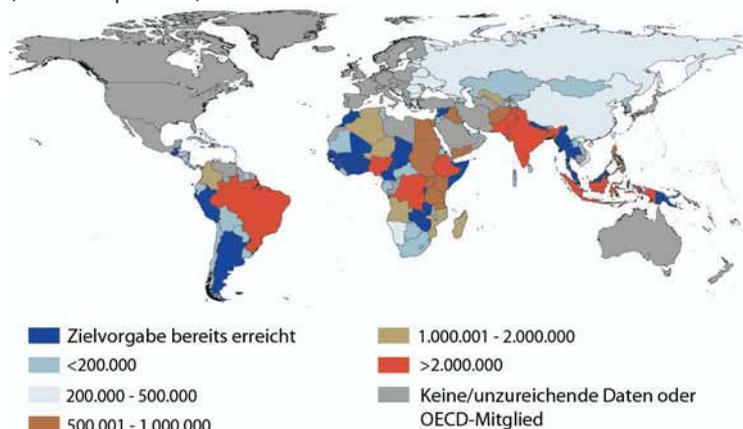
An offenen, oft öffentlich zugänglichen Stellen ihre Notdurft zu verrichten, ist für Menschen ohne jede Form der Sanitärversorgung oft der letzte Ausweg. Die Praxis gefährdet nicht nur die eigene Gesundheit und die der Familie, sondern auch die Gesundheit derjenigen, die in der Nähe leben, sogar wenn sie selbst über verbesserte sanitäre Einrichtungen verfügen. Das Aufsuchen uneinsehbarer Stellen zu diesem Zweck kann für Frauen und Mädchen zudem ein Sicherheitsrisiko darstellen.

Von den 18 Prozent der Weltbevölkerung – 1,2 Milliarden Menschen –, die offene Defäkation praktizieren, lebt der überwiegende Teil (87 Prozent) in ländlichen Gebieten. In Entwicklungsregionen verrichten mehr als ein Drittel aller Landbewohner ihre Notdurft im Freien; nur in Ostasien kommt dies in städtischen Gebieten häufiger vor als in ländlichen.



Die Welt hat im Hinblick auf das Trinkwasserziel gute Fortschritte gemacht, wenngleich manche Länder noch vor enormen Schwierigkeiten stehen

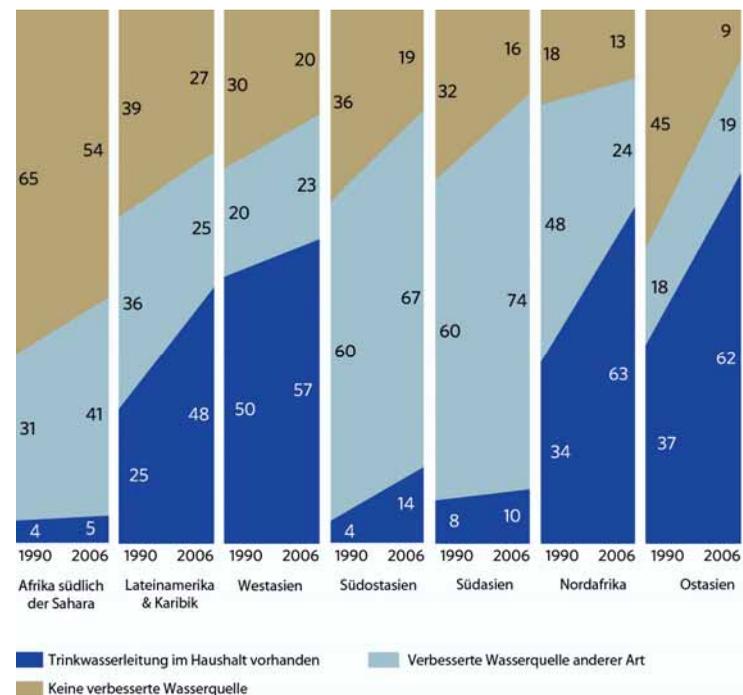
Menschen, die zur Erreichung der Millenniums-Zielvorgabe 2006-2015 Zugang zu einer verbesserten Trinkwasserquelle erhalten müssen (Personen pro Jahr)



Die Welt kann das Trinkwasser-Ziel insgesamt schon vor dem Jahr 2015 erreichen. Einige Länder jedoch haben noch einen schwierigen Kampf vor sich: Weltweit greifen noch immer 884 Millionen Menschen zum Trinken, Kochen, Baden und für andere Haushaltszwecke auf unhygienische Wasserquellen zurück. 84 Prozent dieser Menschen (746 Millionen) leben in ländlichen Gebieten.

Zugang zu verbesserten Trinkwasserquellen ist vorwiegend auf dem Land ein Problem

Anteil ländlicher Haushalte, die Leitungswasser, andere verbesserte Wasserquellen und unverbesserte Quellen verwenden – 1990 und 2006 (in Prozent)



Weltweit kamen 2006 nur 27 Prozent der auf dem Land lebenden Menschen in den Genuss einer bequemen und ihrer Gesundheit zuträglichen Leitungswasserversorgung im oder beim Haus. 50 Prozent der Landbewohner nutzten andere verbesserte Trinkwasserquellen, beispielsweise öffentliche Zapfstellen, Handpumpen, bessere befestigte Brunnen oder Quellen (ein geringer Anteil dieser Menschen griff auch auf Regenwasser zurück). Nahezu ein Viertel (24 Prozent) der ländlichen Bevölkerung beschaffte sich sein Trinkwasser aus „nicht verbesserten“ Quellen: Oberflächengewässern wie Seen, Flüssen, Stauseen oder ungeschützten Ziehbrunnen oder Quellen. Die Wasserversorgung aus verbesserten Quellen ist indessen keine Gewähr dafür, dass das Wasser auch sauber ist: Im Test genügt Trinkwasser aus verbesserten Quellen oft nicht den von der WHO aufgestellten mikrobiologischen Standards.

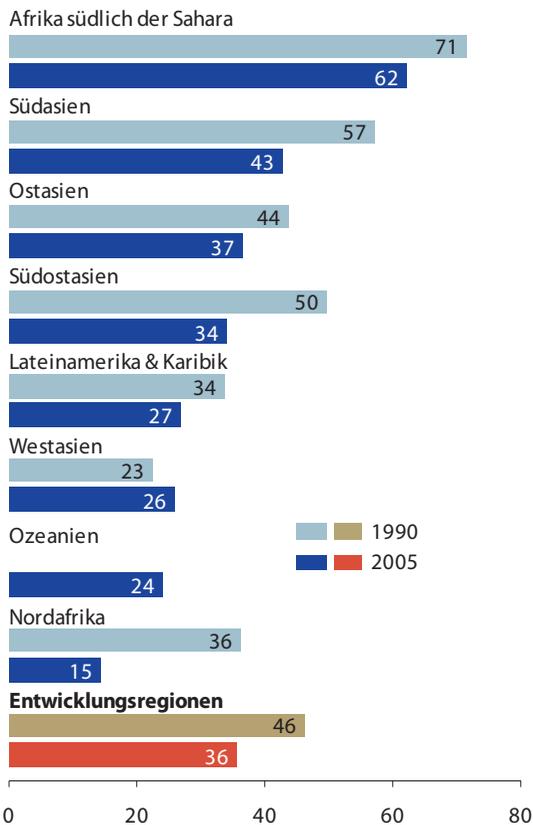
Stadtbewohner in Entwicklungsregionen verfügen mit mehr als doppelt so hoher Wahrscheinlichkeit über Leitungswasserversorgung wie Landbewohner. Besonders deutlich sind die Unterschiede in Lateinamerika und der Karibik, der Region mit der zweitniedrigsten ländlichen Trinkwasserversorgung aus verbesserten Quellen. Nur 73 Prozent der Landbevölkerung in dieser Region verwenden eine solche Quelle; bei den Stadtbewohnern hingegen sind es 97 Prozent.

ZIELVORGABE

Bis 2020 eine erhebliche Verbesserung der Lebensbedingungen von mindestens 100 Millionen Slumbewohnern herbeiführen

Fast alle Regionen kommen bei der Verbesserung der Lebensbedingungen der Armen in den Städten voran

Anteil der Stadtbevölkerung mit Wohndefiziten – 1990 und 2005 (in Prozent)



Im Jahr 1990 lebte fast die Hälfte der Stadtbewohner in Entwicklungsregionen in Slums. 2005 hatte sich dieser Anteil auf 36 Prozent reduziert. Der gängigen Definition nach bestehen Slumverhältnisse dann, wenn mindestens eines der folgenden vier Grundkriterien nicht gegeben ist: sauberes Wasser, verbesserte Sanitärversorgung, feste Behausungen und ausreichender Wohnraum.

Die Lebensbedingungen von Slumbewohnern haben sich in fast allen Regionen gebessert. In Ostasien lässt sich der scharfe Rückgang des Anteils der Slumbewohner größtenteils auf die erhöhte Nutzung verbesserter Wasserversorgungsquellen und Sanitäreinrichtungen in China zurückführen. Auf ähnliche Weise hat sich der verbesserte Zugang zu Wasser und Sanitärversorgung in Indien fortschrittsfördernd auf die gesamte südasiatische Region ausgewirkt.

Trotz einiger Fortschritte ist das subsaharische Afrika nach wie vor die Region mit den meisten Slums. Slums wie Stadtgebiete scheinen sich in der Region gleichermaßen rapide auszudehnen, und arme Bevölkerungsgruppen leben unter schlimmen, oft von mehrfachen Wohndefiziten gekennzeichneten Bedingungen. Daher sind zur Verbesserung der Lebensbedingungen von Slumbewohnern in den meisten subsaharischen Ländern Afrikas hohe, sektorübergreifende Investitionen erforderlich. In allen anderen Regionen, in denen die Mehrzahl der Slumbewohner nur unter einem Wohndefizit leidet, könnten einfache, kostengünstige Interventionen die Lebensbedingungen erheblich verbessern.

Westasien ist die einzige Region, in der heute geringfügig mehr Stadtbewohner in Slums leben, überwiegend wegen der schlechteren Lebensbedingungen in Irak und Libanon nach fast einem Jahrzehnt des Konflikts und der politischen Instabilität.

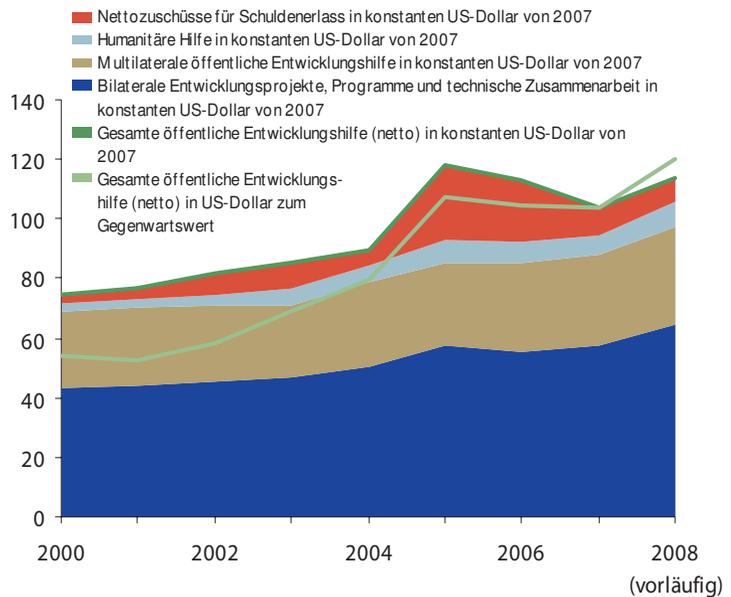
Wenngleich weltweit gesehene Verbesserungen in den Slums erzielt wurden, könnte die derzeit herrschende Wohnraum- und Energiekrise den Fortschritt in den Entwicklungsregionen verlangsamen und in manchen Fällen positive Trends wieder umkehren.

Ziel 8

Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft

Die Einhaltung höherer Hilfszusagen ist in wirtschaftlichen Krisenzeiten ausschlaggebend

Öffentliche Entwicklungshilfe aus entwickelten Ländern – 2000-2008
(in konstanten US-Dollar von 2007 und US-Dollar zum Gegenwartswert)



Die Nettoauszahlungen an öffentlicher Entwicklungshilfe stiegen 2008 um 10,2 Prozent auf 119,8 Milliarden US-Dollar, den höchsten je verzeichneten Betrag. Er entspricht 0,30 Prozent des kombinierten Nationaleinkommens der entwickelten Länder. Auch die Ausgaben im Rahmen bilateraler Hilfsprogramme und -projekte haben in den letzten Jahren zugenommen und sind zwischen 2007 und 2008 real um 12,5 Prozent angestiegen – ein Zeichen dafür, dass die Geber ihre grundlegenden Hilfsprogramme erweitern.

Damit liegen die Hilfszahlungen allerdings insgesamt immer noch deutlich unter dem von den Vereinten Nationen angesetzten Zielwert von 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens. Die einzigen Länder, die diesen Zielwert 2008 erreichten oder überschritten, waren Dänemark, Luxemburg, die Niederlande, Norwegen und Schweden.

Absolut gesehen waren die Vereinigten Staaten 2008 der größte Geber, gefolgt von Deutschland, dem Vereinigten Königreich, Frankreich und Japan. Die von den 15 der Europäischen Union (EU) angehörenden Mitgliedsländern des OECD-Ausschusses für Entwicklungshilfe (DAC) gewährte öffentliche Netto-Entwicklungshilfe stieg zwischen 2007 und 2008 real um 8,6 Prozent an und erreichte 70,2 Milliarden US-Dollar. Dies entsprach 59 Prozent der von diesem Ausschuss insgesamt gewährten öffentlichen Entwicklungshilfe. Als Anteil am Bruttonationaleinkommen stieg der Nettowert der von den EU/DAC-Mitgliedsländern gewährten öffentlichen Entwicklungshilfe auf 0,42 Prozent.

2005 verpflichteten sich die Geber auf dem Gipfeltreffen 2005 der Gruppe der Acht in Gleneagles und später auf dem Weltgipfel der Vereinten Nationen auf höhere Hilfszahlungen. Diese Zusagen zusammen mit weiteren Verpflichtungen ließen einen Anstieg der Hilfe von 80 Milliarden Dollar im



Jahr 2004 auf 130 Milliarden Dollar im Jahr 2010 (in konstanten Preisen von 2004) erwarten. Einige wenige Länder haben seit 2005 ihre Hilfeziele geringfügig gesenkt, doch der Großteil der Verpflichtungen hat weiter Bestand. Allerdings wurden einige davon als Prozentanteil am Nationaleinkommen ausgedrückt. Wenn die Weltwirtschaft 2009 also wie erwartet schrumpft, sinkt auch der absolute Wert dieser Verpflichtungen. Unter diesen Voraussetzungen beliefe sich die nach den bestehenden Verpflichtungen gewährte öffentliche Entwicklungshilfe – ausgedrückt als Prozentanteil des Bruttonationaleinkommens der Geber – 2010 auf 121 Milliarden Dollar zu konstanten Preisen von 2004.

Die Hilfe wird voraussichtlich noch etwas erhöht werden. So dürfte nach der letzten verfügbaren OECD-Erhebung zur künftigen Ausgabenplanung der Geber die angesetzte Hilfe zwischen 2008 und 2010 um 11 Prozent steigen, einschließlich einiger größerer Auszahlungen bestimmter multilateraler Organisationen. Sollen die Hilfszahlungen 2010 indessen den zum Verpflichtungszeitpunkt (d. h. vor der Wirtschaftskontraktion) zu erwartenden Dollarwert erreichen, so müssten die Geber ihre gegenwärtigen Ausgabenpläne um mindestens 10 bis 15 Milliarden Dollar erhöhen.

Viele Geber werden den anvisierten Anteil ihrer öffentlichen Entwicklungshilfe am Bruttonationaleinkommen ganz oder fast erreichen. Andere werden indessen erheblich dahinter zurückbleiben. So lag beispielsweise 2008 die öffentliche Entwicklungshilfe Griechenlands, Italiens und Österreichs ohne Schuldenerleichterungen um mehr als die Hälfte unter dem entsprechenden Zielwert für 2010.

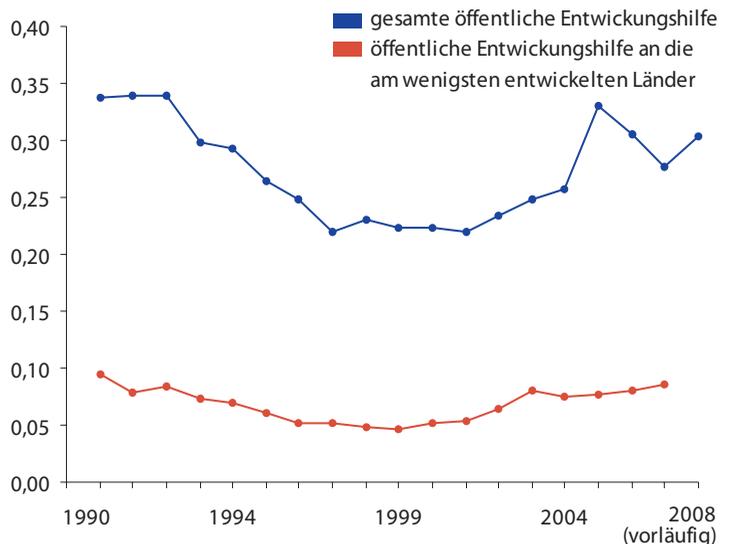
Auf ihrem Treffen im April 2009 kamen die Führer der Gruppe der 20 überein, 50 Milliarden Dollar bereitzustellen, um in Niedrigeinkommensländern den Sozialschutz zu unterstützen, den Handel anzuregen und die Entwicklung zu sichern. Sie vereinbarten außerdem, im Laufe der kommenden zwei bis drei Jahre zusätzlich 6 Milliarden Dollar an konzessionären und flexiblen Finanzmitteln für die ärmsten Länder bereitzustellen. Kurz darauf legte der gemeinsame Entwicklungsausschuss der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds allen Gebern eindringlich nahe, ihre Zusagen nicht nur rascher zu verwirklichen, sondern auch zu erwägen, über sie hinauszugehen. Sollten diese Zusagen nicht eingehalten werden, würden dadurch nicht nur die Fortschritte bei der Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele aufgehalten, sondern das bereits Erreichte würde möglicherweise in Frage gestellt.

ZIELVORGABE

Den besonderen Bedürfnissen der am wenigsten entwickelten Länder, Binnenländer und kleinen Inselentwicklungsländer Rechnung tragen

Die Hilfe für die ärmsten Länder bleibt weit hinter der Zielvorgabe für 2010 zurück

Anteil der öffentlichen Entwicklungshilfe (netto) der OECD/DAC-Länder am Bruttonationaleinkommen der Geber – 1990-2008 (in Prozent)



Im Allgemeinen stellen Hilfeleistungen auf die ärmsten Länder ab, d. h. auf die Länder, die als „am wenigsten entwickelte Länder“ oder als Länder mit niedrigem bzw. mit niedrigerem mittlerem Einkommen eingestuft sind. Die 49 am wenigsten entwickelten Länder erhalten etwa ein Drittel aller Hilfsgelder.

Auf ihrem Gipfeltreffen von Gleneagles 2005 prognostizierte die Gruppe der Acht, dass sich die öffentliche Entwicklungshilfe für Afrika durch ihre Mittelzusagen und die anderer Geber bis 2010 verdoppeln würde. Aus vorläufigen Daten für 2008 geht hervor, dass die bilaterale öffentliche Entwicklungshilfe ohne Schuldenerleichterungen für den gesamten Kontinent gegenüber dem Vorjahr real um 10,6 Prozent angestiegen ist; der entsprechende Wert für das subsaharische Afrika betrug 10 Prozent. Wenn sie ihre 2005 gegebenen Zusagen erfüllen wollen, werden die Geber trotz dieser Fortschritte ihre Hilfe für Afrika umgehend anheben müssen.

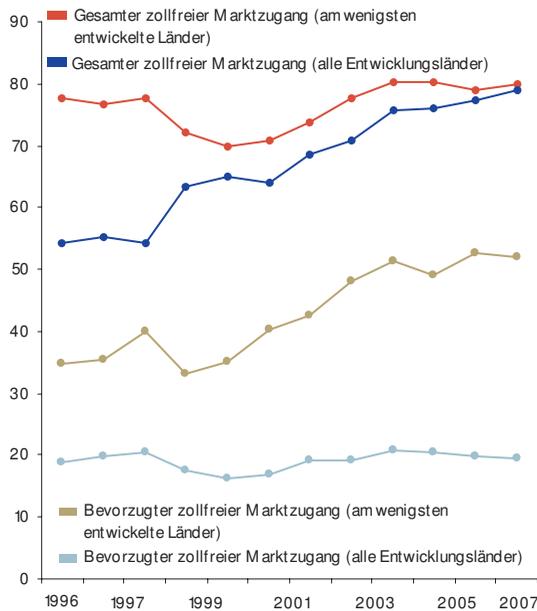
Im Zeitraum 2006-2007 waren von dem Gesamtbetrag der sektoral aufschlüsselbaren öffentlichen Entwicklungshilfe in Höhe von 59 Milliarden Dollar 10,2 Milliarden Dollar pro Jahr der Erreichung des dritten Millenniums-Entwicklungsziels gewidmet – der Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und Ermächtigung der Frauen.

ZIELVORGABE

Ein offenes, regelgestütztes, berechenbares und nichtdiskriminierendes Handels- und Finanzsystem weiterentwickeln

Echter Präferenzstatus bleibt hauptsächlich den am wenigsten entwickelten Ländern vorbehalten

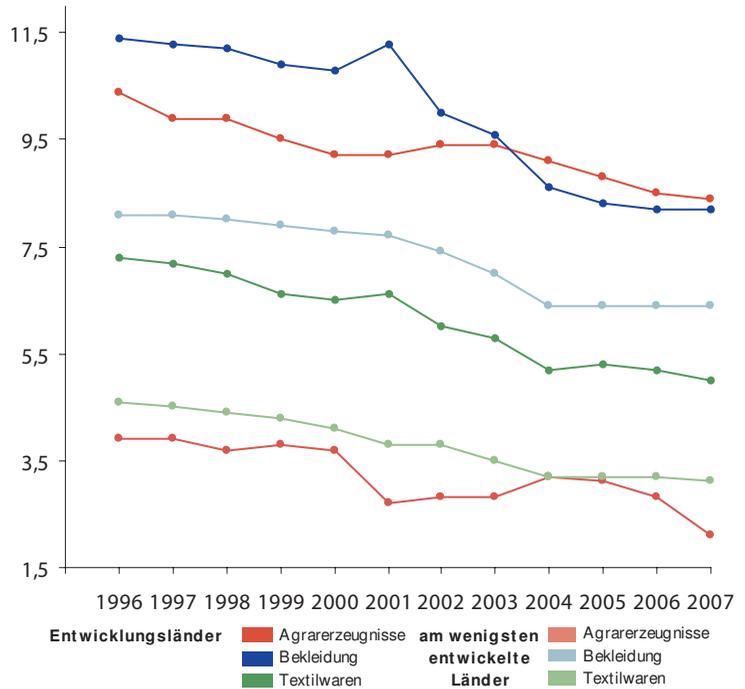
Anteil der aus Entwicklungsländern und am wenigsten entwickelten Ländern stammenden Erzeugnisse, die in entwickelte Länder zollfrei eingeführt wurden, und der Erzeugnisse, die zollfrei eingeführt wurden, während auf Konkurrenzprodukte ein Meistbegünstigungszoll erhoben wurde (präferenzzieller zollfreier Zugang) – 1996-2007 (in Prozent)



Der Anteil der zollfreien Einfuhren an den Gesamteinfuhren der entwickelten Länder aus den Entwicklungsländern hat sich 2007 erheblich gebessert. Dies war eher auf die Eliminierung von Meistbegünstigungszöllen zurückzuführen als auf die Einräumung einer echten Präferenzbehandlung (zollfreie Einfuhren bei gleichzeitiger Erhebung von Meistbegünstigungszöllen auf Konkurrenzprodukte). Der Anteil aller Ausfuhren aus Entwicklungsländern, die echte präferenzzielle Zollfreiheit erhalten, liegt seit 10 Jahren um 20 Prozent. Demgegenüber ist der Anteil der Ausfuhren der am wenigsten entwickelten Länder, denen diese Zollfreiheit eingeräumt wird, von 35 Prozent Ende der 1990er Jahre auf 50 Prozent 2007 gestiegen.

Für die am wenigsten entwickelten Länder sind die Handelspräferenzen für Agrarexporte am größten

Durchschnittszölle der entwickelten Länder auf Einfuhren von Schlüsselerzeugnissen aus Entwicklungsländern und am wenigsten entwickelten Ländern – 1996-2007 (in Prozent)



Im Verhältnis zu anderen Entwicklungsländern erhalten die am wenigsten entwickelten Länder für die meisten ihrer arbeitsintensiven Hauptexporte wie Agrarerzeugnisse, Bekleidung und Textilwaren präferenzziellen Handelszugang. Wegen der zwischen 2000 und 2007 rückläufigen Durchschnittszölle auf die Agrarerzeugnisse der am wenigsten entwickelten Länder ist die Präferenzmarge in diesem Sektor mit über 6 Prozentpunkten besonders hoch.

Bei Textilwaren und Bekleidung bietet sich nach wie vor ein gemischtes Bild. Seit 2000 konnten die am wenigsten entwickelten Länder Afrikas und die kleinen Inselentwicklungsländer erhebliche Präferenzen für ihre Bekleidungsexporte erhalten; diese genießen heute Zollfreiheit auf allen entwickelten Märkten. Für die am wenigsten entwickelten Länder Asiens, die größten Exporteure dieser Waren, liegen die Durchschnittszölle allerdings noch immer höher. Für diese Länder unterliegt Bekleidung, das arbeitsintensivste Fertigerzeugnis, nach wie vor den höchsten Zollsätzen, und die Präferenzmarge gegenüber anderen Entwicklungsländern ist am niedrigsten.

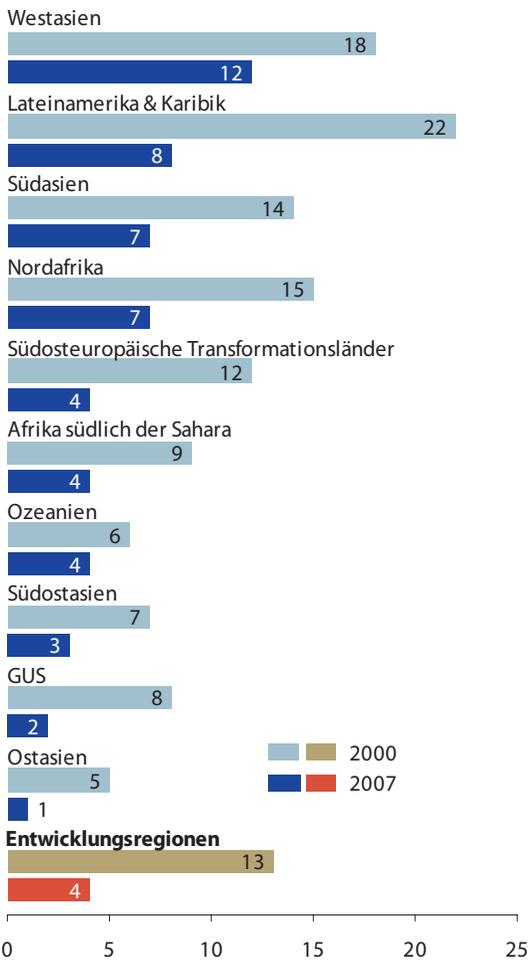
Bei diesen Präferenzmaßnahmen wird davon ausgegangen, dass die Exporteure in der Lage sind, sie auch voll auszuschöpfen. In Wirklichkeit liegt die Nutzungsrate aufgrund von Schranken wie nichttarifären Maßnahmen, Ursprungsregeln und Verwaltungsverfahren allerdings generell nicht höher als 80-90 Prozent.

Der Süd-Süd-Handel ist heute das am schnellsten wachsende Segment des Welthandels. Die Gewährung präferenziellen Marktzugangs durch andere Entwicklungsländer im Rahmen des Globalen Systems der Handelspräferenzen oder auf der Grundlage bilateraler und regionaler Vereinbarungen steht noch im Anfangsstadium und schlägt sich in den Millenniums-Indikatoren nicht nieder, gewinnt aber für die am wenigsten entwickelten Länder zunehmend an Bedeutung.

ZIELVORGABE
Die Verschuldung der Entwicklungsländer umfassend angehen

Die Schuldendienstquoten sind gesunken, doch die Wirtschaftskrise lässt härtere Zeiten befürchten

Höhe des Auslandsschuldendienstes im Verhältnis zu den Exporteinnahmen – 2000-2007 (in Prozent)

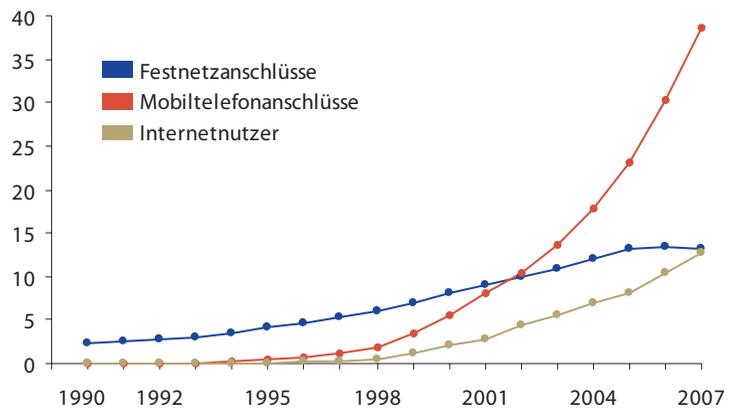


Ende März 2009 hatten 35 der 41 berücksichtigungsfähigen Länder die Voraussetzungen für Schuldenerleichterungen im Rahmen der Initiative für hochverschuldete arme Länder (HIPC-Initiative) erfüllt. Davon hatten 24 ihren „Abschlusspunkt“ erreicht, zu dem Schuldenerleichterungen unwiderruflich gewährt werden. Insgesamt wurden ihnen 54,3 Milliarden Dollar zum Gegenwartswert von Ende 2007 fest zugesagt. Länder, die den Abschlusspunkt bereits überschritten hatten, erhielten im Rahmen der Multilateralen Entschuldungsinitiative (MDRI) zusätzliche Hilfe in Höhe von 22,8 Milliarden Dollar, was ihre Schuldendienstbelastung weiter senkte. Die Exporteinnahmen der Entwicklungsländer haben sich seit 2003 nahezu verdoppelt, was ihnen mehr Mittel für den Auslandsschuldendienst an die Hand gibt. Für ein durchschnittliches Entwicklungsland sank die entsprechende Belastung von nahezu 13 Prozent der Exporteinnahmen 2000 auf 4 Prozent im Jahr 2007. Allerdings schmälerte die Finanzkrise in den Hocheinkommensländern die Exporteinnahmen der Entwicklungsländer im letzten Quartal 2008. Die für eine umfassende Bewertung notwendigen Daten liegen noch nicht vor, doch wird das Verhältnis Schuldendienst/Ausfuhrerlöse für die Entwicklungsländer sicher wieder ansteigen, insbesondere soweit in den letzten Jahren die Ausfuhrerlöse höher waren.

ZIELVORGABE
In Zusammenarbeit mit dem Privatsektor dafür sorgen, dass die Vorteile der neuen Technologien, insbesondere der Informations- und Kommunikationstechnologien, genutzt werden können

Mobiltelefone und Fortschritte in der Kommunikationstechnologie schaffen neue Chancen für die Entwicklung

Anzahl der Mobiltelefonanschlüsse, Festnetzanschlüsse und Internetnutzer je 100 Einwohner, Entwicklungsregionen – 1990-2007



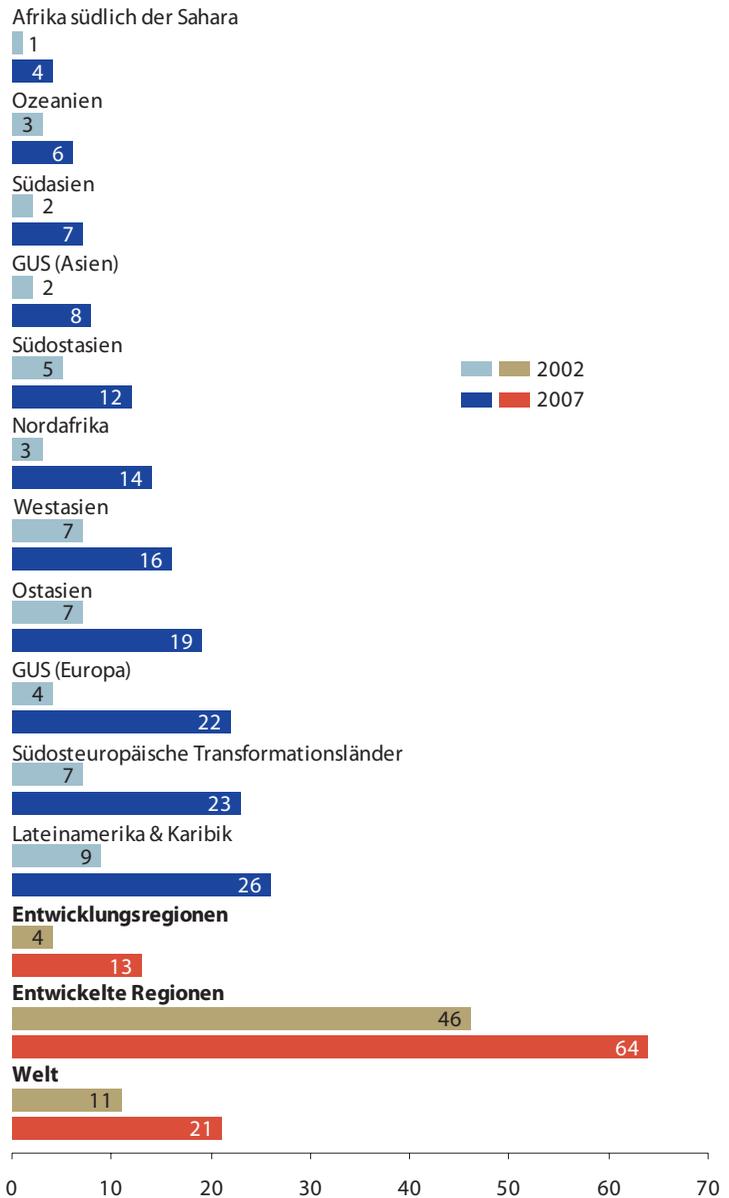
Das Fernmeldewesen und die Informations- und Kommunikationsinfrastruktur erfahren auch weiterhin ununterbrochenes Wachstum, insbesondere im Mobilfunksektor. Ende 2007 gab es in den Entwicklungsländern mehr als 2 Milliarden Mobiltelefonanschlüsse, was einer Durchdringungsrate von 39 Prozent entspricht. Dem gegenüber stehen 0,7 Milliarden Festnetzleitungen und eine Durchdringungsrate von 13 Prozent.

Die Mobiltelefonie eröffnet Regionen die neuen, wichtigen Kommunikationskanäle, die ihnen lange verschlossen waren. Im Laufe des Jahres 2007 kamen in Afrika südlich der Sahara fast 50 Millionen neuer Mobiltelefonanschlüsse hinzu, und während 2000 nicht einmal jeder Fünzigste über ein Mobiltelefon verfügte, liegt die Durchdringungsrate jetzt bei fast einem Viertel der Bevölkerung. Mobiltelefone haben nicht nur den Zugang zur elementaren Sprachkommunikation verbessert, sondern sie werden zunehmend auch für nicht-sprachliche Anwendungen eingesetzt, so etwa für SMS-Nachrichten, mobile Bankgeschäfte oder Handelstransaktionen und beim Katastrophenmanagement. Da die Mobilfunktechnologie der dritten Generation Breitbandzugang ermöglicht, wird erwartet, dass der Mobilfunkverkehr eine zunehmende Rolle beim Anschluss der Entwicklungsländer an das Hochgeschwindigkeitsinternet spielen wird.



Mehr als ein Fünftel der Weltbevölkerung ist heute online, allerdings überwiegend in den entwickelten Ländern

Zahl der Internetnutzer je 100 Einwohner – 2002 und 2007



Die Zahl der Internetnutzer nimmt stetig zu, und Ende 2007 waren fast 1,4 Milliarden Menschen, nahezu ein Fünftel der Weltbevölkerung, online. In den Entwicklungsregionen kann Internetzugang zur Erreichung der Millenniumsziele beitragen, insbesondere im Gesundheits-, Bildungs- und Armutsreduzierungs-bereich. Auffällig ist indessen, dass 2007 64 Prozent aller Einwohner der entwickelten Regionen das Internet nutzten, hingegen nur 13 Prozent in den Entwicklungsregionen und 1,5 Prozent in den am wenigsten entwickelten Ländern. Breitband-Festnetzanschlüsse setzen sich in vielen Entwicklungsregionen nur schleppend durch. Zwar verfügen fast alle Länder inzwischen über kommerzielle Breitband-Festnetze, doch sind diese Dienste in vielen Entwicklungsländern vergleichsweise teuer und bleiben daher vielen potenziellen Nutzern verschlossen.



Hinweise für den Leser

Messung des Umsetzungsstands der Millenniums-Entwicklungsziele

In der Millenniums-Erklärung der Vereinten Nationen vom September 2000 einigten sich führende Politiker aus 189 Nationen auf eine Vision einer Welt, in der entwickelte Länder und Entwicklungsländer partnerschaftlich zusammenarbeiten, um Verbesserungen für alle zu erzielen. Um einen Rahmen für die Messung des Umsetzungsstands zu schaffen, wurde diese Vision in acht Millenniums-Entwicklungsziele, 18 Zielvorgaben und 48 Indikatoren umgesetzt. 2007 wurde dieser Überwachungsrahmen überarbeitet und um vier neue Zielvorgaben ergänzt, auf die sich die Mitgliedstaaten auf dem Weltgipfel 2005¹ geeinigt hatten; darüber hinaus wurden zusätzliche Indikatoren zur Messung des Umsetzungsstands der neuen Zielvorgaben festgelegt².

In diesem Bericht wird der Umsetzungsstand auf der Grundlage der im Juni 2009³ verfügbaren Daten zu allen offiziellen Indikatoren für die Millenniums-Entwicklungsziele bewertet. Die in diesem Bericht verwendeten aggregierten Zahlen dienen der Gesamtbewertung der regionalen Fortschritte im Hinblick auf die acht Ziele und sind ein geeignetes Mittel, die im Laufe der Zeit erzielten Fortschritte zu verfolgen. Die Situation einzelner Länder innerhalb einer bestimmten Region kann jedoch erheblich von den gesamtregionalen Werten abweichen. Das Jahr 1990 ist das Basisjahr für die Bewertung, doch sind die Daten für 2000 in Einzelfällen ebenfalls angegeben, um ein Bild der Fortschritte zu vermitteln, die seit Unterzeichnung der Erklärung erzielt wurden. Eine Zusammenstellung der Indikatoren für alle Regionen und Subregionen in Bezug auf zwei oder mehr Vergleichsjahre sowie eine Liste der zu jeder Region gehörenden Länder findet sich unter <http://mdgs.un.org>.

Grundlagen dieser Analyse

Dieser Analyse liegen von der Interinstitutionellen und Sachverständigengruppe über die Indikatoren für die Millenniums-Entwicklungsziele („Sachverständigengruppe“) zusammengestellte regionale und subregionale Werte zugrunde. Diese errechnen sich in der Regel aus dem gewichteten Mittel der Daten für ein bestimmtes Land, wobei die Referenzbevölkerung der Gewichtungsfaktor ist. Pro Indikator wurden eine oder mehrere Organisationen zur offiziellen Datenquelle und federführende Stelle für die Entwicklung von Datenerhebungs- und -analysemethoden bestimmt (eine Auflistung der beitragenden Organisationen findet sich auf der vorderen Umschlagsinnenseite).

Die Daten stammen in der Regel aus amtlichen Statistiken, die die Regierungen den für den jeweiligen Indikator zuständigen internationalen Organisationen übermitteln. Dies geschieht über die regelmäßige Erhebung von Daten bei Ministerien und nationalen Statistikämtern aus aller Welt. Um die vielfach bestehenden Datenlücken zu schließen, werden für die Erfassung bestimmter Indikatoren ergänzend oder ausschließlich Daten aus Erhebungen herangezogen, die von internationalen Organisationen gefördert und durchgeführt werden. Dies gilt vor allem für Gesundheitsindikatoren, die größtenteils aus Mehrfachindikator-Clustererhebungen sowie aus demografischen Erhebungen und Gesundheits-erhebungen abgeleitet werden.

In einigen Fällen verfügen einzelne Länder über aktuellere Daten als die zuständigen Sonderorganisationen. In anderen Fällen legen Länder die zur Errechnung des Indikators erforderlichen Daten nicht vor, woraufhin die zuständigen internationalen Organisationen die fehlenden Werte schätzen. Schließlich sind, selbst wenn die Länder die erforderlichen Daten vorlegen, oft Anpassungen notwendig, um internationale Vergleichbarkeit zu gewährleisten. Die Daten aus internationalen Quellen weichen daher oft von den in den einzelnen Ländern verfügbaren Daten ab.

Die VN-Statistikabteilung verwaltet die offizielle Website (<http://mdgs.un.org>) und die Datenbank der Sachverständigengruppe. Durch farbliche Absetzung lässt sich im Interesse höherer Transparenz erkennen, welche Zahlen in den Landesdatenreihen Schätzwerte sind und welche von nationalen Stellen stammen. Die begleitenden Metadaten erklären die Berechnung der Indikatoren und die für die regionale Aggregation verwendete Methodik im Einzelnen.

Ableich nationaler und internationaler Daten

Zuverlässige, zeitnahe und international vergleichbare Daten zu den Millenniums-Indikatoren sind für die Rechenschaftslegung der internationalen Gemeinschaft ebenso unverzichtbar wie für die Mobilisierung von öffentlicher Unterstützung und Entwicklungsfinanzierung, die wirksame Hilfszuweisung und den Vergleich der Fortschritte in einzelnen Regionen und Ländern. Unterschiede zwischen nationalen und internationalen Datenquellen, Lücken bei den nationalen Daten und resultierende Differenzen bei den Indikatorwerten beunruhigen allerdings Statistiker wie Lieferanten von Länderdaten.

In jüngster Zeit wurde verschiedentlich versucht, die nationale und die internationale Überwachung miteinander abzugleichen und Unterschiede zwischen den Methoden und Definitionen verschiedener Stellen innerhalb eines Landes und internationaler Organisationen auszuräumen. So wird innerhalb von Ländern und Regionen daran gearbeitet, die Verfügbarkeit von Daten, die Koordinierung der nationalen Statistiksyste-me und die Mechanismen für die Berichterstattung an internationale Statistikorganisationen zu verbessern.

Diese Bemühungen zeigen erste Ergebnisse. Die Sachverständigengruppe, der Vertreter für die globale Überwachung zuständiger internationaler Organisationen und Vertreter nationaler Statistiksyste-me angehören, hat im Hinblick auf größere Kohärenz nationaler und internationaler Daten und auf die Qualität und Transparenz der Methoden und der generierten Daten einen Dialog zwischen den beiden Gruppen angeregt. Außerdem schulte sie nationale Statistiksachverständige in der Indikator-entwicklung. Länderdaten werden zunehmend nach internationalen Standards und Methoden vorgelegt, und internationale Organisationen besitzen ein besseres Verständnis der auf Landesebene verfügbaren Daten.

Aufbau leistungsfähigerer Statistiksyste-me

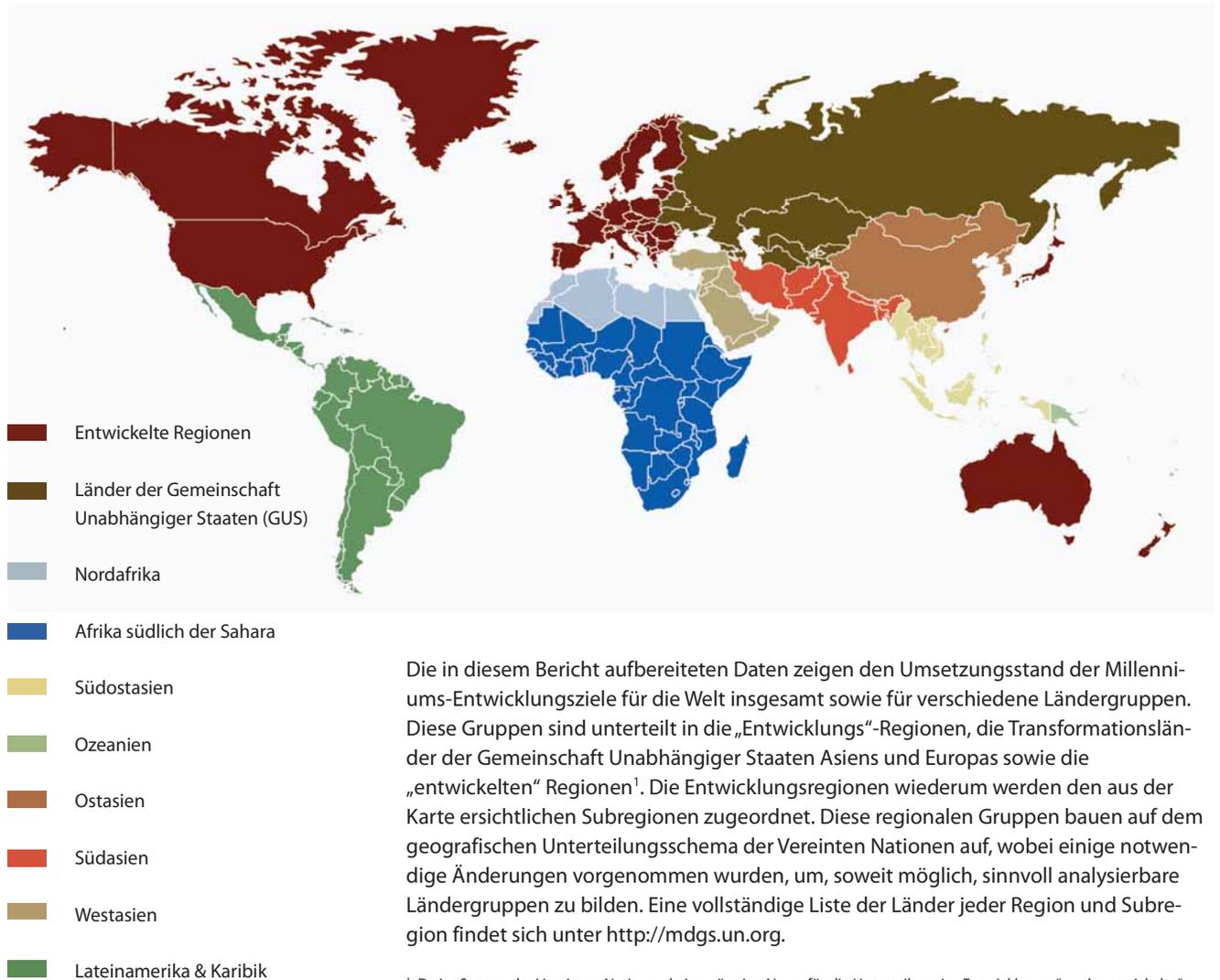
Die Berichterstattung über den Umsetzungsstand der Millenniumsziele ließ die Notwendigkeit deutlich werden, die Kapazitäten der meisten Entwicklungsländer zur Datengewinnung, -analyse und -verbreitung auszubauen. Wichtige Initiativen in diesem Sinne gehen bis zum Beginn der regelmäßigen Bewertung der Millenniumsziele vor mehr als fünf Jahren zurück. Der 2004 von Hilfeempfängern und Interessenträgern auf Geberseite auf der zweiten Internationalen Rundtischkonferenz über Management im Dienste der Entwicklungsförderung verabschiedete Aktionsplan von Marrakesch für Statistik war ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Gemeinsam mit internationalen Organisationen, Gebern und Vertretern nationaler Statistikämter ermittelt die Sachverständigengruppe nationale Prioritäten und empfiehlt Verbesserungen bei der Erbringung und Koordinierung der statistikbezogenen Hilfe für einzelne Länder. Kürzlich billigte der Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen eine von der Statistischen Kommission der Vereinten Nationen verabschiedete Resolution, die den dringenden Aufbau statistischer Kapazitäten in Ländern mit begrenzten Ressourcen forderte.

¹ Resolution 60/1 der Generalversammlung, Ergebnis des Weltgipfels 2005.

² Der neue Überwachungsrahmen für den Umsetzungsstand der Millenniums-Entwicklungsziele ist unter <http://mdgs.un.org> verfügbar.

³ Angesichts des Zeitabstands zwischen Datenerhebung und -analyse liegen nur für wenige Indikatoren Daten des laufenden Jahres vor. Die meisten Indikatoren beruhen auf Daten aus früheren Jahren – in der Regel bis 2007 oder 2008.

Regionale Gruppen



Die in diesem Bericht aufbereiteten Daten zeigen den Umsetzungsstand der Millenniums-Entwicklungsziele für die Welt insgesamt sowie für verschiedene Ländergruppen. Diese Gruppen sind unterteilt in die „Entwicklungs“-Regionen, die Transformationsländer der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten Asiens und Europas sowie die „entwickelten“ Regionen¹. Die Entwicklungsregionen wiederum werden den aus der Karte ersichtlichen Subregionen zugeordnet. Diese regionalen Gruppen bauen auf dem geografischen Unterteilungsschema der Vereinten Nationen auf, wobei einige notwendige Änderungen vorgenommen wurden, um, soweit möglich, sinnvoll analysierbare Ländergruppen zu bilden. Eine vollständige Liste der Länder jeder Region und Subregion findet sich unter <http://mdgs.un.org>.

¹ Da im System der Vereinten Nationen keine gängige Norm für die Unterteilung in „Entwicklungs-“ und „entwickelte“ Länder oder Gebiete besteht, erfolgt diese Unterscheidung hier lediglich zum Zweck der statistischen Analyse.

Weitere Informationen in Englisch finden sich

auf der Website der VN-Statistikabteilung über die Millenniums-Entwicklungsziele unter <http://mdgs.un.org>

auf der VN-Website über die Millenniums-Entwicklungsziele unter www.un.org/millenniumgoals

auf der Website der VN-Gruppe für die Millenniums-Kampagne unter www.endpoverty2015.org

FOTOS

Deckblatt: VN-Foto/John Isaac
Seite 2: UNICEF/NYHQ-2009-0610/Sokol
Seite 6: VN-Foto/Jean Pierre Laffont
Seite 10: VN-Foto
Seite 13: UNICEF/NYHQ-2008-1034/Nesbitt
Seite 14: VN-Foto
Seite 17: UNICEF/NYHQ-2009-0055/Kamber
Seite 18: UNCDF/Adam Rogers
Seite 21: UNICEF/NYHQ-2004-0585/Bonn
Seite 22: UNICEF/NYHQ-2005-1045/Chalasan
Seite 24: UNICEF/NYHQ-2008-1221/Holt
Seite 26: UNICEF/NYHQ-2004-1216/Vitale
Seite 28: UNICEF/NYHQ-2005-2213/Pirozzi
Seite 30-31: UNICEF/NYHQ-2004-0918/Noorani
Seite 32: UNICEF/NYHQ-2006-1504/Pirozzi
Seite 34: UNICEF/NYHQ-1993-2043/Andrew
Seite 37: UNICEF/NYHQ-2006-2770/Brioni
Seite 39: UNICEF/NYHQ-2007-1493/Khemka
Seite 40: UNICEF/NYHQ-2006-0029/Bannon
Seite 42: UNICEF/NYHQ-1997-1078/Pirozzi
Seite 43: Maria Martinho
Seite 46: UNICEF/NYHQ-2006-2701/Noorani
Seite 48: UNCDF/Jim Holmes
Seite 52: Maria Martinho
Seite 53: UNICEF/NYHQ-2009-0222/Estey

**Copyright © Vereinte Nationen 2009
Alle Rechte vorbehalten.**

Wir sind die erste Generation, die über die Ressourcen, die Kenntnisse und die Fähigkeiten zur Beseitigung der Armut verfügt. Wenn starker politischer Wille vorhanden ist, stellen sich erfahrungsgemäß auch Fortschritte ein. Und wo partnerschaftlich vorgegangen wird, bleiben Erfolge nicht aus.

Die armen Menschen weltweit erwarten von ihren Regierungen und von den Vereinten Nationen Hilfe und Solidarität. Wir sind ihnen Rechenschaft schuldig.

Werden wir also unserer Verantwortung gerecht.

– Anmerkungen des Generalsekretärs anlässlich des Treffens auf hoher Ebene über die Millenniums-Entwicklungsziele (New York, 25. September 2008)